PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621 / 75 20 12 – Jahresabonnement incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129. 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 7. Dezember 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

9. Dezember 1976 Jg. 4 Nr. 49 50 Pfg.

Regierungserklärung:

Den Kurs legt die Finanzbourgeoisie fest

Während die Finanzbourgeoisie mit viel Getöse die Figuren in der CDU/CSU-Verbindung auf der Bühne hin- und herschiebt, um die „Parteienlandschaft" so anzuordnen, daß sich die Massen nach Möglichkeit in ihr verirren und den einen oder anderen Feind vielleicht doch für einen Freund halten, brüten die Koalitionsparteien über ihrem Regierungsprogramm.

Davon hört man weniger, und was man hört, bleibt Gerücht. Wird die Mehrwertsteuer sofort erhöht oder erst ein bißchen später, wie werden die Rentner ins Elend getrieben, welchen politischen Angriff auf die Arbeiterklasse führt die Regierung zuerst durch? Das läßt die Regierung nicht klar heraus. Sie hat allen Grund. Erstens muß sie ein schwieriges Programm, die imperialistische Expansion, bewältigen, zweitens hat sie es, noch bevor sie neu antritt, mit einer lebhaften Entwicklung des Klassenkampfes zu tun. Vorschnelle Offenheit kann da nur schaden.

Die Grundrisse der Regierungserklärung sind jedoch festgelegt. Mitte November ist der Jahresbericht des Bundesverbandes Deutscher Banken erschienen. In diesem Verband sind alle wesentlichen westdeutschen und Westberliner Banken zusammengeschlossen. Die drei großen Banken sind sämtlich im Vorstand des Verbandes vertreten, Dr. F. Wilhelm Christians von der Deutschen Bank, Paul Lichtenberg, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Commerzbank, und Jürgen Ponto vom Vorstand der Dresdner Bank. Man kann den Geschäftsbericht also ruhig als die eigentliche Regierungserklärung lesen, die die Schmidt und Genscher bloß noch in Schönschrift umzusetzen haben. Der Bankenverband diktiert der Regierung folgendes Programm: Angriff auf die Arbeiterbewegung, Angriff auf die Völker der Dritten Welt, Stärkung der Position des BRD-Imperialismus in der imperialistischen Konkurrenz.

„Fehlentwicklungen" und „tiefgreifende Verzerrungen in der Volkswirtschaft" müßten beseitigt werden. Also, die Massen sollen sich daran gewöhnen, Zigaretten zu drehen und Mehlspeisen zu verzehren. „Der konjunkturelle Tiefpunkt ist zwar überwunden, aber die Folgen jahrelanger Fehlentwicklungen bestehen fort. Der Wirtschaftspolitik aber auch den verantwortlichen Gruppen stellt sich deshalb die Aufgabe, diese aus der Vergangenheit übernommenen Belastungen im Rahmen einer mittelfristigen Strategie abzubauen. Dies kann nur gelingen, wenn sie den Weg der überzogenen Verteilungskämpfe nachhaltig verlassen und damit eine entscheidende Ursache der schweren Rezession beseitigen."

Der Lohnkampf entwickelt sich unvermeidlich. Er muß unterdrückt werden. Lohnabschlüsse müßten „dauerhaft in produktivitätsorientierten Grenzen bleiben". Bei steigender Ausbeutung sollen die Löhne sinken. In sozialdemokratischen Kreisen ist oft von notwendiger Umverteilung die Rede. Die Kapitalisten nehmen sie beim Wort und die Regierungserklärung wird es so ähnlich zum Ausdruck bringen: „Die Kernfrage wird die Verteilung der Einkommen zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern bleiben." Die „Erträge" müssen steigen! Das ist das A und O des Geschäftsberichts des Bankenverbandes, und das wird das A und O der Regierungserklärung sein.

Auch der Ertrag aus der Ausplünderung der Völker der Dritten Welt soll steigen! Die wehren sich und schließen sich zusammen. Das darf nicht sein: „Die weltwirtschaftliche Mitverantwortlichkeit verpflichtet nach Meinung der Banken die Bundesrepublik Deutschland, bei den Verhandlungen über die zukünftige Weltwirtschaftsordnung die verständlichen Bedürfnisse der Entwicklungsländer durch konstruktive Vorschläge zu berück-

(Fortsetzung Seite 2)



Montag konnten der zweite, dritte und vierte Lastwagen für die ZANU auf den Weg zum Bremer Hafen aufbrechen. Durch Geldspenden der Massen konnten diese Lastwagen für die ZANU und das Volk von Zimbabwe gesammelt werden. Die Lastwagen fuhren im Konvoi durch Darmstadt, Frankfurt, Gießen, Kassel, Göttingen und Hannover nach Bremen. Es wurden Kundgebungen gemacht, bei denen zu der Veranstaltung am Samstag in Frankfurt aufgerufen wurde. Auf dieser Veranstaltung wird eine Delegation der ZANU sprechen. Sie wird von Genossen Hamadziripi, Mitglied des ZK der ZANU, geleitet. Der Delegation gehören die Genossen Tekere, Mitglied des ZK der ZANU, und Chiwara, Vertreter der ZANU in Westeuropa, an. Das ZK des KBW ruft zu dieser Veranstaltung auf. Sie wird am Samstag, 19 Uhr in einem Zelt auf dem Festplatz Ratsweg stattfinden. Von verschiedenen Städten aus werden Fahrtmöglichkeiten mit Bus organisiert. Das Zelt ist ab 18 Uhr geöffnet. Lieder- und Theatergruppen werden ein Programm vorführen. Das Zelt ist geheizt. Die Bezirksverbände Frankfurt, Darmstadt und Wiesbaden rufen für 16 Uhr zu einer Kundgebung an der Konstabler Wache auf und führen eine Demonstration zum Veranstaltungsort durch.

„Tragbares Ergebnis"

Kurz vor Andruck dieser Zeitung ging der Stahltarifabschluß durch die Hörfunk-Nachrichten. „Mehr als eine Fünf vor dem Komma", also eine Sechs vor dem Komma, hatte der Verhandlungsführer der IG Metall für die Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen und die Klöckner-Hütte Bremen Herb vor den Verhandlungen vom Dienstag als „tragbares Ergebnis" bezeichnet. Die Sechs vor dem Komma hat er jetzt. Für die Kapitalisten ist sie tragbar, für die Stahlarbeiter nicht. Dahinter hat er eine Null, für die ihn jetzt viele Stahlarbeiter halten werden. Er und seine Komplizen in der Verhandlungskommission der IG Metall sind aber keine Nullen, sondern größere Nummern. Allerdings auf der anderen Seite, der Seite der Stahlkapitalisten. Auf diese andere Seite sind sie gelangt über ihre Stellung in der Sozialdemokratie, der sie ihre Funktion in der Gewerkschaft verdanken.

Sie haben also Mittwoch am frühen Morgen mit 6 Prozent abgeschlossen. Dazu kommt der eine Tag Urlaub und die vermögenswirksamen Leistungen, die die Kapitalisten von vornherein zugestanden hatten. Um 0,6 Prozent ist der Abschluß von dem zu Recht als Provokation empfundenen 5,4-Prozent-Angebot der Kapitalisten entfernt. Herb wird sagen, es seien ungeheuer harte Verhandlungen notwendig gewesen, und sie hätten bloß zum Erfolg geführt wegen der Kampfbereitschaft der Stahlarbeiter. Was die 0,6 Prozent Entfernung von der Kapitalistenprovokation betrifft, so sind selbst diese 0,6 Prozent tatsächlich ausschließlich den Kämpfen der Stahlarbeiter zu verdanken und nicht Herbs Verhandlungskunst. Herbs Verhandlungskunst ist bloß zu verdanken, daß die Interessen der Stahlarbeiter, für die sie kämpfen, ein weiteres Mal an die Kapitalisten verraten worden sind. Die Sozialdemokraten in der Tarif- und Verhandlungskommission haben die Streiks und Demonstrationen der letzten Tage nicht eingeleitet. Sie wurden gegen ihren Willen gemacht, und nur wo sie durch die führenden Sozialdemokraten nicht verhindert werden konnten, haben diese versucht, sich an die Spitze der Aktionen zu setzen, um sie in „geordneten Bahnen" zu halten. Sozialdemokratische Verhandlungstaktiken sind damit gemeint.

45 Pfennig auf den Ecklohn Lohngruppe 6 bedeuten die 6 Prozent. Für die Lohngruppe 3, in der viele Stahlarbeiter sind, sind es 39 Pfennig. Es werden trotz der Auswirkung auf die Zulagen für die meisten noch keine 70 Mark brutto im Monat sein. Für fast keinen Stahlarbeiter über 100 DM. Die Kapitalisten haben stets gefordert, der Lohnabschluß müsse in der „Tradition" des Abschlusses von 1975 stehen. Das tut er. Er ist ein offener Lohnraubabschluß. Und seit 1975 haben die Stahlkapitalisten, erleichtert durch die Kurzarbeitsperioden, die Ausbeutung noch einmal gewaltig gesteigert. Die stahltypischen Zulagen hat die IG Metall sang- und klanglos aus dem Forderungskatalog gestrichen. Aber „stahltypisch" ist der Abschluß doch: er stinkt nach Mitbestimmung. Ein Drittel im Vorstand des Kapitalistenverbandes sind Arbeitsdirektoren, also Sozialdemokraten und Mitglieder der IG Metall. Die „Süddeutsche Zeitung" berichtet am 3. Dezember, daß der Vorstand dennoch stets einstimmig abstimme. Das wundert einen nicht, denn die anderen führenden Sozialdemokraten sind kein Härchen besser, wie der Abschluß zeigt.

Am Dienstag hatten Tausende Stahlarbeiter gestreikt und demonstriert. Gegen die 5,4 Prozent. Nicht für die 6 Prozent. Die Konsequenzen für die Stahlarbeiter sind klar: Mit sozialdemokratischer Führung geht es nicht. Für die anderen Tarifkämpfe ist das eine Lehre, schon bei der Forderung die sozialdemokratische Taktik zu durchbrechen.

Es lebe der Befreiungskampf in Zimbabwe!

Für Samstag, den 11. Dezember, ruft der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) zu einer Veranstaltung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe in Frankfurt auf. Auf der Veranstaltung wird eine Delegation der ZANU, darunter zwei Mitglieder des Zentralen Komitees der ZANU, sprechen.

Die Imperialisten sagen, daß die Verhandlungen in Genf über die Entkolonialisierung Zimbabwes schwierig seien. Gewiß. Schwierig sind sie für die Imperialisten, weil sie mit ihren Absichten der Unterdrückung des revolutionären Befreiungskampfes und der Spaltung der Befreiungsbewegung des Volkes von Zimbabwe nicht durchkommen. In Zimbabwe wird der bewaffnete Volkskrieg gegen das rhodesische Siedlerregime geführt. Er wird inzwischen im ganzen Land geführt, und überall werden den Kolonialherren Schläge versetzt. Er wird auch während der Verhandlungen in Genf geführt. Ziel des Befreiungskampfes ist die Zerschlagung der Herrschaft der europäischen Kolonialisten und des Imperialismus. Dieses Ziel kann nur durch die bewaffnete Revolution der Volksmassen erreicht werden. Deshalb lassen sie sich unter Führung der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) vom Befreiungskampf nicht abbringen, sondern intensivieren den Kampf. Die Verhandlungen in Genf sind Ausdruck des Fortschritts im Befreiungskampf und sind sein untergeordnetes Ergebnis. Das Volk von Zimbabwe führt den Kampf für die vollständige Befreiung seines Landes von Kolonialherrschaft und Imperialismus in Genf auf einer anderen Ebene fort. Die Imperialisten verstehen nur die Sprache der Waffen. Der Kampf auf der Genfer Konferenz stärkt den Volkskrieg, schwächt den Feind und fördert die internationale Unterstützung des Volkes, wie er auch die Imperialisten isoliert.

Die Imperialisten sind zu diesen Verhandlungen gezwungen worden. Das macht sie keinen Deut harmloser. Sie wollen nicht über die Machtübernahme verhandeln, sie wollen sie verhindern. Ihr Ziel auf der Konferenz ist, Zeit zu gewinnen, um die Aggression in Zimbabwe, den offenen Einfall vorzubereiten.

Das Volk von Zimbabwe durch den bewaffneten Volkskrieg wie auch die Völker Azanias und Namibias haben die Befreiung ganz Afrikas von Kolonialismus und Imperialismus auf die Tagesordnung gesetzt. Die Imperialisten machen *alle* Anstrengungen, um dies zu verhindern. An ihrer Spitze die beiden Supermächte. Die eine Supermacht will ihre Herrschaft verteidigen, die andere will sie sich über die Völker erkämpfen. Sie kämpfen um die Herrschaft über die Welt. Dafür ist das südliche Afrika von strategischer Bedeutung.

Die westdeutschen Imperialisten bezeichnen diese Region als „Kraftwerk Afrika". Durch die Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter, die Plünderung der Rohstoffe dieser Länder ziehen sie ihren Profit. Der westdeutsche Imperialismus ist direkt an der Vorbereitung der Aggression beteiligt. Die Bundeswehr übt Transporterflüge nach Afrika, US-amerikanische, kanadische und westdeutsche Truppen führen gemeinsam Manöver durch, um „Safari" in Afrika zu üben.

Die Völker der Welt haben aber längst die Befreiung des ganzen Erdballs von Imperialismus und Hegemonismus auf die Tagesordnung gesetzt. Der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe ist ein Meilenstein im Voranschreiten der Weltrevolution. Für die Völker der Welt ist dieser Kampf deshalb ebenfalls von strategischer Bedeutung.

Die ZANU, das Volk von Zimbabwe kämpfen unter der Losung „Wir sind unsere eigenen Befreier". Die ZANU schiebt den Imperialisten und den beiden Supermächten in der Verwirklichung ihrer reaktionären Absichten einen Riegel vor. Imperialismus und Sozialimperialismus sind deshalb erbitterte Feinde der ZANU. Die Arbeiterklasse unterstützt den Befreiungskampf in Zimbabwe und bekämpft die imperialistischen Interventionsbestrebungen. Die Veranstaltung in Frankfurt dient dem Fortschritt dieses gemeinsamen Kampfes.

Den Kurs legt die Finanzbourgeoisie fest

(Fortsetzung von Seite 1)
sichtigen und einen unkontrollierbaren Verteilungskampf zu verhindern." Wie der Lohnkampf der Arbeiter, so soll der Kampf der Völker der Dritten Welt um den Besitz ihrer Reichtümer niedergeschlagen werden. Dazu soll das Geldmonopol der internationalen

Die Bezirksverbände des KBW führen in der Woche vom 13. bis 18. Dezember zu folgenden Themen Veranstaltungen durch:

1. Der bürgerliche Staatsapparat: Hemmungsloser Blutsauger im Interesse der Profitproduktion
2. Das bürgerliche Schulwesen: Unterwerfung ist das Ausbildungsziel!
3. Gesetzgebung der Bourgeoisie: Rüstung zum letzten Gefecht
4. Der proletarische Internationalismus besiegt die Imperialisten
5. Die proletarische Revolution ist durch den Imperialismus auf die Tagesordnung gesetzt

Finanzhaie gebraucht werden. Es ist bereits gebraucht worden: „Die finanzielle Leistungsfähigkeit einiger Länder ist in den letzten jahren an deutliche Grenzen gestoßen. Es war deshalb notwendig, an den internationalen Finanzmärkten wieder zu strafferen Kriterien zu kommen." Der BRD-Imperialismus ist einer der größten Gläubiger dieser Welt. Mit der Dreistheit des Wucherers soll die Geldmacht ausgespielt werden. Das ist der Auftrag der Banken an die Regierung gegenüber der Dritten Welt. Da kann das Entwicklungshilfeministerium ruhig an die schwatzhafte Marie Schlei übergehen. Die Hebel werden durch das Wirtschafts- und das Finanzministerium angesetzt. Das Verteidigungsministerium soll den Bau der Fregatten beschleunigen.

Als imperialistische Großmacht steht der BRD-Imperialismus in heftiger Konkurrenz mit den anderen Imperialisten. Er steht auch unter dem Druck der beiden Supermächte, die in ihrem Kampf um die Weltherrschaft alle Mächte in Abhängigkeit halten oder bringen wollen. Die Finanzbourgeoisie braucht in diesen Kämpfen riesige Kapitalien und große Geldmassen, die als Kapital eingesetzt werden können. Diesem Zweck dient die „Sanierung" der Sozialversicherung, die nach den Worten von Schmidt wieder zu einem „Kapitalgeber" gemacht werden muß. Ausschließlich daran denken diese Haie, wenn sie Krokodilstränen weinen, daß leider die Beiträge erhöht werden müssen, die Leistungen gekürzt und die Rentner zur Krankenversicherung herangezogen werden müßten. Auch dazu hat der Bankenverband ein Wort fallen lassen: „Lange Jahre hatte die Sozialversicherung Finanzierungsüberschüsse erzielt und so zur gesamtwirtschaftlichen Geldvermögensbildung beigetragen." Im Augenblick geht zuviel für Versicherungszahlungen drauf. Das soll sich ändern. Insbesondere aber soll die Regierung dafür sorgen, daß sie der Finanzbourgeoisie die Zinsen zahlen kann: „Ein wachsender Teil der Steuereinnahmen mußte – und muß künftig für Zinszahlungen zur Verfügung stehen." Dafür gibt es zwei Quellen: Anziehen der Lohnsteuerschraube und schonungslose Niederdrückung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Wo die Regierung groß von öffentlichen Aufgaben usw. schwätzt, geht es schlicht um das Eintreiben der Tribute für das Finanzkapital. Das erhöht die Schlagkraft der Banken auf dem Euromarkt und sonst in der Welt. Das erleichtert den westdeutschen Monopolen in fremden Ländern Fuß zu fassen.

Der Entwurf der Regierungserklärung von seiten des Bankenvereins liegt vor. Auf die Reinschrift durch die Schmidt und Genscher braucht mann nicht sonderlich gespannt zu sein. Sie sollen aber von vornherein wissen, daß sie mit allem rechnen können, nur nicht mit einem Nachlassen des Widerstands und des Klassenkampfes. Aber das tun sie auch nicht. Im Gegensatz zu manchem „Linken" haben sie Augen im Kopf und auch ausreichend Spitzeldienste. Der Klassenkampf entwickelt sich täglich. Um ihn zum Ziel zu führen, zum Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie, ist Klarheit notwendig. In der Woche der Regierungserklärung führt der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) eine Propagandawoche durch.

Genossin H., Rentnerin, früheres Mitglied der KPD

1915 bin ich aus der Schule gekommen, danach habe ich Putzmacherin bei Brandes, vor der Burg, gelernt. Da habe ich nichts verdient, ich mußte sogar manchmal Geld mitbringen. Dann mußte ich wegen meiner Augen aufhören. Ich bin dann als Arbeiterin in die „Spinnerei" in die Eichtalstraße gegangen. Dort habe ich 10 bis 12 Mark in der Woche bei einem Zehn-StundenTag bekommen. Schließlich war ich bis 1923 in der Schokoladenfabrik Wasmund in der Kramerstraße. Ich habe dann geheiratet und war Hausfrau. Mein Mann war Montagemeister im Ausland. Er ist 44 gestorben. Erst habe ich dann Stempelgeld bekommen, wofür ich mächtig kämpfen mußte, weil ich ein Kind hatte und nicht arbeiten gehen konnte. Ab 46 habe ich dann erst 12, dann 15 DM Rente in der Woche bekommen. Das war Witwenrente, für meine Arbeitszeit und mein Kind habe ich nichts bekommen. In den 50er Jahren waren es dann 200 bis 300 DM. Inzwischen bekomme ich 700 DM Rente.

Bislang ging das. Für meine Wohnung, in der ich seit dem Krieg wohne, mußte ich einschließlich Nebenkosten 130 DM zahlen, hinzu kamen für Strom und Feuerung 50 DM im Monat. Jetzt ist hier Toilette, Dusche und Gaszentralheizung eingebaut worden, wofür ich jetzt 265 DM zahlen muß. Hinzu kommen etwa 20 DM Nebenkosten und Strom und Gasheizung etwa 60 DM. Es bleiben mir also etwa 345 DM zum Leben, für Essen, Kleidung usw.

Jetzt habe ich noch in der Zeitung gelesen, daß die Regierung plant, daß wir von unserer Rente auch noch die Krankenkasse bezahlen müssen. Das ist eine Unverschämtheit. Die Rentner haben gearbeitet und Versicherungsabgaben gehabt, die ein Teil von ihrem Lohn waren, und jetzt sollen sie das nochmal zahlen.

Die Erhöhung ist immer rückwirkend mit den Lohnerhöhungen. Das war jetzt immer jährlich, früher war das auch nicht so. Ich habe mal 5, mal 7, mal 10 Prozent bekommen. Das letzte Jahr waren es 10 Prozent. Das waren für mich ungefähr 63 DM.

Nein, das ist ungerecht. Der Schwiegervater meiner Tochter zum Beispiel bekommt weit über 1 000 DM Rente, der war Abteilungsleiter in dem Teppichgeschäft auf dem Kohlmarkt. Der bekommt bei einer Prozenterhöhung weit mehr als ich, obwohl die Preise für uns gleich steigen. Früher in den 50er Jahren haben die Arbeiter den Lohnkampf mit dem Kampf um die Versicherungen geführt. Deswegen finde ich es auch richtig, daß die Arbeiter im Lohnkampf und die Rentner gemeinsam einen Festbetrag von 130 DM für die Rentner fordern, denn das brauchen wir zum Leben. – – (aus einem Gespräch / Stadtteilzelle Altewiek, Bezirksverband östliches Niedersachsen)

Kapitalexport des US-Imperialismus nach Südafrika

Durch neue Kredite unter Federführung der Citybank, der zweitgrößten US-Bank, wird sich die Gesamtkreditsumme der US-Banken, die in Südafrika angelegt ist, auf über zwei Milliarden Dollar belaufen. Dies ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu eine Verdoppelung. Der Betrag wie auch die Laufzeit der Kredite zeigen, daß die Finanzbourgeoisie dieser Supermacht gewillt ist, sich diese Bastion der Ausbeutung und Ausplünderung zu erhalten. Bei allen Krediten, die nichts anderes als Kapitalexport sind, beträgt die Laufzeit zwischen drei und sechs Jahren. Die US-Finanzbourgeoisie investiert in: Iron and Steel Corporation; Richards Bay; South African Railways; Phosphate Development Corporation; South African Broadcasting Corporation. Die beteiligten Banken gehören zu den größten der USA: die Citybank ebenso wie die Chase Manhattan und die Morganbank.

Siemens: „Keine Angabe"

In der „Wirtschaftswoche" vom 3.12.1976 wird eine Umfrage veröffentlicht über die Auslandsinvestitionen der größten deutschen Konzerne. Bei Siemens steht „Keine Angabe". Nach Angaben der Kolonialistenzeitung „South African Digest" ist Siemens dabei, „seine bereits ansehnlichen Kapitalanlagen in Südafrikas elektrotechnischer Industrie um mehr als 30 Millionen Rand über die nächsten fünf Jahre hinweg zu verstärken" (1 Rand entspricht 3 DM). „Die Gebiete, in denen die Summe angelegt werden soll, sind: für 7,5 Mio Rand eine Kabelfabrik bei Rosslyn, in der Nähe von Pretoria, am 1. September eröffnet; eine Erweiterung um 4,5 Mio Rand der Isando-Fabrik, wo schwere Maschinenausrüstungen, eingeschlossen Motoren, Schaltanlagen und elektronische Bauteile hergestellt werden, und eine neue Fabrik, die bei Waltloo in der Nähe von Pretoria gebaut wird, um elektronische Schaltanlagen für das Postministerium zu bauen." Die Kolonialistenzeitung berichtet, was der Siemens-Konzern bislang investiert hat, um die afrikanischen Arbeiter auszubeuten: „Die Gesamtinvestitionen in Südafrika betrugen nach Schätzungen im April 150 Mio Rand."

CDU/CSU: Umgruppierung der Kräfte wird vorangetrieben

Nach Ansicht der gesamten Bourgeoispresse ist seit dem Abbruch der Verhandlungen von CDU und CSU über die Wiederherstellung der Ge- Augstein schreibt schon am Montag, als die Verhandlungen mit der CSU längst ausgemacht waren, in seinem Magazin „Spiegel" eine Glosse. Titel: der Bourgeois über die Ungeschicklichkeit ihres gemieteten Mannes ist triefend. Wenn Kohl fleißig strampelt, mus die ganzen letzten Jahre von der SPD deutlich übertroffen wurde. Das bringt die Sozialdemokraten in erheb-

das Postministerium zu bauen." Die Kolonialistenzeitung berichtet, was der Siemens-Konzern bislang investiert hat, um die afrikanischen Arbeiter auszubeuten: „Die Gesamtinvestitionen in Südafrika betrugen nach Schätzungen im April 150 Mio Rand."

CDU/CSU:

Umgruppierung der Kräfte wird vorangetrieben

Nach Ansicht der gesamten Bourgeoispresse ist seit dem Abbruch der Verhandlungen von CDU und CSU „über die Wiederherstellung der Gemeinsamkeit" der Bruch jetzt perfekt gemacht.

Daran ist richtig: auf der bisherigen Linie der beiden Unionsparteien läßt sich keinerlei Fassade mehr errichten.

Wenn bei der Lostrennung der CSU von der CDU im Augenblick auch die Schaffung einer Ausgangsbasis für eine sozial angetünchte, demagogische Partei so weit abgeschlossen ist, der Brei ist noch nicht fertig gerührt.

Die Änderung der Linie der CDU steht jetzt auf der Tagesordnung. Den vereinten Bemühungen der Bourgeois ist es gelungen, die 190 Pfund Kuchenteig, die in der Öffentlichkeit als Dr. Kohl bekannt sind, in die Rolle des Spalters der Union und Bannerträgers des Einfalls der Biedenköpfe nach Bayern zu drängen. Vielleicht unter der Parole „Mit Henkel für Gott und aus Liebe zu Deutschland". Die Lächerlichkeit ist schwer auszumalen. Die Bourgeoispresse geht davon aus: Kohl ist fertig.

Augstein schreibt schon am Montag, als die Verhandlungen mit der CSU längst ausgemacht waren, in seinem Magazin „Spiegel" eine Glosse. Titel: High noon.

„Nobel kann man zu Grunde gehen, und auch wie ein Hund. Zugegeben, Helmut Kohls Chance, Kreuth zu überleben, ist nicht überwältigend groß. Anders als sein desperater Gegenspieler, der nichts mehr gewinnen kann, hat er noch etwas zu verlieren, darin liegt seine Schwäche. Aber irgendwo kommt der Punkt, wie ein gewisser Barzel einmal gesagt hat, ‚wo Widerstand Pflicht wird'. Widerstand ist nun Pflicht."

Einige Tropfen Öl spendet Augstein schon, um Würstchen zum würdigen Verschmoren zu bewegen. Gleich im nächsten Absatz vergleicht Augstein den p.p. Kohl indes mit einem Frosch.

„Irgendwann kommt die Situation, wo man stehen muß oder fällt, wo man steht und vielleicht trotzdem fällt. Dann nachzugeben ist in jedem Fall tödlich – wohingegen man sonst immer noch die Chance eines Frosches hat, der, in die Milch gefallen, so lange strampelte, bis sie zu Butter wurde."

„Irgendwann ..., irgendwo ..., nobel zu Grunde gehen ... ", der Spott der Bourgeois über die Ungeschicklichkeit ihres gemieteten Mannes ist triefend. Wenn Kohl fleißig strampelt, so wird man ihn – vielleicht – noch mal verwenden. Um das Maß zu füllen, vergleicht er, Augstein, ihn, Kohl, mit Abraham Lincoln.

„Auch Abraham Lincoln wollte ja die Einheit der amerikanischen Union um fast jeden Preis. Die Betonung liegt auf ‚fast'."

Kohl sollte als Spalter dastehen. Er steht als Spalter da. Er sollte den Weg freimachen für eine sozialdemagogische reaktionäre Partei, die *er* nicht führen kann und die aus der CDU heraus auch nicht gebildet werden kann. Das ist erledigt. Jetzt soll Dr. Kohl *strampeln* und hat „die Chance des Frosches".

Wahrscheinlich ist indessen, daß es Kohl nicht gelingt, sich in die Haut hineinzustrampeln, die jetzt für die CDU bereit liegt. Ebensowenig wie Kohl der rechte Mann war, die neue Masche zu stricken, ebensowenig ist er der rechte Mann, die CDU auf den Parallelpfad zu einer solchen Richtung zu führen.

Es ist auffällig, daß die CDU in Richtung Propaganda des Chauvinismus die ganzen letzten Jahre von der SPD deutlich übertroffen wurde. Das bringt die Sozialdemokraten in erhebliche ideologische Schwierigkeiten, sie können bloß nach rechts gehen, indem sie sich der Erscheinung nach von rechts abgrenzen.

Disponiert die CDU auf einer streng national konservativen Richtung um, wofür in der CDU die Kader bereits bereitstehen, so wird alles leichter. Dafür muß Kohl weg. Leute wie Carstens, Herrenreiter mit Nazi-Vergangenheit müssen ran. Kohl steht für die Parole „aus Liebe zu Deutschland". Die künftige Richtung wird eher heißen „für die Größe Deutschlands".

Die Bourgeoisie rüstet für schwere Klassenkämpfe. Ihre Manöver sind abstoßend und auch ein Quentchen lächerlich. Gefährlich sind sie trotzdem. Wer jetzt vor der unvermeidlichen Zersetzung bürgerlichen Anstandes und bürgerlichen Rechts Furcht zeigt, wird nach rechts getrieben und wird die Zersetzung des bürgerlichen Lagers niemals zur Stärkung der Einheit der Arbeiterklasse ausnutzen können. Dies ist *auch* ein *geplanter* Zweck der gegenwärtigen Manöver.

Azania

Die Massen organisieren sich im Kampf

„Bei Kapstadt haben mehrere hundert Jugendliche in den letzten drei Tagen 19 Häuser niedergebrannt, die, einer später zurückgezogenen Mitteilung der Polizei zufolge, von schwarzen Polizisten oder Personen bewohnt waren, die vor einer Regierungskommission über die Ursachen der Rassenunruhen ausgesagt hatten. Nach Angaben der Polizei und der Feuerwehr handelte es sich bei den Brandstiftungen nicht um einzelne spontane Handlungen, sondern um eine einzige geplante Aktion. Gut organisiert war offenbar auch die Demonstration einiger hundert schwarzer Jugendlicher in Kapstadt selbst. Sie zogen mit Transparenten und Sprechchören, die Abschaffung der Apartheid forderten, durch die Straßen der Innenstadt. Immer dann, wenn die Polizei gegen sie vorging, zerstreuten sie sich blitzschnell, um sich einige Straßen weiter abermals zu sammeln." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.12.)

Bei mehreren Demonstrationen und Aktionen erschoß die Polizei zwei Jugendliche und verletzte mehrere. 600 Polizisten durchkämmten die Vorstädte Guguletu und Nyanga bei Kapstadt und nahmen 300 Afrikaner fest.

Auch in Soweto versuchte die Polizei, Massenverhaftungen vorzunehmen. Sie ging mit den Schülerlisten von Haus zu Haus, nachdem Ende Oktober die Zwischen- und Abschlußprüfungen an den Schulen ausfallen mußten, weil nur 5 Prozent der Schüler erschienen. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.12.76)

Die Polizeiaktion in Soweto stieß ins Leere. „Tatsächlich kann man in Soweto kaum ein einziges Kind mehr sehen ... Man sieht in Soweto fast nur Erwachsene. 170 000 Schüler – für Schwarze besteht keine Schulpflicht – waren im Juni bei den Schulen angemeldet. Sie sind verschwunden", beschreibt Krabbe, Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" als Augenzeuge die Lage (2.12.76).

Wohin viele der Jugendlichen „verschwunden" sind, hat Krabbe einige Tage vorher dem Leser mitteilen müssen. Über Swasiland und Botswana haben sie Verbindung mit den Befreiungsorganisationen ANC und PAC aufgenommen und bereiten sich in Ausbildungslagern auf den bewaffneten Kampf gegen das rassistische Siedlerregime vor. „Botswanische Regierungsstellen bestätigen die Vermutung der südafrikanischen Polizei, daß viele Schüler nicht auf eigene Faust geflüchtet, sondern von einer ‚Organisation' über die Grenze geschmuggelt worden seien. ‚Die meisten kommen in Gruppen von 15', sagte ein Sprecher, ‚und nur selten allein'." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.11.76)

Bei einem Handgranatenanschlag auf einen Polizeiwagen sind zwei Beamte schwer verletzt worden. „Die Polizei glaubt daran, daß schwarze nationalistische Guerillas in Südafrika Waffenlager unterhalten." Das erklärte Polizeichef Prinsloo in Johannesburg nach Razzien in den bewaldeten Berggebieten im Osten, bei denen Handgranaten und Gewehrmunition gefunden wurden. „Sie planen Jahre voraus", erklärte Prinsloo. (Mannheimer Morgen, 3.12.1976)

Der südafrikanische Verteidigungsminister Botha hat alle wehrfähigen Männer, ebenso auch die Frauen der weißen Minderheit, aufgerufen, sich bei der Reserve zu melden sowie „Landwehr-Kommandos" zu bilden, wie sie die weißen Siedler im 18. und 19. Jahrhundert gebildet hatten, um die schwarzen Bauern von ihrem Land zu vertreiben. Gleichzeitig wurde eine Verlängerung der Wehrpflicht für weiße Jugendliche von bisher zwölf Monaten auf achtzehn oder sogar 24 Monate angekündigt.

FAZ-Korrespondent Krabbe trägt den westdeutschen Kapitalisten folgende Lageeinschätzung vor: Die Ausbildung der nach Tansania und Mozambique gegangenen Jugendlichen werde 6 bis 18 Monate dauern. „Die Guerilleros wären also zur gleichen Zeit einsatzbereit, zu der die südafrikanische reguläre Armee durch eine Verlängerung der Wehrpflicht auf 52 000 Mann verdoppelt werden soll. Beide Seiten eines möglichen Guerillakrieges bereiten sich offenbar für den Beginn der Feindseligkeiten zu dem Zeitpunkt vor, da in Rhodesien aller Wahrscheinlichkeit nach eine schwarze, vielleicht gar eine radikale Regierung herrscht." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.11.76)

VW: Fortgesetztes Vertrauen

In der schon zitierten Umfrage der „Wirtschaftswoche" sind auch bei VW „keine Angaben" eingetragen. „Radio Johannesburg", ein Sender des Vorster-Regimes, berichtet, daß der Verkaufsdirektor von VW Südafrika festgestellt hat, „daß das Investitionsprogramm seines Unternehmens ‚ein Beweis für das fortgesetzte Vertrauen in die südafrikanische Wirtschaft' sei. Die gegenwärtige Flaute sei eine vorübergehende Erscheinung. Die Marktlage werde sich voraussichtlich im kommenden Jahr bessern". (epd) VW Südafrika werde in den nächsten drei Jahren fünf Millionen Rand investieren.

Carter: Militärische Intervention nicht ausgeschlossen

Die „Financial Mail" (Nov. 76), Zeitung der US-amerikanischen Finanzbourgeoisie, hat den neuen Präsidenten Carter sich zu den Interventionsplänen der Supermacht gegen die Völker Afrikas äußern lassen. Carter erklärte, er werde eine Politik machen, „die das ganze Arsenal Amerikas, seinen technologischen Beistand, seine Hilfe bei der Entwicklung südafrikanischer Ressourcen, benutzen werden, um den Frieden zu erhalten. Ich sehe dies nicht als bloße Nächstenliebe. Es gibt dort Ressourcen, die uns nur Afrika liefern kann, wie es auch Technologie gibt, um diese Ressourcen zu erschließen, die nur Amerika zur Verfügung stellen kann". DieLänder der Dritten Welt fordern in der UNO den wirtschaftlichen Boykott des Kolonialregimes und haben dazu Beschlüsse in der UNO durchgesetzt. Carter: „Ich glaube, solche Sanktionen würden dieser Lösung entgegenwirken." Die Zeitung fragt Carter direkt: „Unter der Voraussetzung, daß der Friede in Südafrika sehr schwer zu erringen sein wird, warum schließen Sie direkte militärische Hilfe ebenso wie direkte militärische Intervention sowie ähnliche amerikanische Antworten im Süden Afrikas aus?" Carter antwortet: „Ich habe jede Form solcher Reaktionen nicht ausgeschlossen. Ich kann dies nicht."

Aktionstag der Komitees gegen den § 218 – Beharrliche Angriffe werden zum Sieg führen

Am 11. Dezember rufen die Komitees gegen den § 218 zu einem Aktionstag auf gegen den Klassenparagraphen 218 und das reaktionäre Programm der SPD-FDP-Regierung. „Probleme mit dem § 218", so lautete in den letzten Wochen Überschrift und Stoßrichtung vieler Artikel in der bürgerlichen Presse. Adolf Müller-Emmert von der SPD schreibt im Pressedienst der SPD-Bundestagsfraktion, daß „die Schwierigkeiten bei der Handhabung des reformierten Strafparagraphen ... offenbar darauf zurückzuführen (sind), daß die neuen Vorschriften des Strafgesetzes und der Krankenversicherung nicht bekannt sind". (Mannheimer Morgen)

Die gegenwärtige Presseaktivität ist wohlüberlegt. Die Regierungserklärung steht bevor, die Politik der imperialistischen westdeutschen Bourgeoisie, ihre expansiven Ziele in der Welt, ihre Absicht, die Arbeiterklasse verschärft auszubeuten in Westdeutschland, wird festgeschrieben und fortgesetzt. Dazu gehört auch die Ausrichtung des staatlichen Unterdrückungsapparates, wo an „Grundsätzlichem" festgehalten wird. Zum „Grundsätzlichen" gehört auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar 1975 zum Paragraf 218. In dem Urteil wurde der Paragraf zum Ewigkeitswert erklärt und prinzipiell festgeschrieben, daß die Strafverfolgung bei Abtreibung aufrechterhalten wird. Dieses Urteil ist fester Bestandteil der reaktionären Politik der SPD-FDP-Regierung, und der neue § 218, womit die herrschende Klasse jetzt „Probleme" hat, ist auf seiner Grundlage ausgebaut.

Die gegenwärtige Pressekampagne hat genau den Zweck, das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu bekräftigen kurz vor der Regierungserklärung und die verschärfte Anwendung des Paragrafen 218 ideologisch abzusichern. Dabei soll die Bewegung gegen den § 218 zersetzt werden, indem die Beraterstellen aus der „Schußlinie" genommen werden, zum anderen die Ärzte als diejenigen benannt werden, die den neuen Paragrafen unterlaufen und seine wohltuende Wirkung schmälern. Damit soll erreicht werden, daß sich die Bewegung gegen den Strafparagrafen 218 in der Arbeiterklasse und im Volk auf die Ärzteschaft konzentriert und nicht gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung und den bürgerlichen Staat, und hier insbesondere gegen die Beraterstellen als „Kernstück" des Paragrafen 218.

„Beraterstellen haben nicht über die Abtreibung zu entscheiden", schreibt die „Frankfurter Rundschau" nach der Presseerklärung von Müller-Emmert. Hier soll vom Charakter der Beraterstellen als Bespitzelungs- und Unterdrückungsinstrumente abgelenkt werden. Die Komitees gegen den § 218 und der KBW haben in den letzten Monaten deren Rolle in zahlreichen Aktionen offengelegt. Das hat die herrschende Klasse empfindlich getroffen. So heißt es in einem Rundschreiben des Ministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit vom 2. November: „Aus gegebenem Anlaß muß ich Sie leider davon in Kenntnis setzen, daß die Komitees gegen den § 218 verstärkt gegen die bestehenden Beratungsstellen agitieren." „Es muß damit gerechnet werden, daß die Anhänger der Komitees zur Durchsetzung ihrer Ziele nicht vor dem Einsatz körperlicher Gewalt zurückschrecken. Alle Unterlagen und sonstigen Aufzeichnungen sollten so aufbewahrt werden, daß die Entwendung nicht möglich ist."

In einem Rundschreiben an alle Pro-Familia-Beratungsstellen heißt es im Bericht über die Aktionen der Komitees in Köln, Frankfurt und Hannover: „Es wurde sofort die Polizei verständigt, die ihren Standort direkt gegenüber der Beratungsstelle hat. Außerdem wurde ein Stahlschrank zur sicheren Aufbewahrung der Karteikarten beschafft (normalerweise Lieferzeit von 6 Wochen). Im Team wurde besprochen, wie man sich verhalten" wolle.

Zunehmend werden die Beratungsstellen in Polizeistellen umgewandelt, Davon versucht Müller-Emmert abzulenken, indem er ausführt, daß „viele Ärzte keine richtige Vorstellung davon hatten, was das Gesetz mit der Indikation der Allgemeinen Notlage meine". Indikationen sollen die Ärzte aufstellen, wenn die Familie ein „behindertes Kind pflegen muß", wenn der „Zustand des Ehemannes, z.B. seine Geistes- oder Suchtkrankheit, die Verhältnisse belastet, oder wenn die Schwangere wegen schwerwiegender Behinderung das Kind nicht ausreichend pflegen kann". Müller-Emmert schreibt, daß diese Fälle es rechtfertigen, eine soziale Indikation auszusprechen, und „dieser Tatbestand sei auch ausdrücklich im Urteil des Bundesverfassungsgerichtes anerkannt worden" (Mannheimer Morgen).

Man soll für das Gesetz eingenommen werden, anerkennen den Grundsatzspruch der herrschenden Kapitalistenklasse. Gleichzeitig soll über den Polizeicharakter des Strafgesetzes hinweggehuscht werden. Das wird nicht gelingen. Die Entwicklung des Klassengegensatzes selber und die sozialen Verhältnisse als ihre ökonomische Grundlage sind die Ursache dafür, daß die Arbeiterklasse die Frage des Kinderkriegens unter Kostengesichtspunkten betrachten muß. Keineswegs die Frage, ob der Mann säuft, die Frau behindert ist oder vielleicht einzelne Kinder. Sie sind auch die Ursache für die Verschärfung der Unterdrückung durch die Bourgeoisie. Wie sonst soll sie der Widersprüche Herr werden wollen?

Die Bourgeoisie will die Front gegen den § 218 aufweichen, um ihn gleichzeitig verschärft anzuwenden. Die Regierungserklärung wird dieses Programm der Reaktion festschreiben. – (jk)

Rohstoffkonferenzen

Die Dritte Welt kämpft gegen imperialistische Unterdrückung und für ihre wirtschaftliche Selbständigkeit

In diesen Tagen haben in Genf zwei Vorbereitungsausschüsse für die Ausarbeitung des Integrierten Rohstoffprogramms ihre Arbeit aufgenommen. Dies geschieht entsprechend den Beschlüssen der 4. Welthandelskonferenz (UNCTAD IV) vom Mai in Nairobi, Kenia. Bis März nächsten Jahres soll eine Konferenz zur Verabschiedung des Rohstoffprogramms einberufen werden.

Die Länder der Dritten Welt müssen 90 Prozent ihrer Einnahmen aus dem Verkauf von Rohstoffen an die Imperialisten erzielen. Der Kern des Rohstoffprogramms ist daher ein gemeinsamer Finanzierungsfonds, mit dessen Hilfe für alle Rohstoffe feste Preise und damit feste Einnahmen der Produzentenländer erreicht werden sollen.

Triebkraft des Handelns der Imperialisten ist ihr Streben nach Höchstprofiten. Ihre Profite ziehen sie aus der Ausbeutung der Arbeiterklasse. Und Kapital, das sie für den Ankauf von Rohstoffen aufwenden müssen, können sie nicht gleichzeitig für den Ankauf von Arbeitskraft verwenden. Jedes bißchen Kapital, das sie für Rohstoffe aufwenden müssen, schränkt die Menge der Arbeitskraft, die sie mit ihrem Kapital ausbeuten können, ein.

So wie die Imperialisten zur Sicherung ihrer Ausbeuterwirtschaft die Volksmassen im eigenen Land unterdrücken müssen, so unterdrücken sie auch die Völker der Dritten Welt. Das sieht man besonders gut am Kampf um das Erdöl.

Die Länder der Dritten Welt müssen ihre Rohstoffe auf dem kapitalistischen Weltmarkt verkaufen. Wonach regeln sich die Preise auf dem kapitalistischen Markt? Im großen und ganzen entsprechen sie dem Produktionspreis der Waren, der den durchschnittlichen Profit der Kapitalisten einschließt und sich bestimmt nach der zur Produktion der Waren notwendigen Arbeitszeit. Der Marktpreis für Erdöl bzw. für Erdölprodukte jedoch enthält einen Aufschlag auf den Produktionspreis. Ökonomisch handelt es sich dabei um Grundrente. Erdöl kann nicht überall gewonnen werden. Der Besitzer und Souverän des ölhaltigen Bodens kann auf den Produktionspreis einen Aufschlag bis zu einer Höhe verlangen, wo der Käufer der Waren andere Ware vorzieht, weil sie ihn billiger kommt. Der Marktpreis des Erdöls richtet sich daher nach den Produktionskosten und Preisen anderer Energieträger. Die Kapitalisten haben das immer schon so gehandhabt und das Erdöl zu einem entsprechenden Marktpreis verkauft. Solange die Ölländer Kolonien und der imperialistischen Kanonenbootpolitik ausgeliefert waren, haben die Ölmonopole kassiert, und einen Teil hat der imperialistische Staat als Steuer auf das Öl eingenommen, quasi als Unterhaltungskosten für die Kanonenboote. Es geht also bei der Erhöhung der Ölpreise allein darum, wer Souverän über die Rohstoffquellen ist, die Imperialisten oder die Staaten der Dritten Welt. Noch immer beträgt die Mineralölsteuer fast genausoviel, wie die Imperialisten für ihr Öl bezahlen müssen. (Vgl. Tabelle) Sie denken nicht daran, den Marktpreis durch eine Senkung der Ölsteuer zu vermindern. Er liegt immer noch günstig für die Imperialisten, die das Öl brauchen, um ihre Profite und die Ausbeutung der Arbeiter zu steigern. Mit der Mineralölsteuer schöpft der Staatsapparat den Unterschied zwischen dem Marktpreis des Öls und dem Einkaufspreis in den OPEC-Ländern ab.

Die unterdrückten Länder haben im bewaffneten Kampf ihre staatliche Souveränität erkämpft. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, sich zusammenzuschließen und den Besitz der Rohstoffe gegenüber den Imperialisten im Kampf um wirtschaftliche Unabhängigkeit geltend zu machen. So sollen nach den Forderungen des UNCTAD-Sekretariats die Mittel des Rohstoffonds auch zum Aufbau von Verarbeitungsfabriken in den Entwicklungsländern verwendet werden.

Das mag wenig scheinen, ist aber viel. Es schränkt die Manövrierfähigkeit der Imperialisten auf zwei Dritteln der Erde ein, schwächt sie und gibt dem Klassenkampf der Arbeiterklasse aller Länder Raum. Zur Durchsetzung ihrer Forderungen haben die Länder der Dritten Welt eine Reihe von wichtigen Beschlüssen auf internationalen Koferenzen gegen die Imperialisten durchsetzen können.

In den Vorbereitungsausschüssen der UNCTAD in Genf wird jetzt verhandelt über Kautschuk, Kupfer, Tropenholz, Mangan, Bauxit, Eisenerz, Phosphat, Jute, Baumwolle, Nahrungsfette, Bananen, Tee und Fleisch. Die Imperialisten und ihre Journalisten behaupten, ausgleichende Rohstofflager seien zu teuer und würden viel Bürokratie bedeuten. Das ist ein Unsinn. Für die Finanzierung des Fonds sind eine Millarde Dollar als Einzahlung notwendig, wovon die Hälfte die Produzentenländer aufbringen. Gegenwärtig lagern in den Häusern der Londoner Metallbörse und der New Yorker Warenbörse 800 000 Tonnen Kupfer. Das ist ein Wert von weit mehr als einer Milliarde Dollar. Allein an Kupfer und allein in diesen beiden Lagerhäusern. Die Imperialisten sind nie gegen Rohstofflager, aber sie wollen sie selbst. Zur Spekulation, als Druckmittel gegen die Produzentenländer, zur Vorbereitung ihrer Kriege. Die USA haben vor kurzem angekündigt, sie würden ein Kupferlager für drei Jahre Krieg einrichten, und Carter hat sofort nach seiner Wahl erklärt, es müsse nun auch ein Getreidelager her.

Um die Unterdrückung der Dritten Welt zu erhalten, versuchen die Imperialisten zu spalten. Nach der Erhöhung der Ölpreise im Oktober 1973 haben die USA versucht, die OPEC-Länder für die Armut der anderen Entwicklungsländer verantwortlich zu machen. Ins selbe Horn haben die Sozialimperialisten der UdSSR gestoßen und erklärt, einen Unterschied zwischen reich und arm gebe es nicht. Jetzt haben sie den kubanischen Ministerpräsidenten Castro vorgeschickt. Bei der Eröffnung der kubanischen Nationalversammlung am 3. Dezember hat er erklärt, der „Reichtum" einiger Ölländer sei „mit dem Schweiß und dem Hunger Hunderter Millionen in der Dritten Welt genährt worden". In Paris wollten die Imperialisten im letzten Jahr die Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit einrichten, um mit den OPEC-Ländern gesondert zu verhandeln. Demgegenüber wurde durchgesetzt, daß alle Entwicklungsländer vertreten sind und über die Durchführung der UN-Beschlüsse verhandelt wird. Jetzt wollen die Imperialisten unbedingt die nächste Sitzung dieser Konferenz am kommenden Mittwoch verschieben.

Während die Einheit der Dritten Welt Fortschritte macht und objektive Grundlagen hat, herrscht unter den Imperialisten das Prinzip der Konkurrenz, ein Wettlauf um den höchsten Profit. In Den Haag haben sich vorletztes Wochenende die Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft getroffen, um eine gemeinsame Position gegen die Forderungen der Dritten Welt zu finden. Sie konnten sich jedoch nicht einigen.

Der Streit untereinander macht die Imperialisten nicht friedlicher, im Gegenteil. Aber wenn sich die internationale Arbeiterklasse einig ist und die Völker gemeinsam kämpfen, so kann die Uneinigkeit der Imperialisten nur günstig sein. – (fb)

	Öleinfuhr in Mio. DM	Mineralölsteuer in Mio. DM
1961	2 377	3 325
1962	3 077	3 699
1963	3 584	4 139
1964	4 043	6 071
1965	4 176	7 428
1966	4 654	8 016
1967	5 516	9 423
1968	6 608	9 875
1969	6 871	10 601
1970	7 410	11 512
1971	9 790	12 417
1972	9 340	14 227
1973	13 399	16 589
1974	29 028	16 052
1975	26 430	17 121
1976	21 283	10 499

Die Imperialisten zahlen an die Öl-Länder weit weniger als den Marktpreis. Deshalb können sie große Mengen Mineralölsteuern vereinnahmen. Von 1961 bis August 1976 waren es 161 Milliarden DM. Bis 1972 war der Einfuhrwert auf 393 Prozent gestiegen, die Steuer auf 428 Prozent. Der Einfuhrwert des Erdöls enthält zu 70 bis 80 Prozent Rohöl sowie Erdöldestillationsprodukte abzüglich der Ausfuhr. Die Angaben für 1976 umfassen die ersten acht Monate. (Quellen: Monatsberichte der Bundesbank und Außenhandelsstatistik nach dem internationalen Warenverzeichnis für den Außenhandel)



Internationale Konferenzen im Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung

1964: UNCTAD I in Genf. Auf der Konferenz bildet sich die „Gruppe der 77" aus den Entwicklungsländern.

1968: UNCTAD II in Neu-Delhi.

1972: UNCTAD III in Santiago de Chile.

September **1973:** 4. Konferenz der Blockfreien in Algier beschließt das Recht der Länder der Dritten Welt auf Souveränität über ihre Rohstoffe, Recht auf Enteignung der imperialistischen Monopole nach jeweiligem Landesrecht, Recht auf Bildung von Zusammenschlüssen der Rohstoffproduzenten.

9. April bis 2. Mai **1974:** 6. Sondersitzung der UN-Vollversammlung beschließt die „Erklärung über die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung" und ein Aktionsprogramm über die nächsten Schritte.

8. bis 12. Oktober **1974:** UNEP/UNCTAD-Symposium in Cocoyoc, Mexiko, bekräftigt in einer Entschließung den Kampf der Entwicklungsländer.

17. September bis 17. Dezember **1974:** 29. UN-Vollversammlung beschließt die „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" (Recht auf Enteignung, Produzentenzusammenschlüsse, Indexierung der Rohstoffpreise, Zollabbau der Imperialisten).

rung und Aktionsplan über industrielle Entwicklung und Zusammenarbeit.

1. bis 16. September **1975:** 7. Sondersitzung der UN-Vollversammlung in New York, Resolution „Entwicklung und internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit".

November **1975:** In Rambouillet beraten die USA und fünf weitere westliche Imperialisten ihren Kampf gegen die Dritte Welt.

16. September bis 18. Dezember **1975:** 30. UN-Vollversammlung.

19. Dezember **1975:** Eröffnung der Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris („Nord-Süd-Dialog"). Die 19 Vertreter der Dritten Welt setzen gegen die acht „Industrieländer" durch, daß die Konferenz auf Grundlage der UN-Beschlüsse arbeitet.

2. bis 7. Februar **1976:** Konferenz der Länder der Dritten Welt in Manila zur Vorbereitung der UNCTAD.

3. bis 30. Mai **1976:** UNCTAD IV in Nairobi, Kenia, beschließt die Erstellung eines Integrierten Rohstoffprogramms.

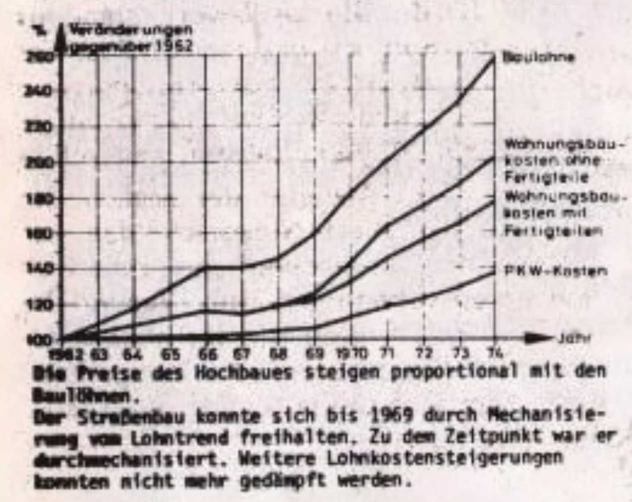
Dezember **1976:** Vorbereitungsausschüsse der UNCTAD in Genf.

15. Dezember **1976:** geplante zweite Ministersitzung der Konferenz für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit („Nord-Süd-Dialog").

Angriff auf Seminarunterdrückung und bürgerliche Wissenschaft

Ein Lohnraubtheoretiker und Schröpfer der Studentenmassen

Die Lehrveranstaltung „Grundlagen der Bauwirtschaft“ von Professor Klaus Simons ist eine Pflichtvorlesung für Bauingenieur- und Architekturstudenten der Technischen Universität. Simons kassiert zehn Mark für ein Skript, das als Grundlage für seine Vorlesung benutzt werden soll. In seiner Vorlesung erklärte er: „Vornehmstes Ziel der Industrialisierung im Bauwesen ist es, die Lohnexplosion durch technische Entwicklung, billiges Bauen abzufangen.“ Als Beweis für diese Behauptung über die angebliche Lohnexplosion sollte die folgende Graphik aus seinem Skript dienen.



Die Schlampigkeit und der Versuch des Betrugs dieser „wissenschaftlichen Untersuchung“ sticht ins Auge. Aus der Graphik geht weder hervor, ob es sich um Angaben über Brutto- oder Nettolöhne handelt, noch sind Quelleangaben gemacht. Bewußte Täuschung wies ihm eine Studentin nach, die als Kommunistin bekannt ist. Sie unterbrach seine Vorlesung und griff an, daß die Graphik die Entwicklung der Löhne nicht inflationsbereinigt wiedergibt. Sie erklärte, daß die Kapitalisten die Durchschnittslöhne heute unter den Stand von 1970 gedrückt haben (errechnet nach Angaben des Statistischen Bundesamtes) und daß die Reallöhne bereits von Januar bis Juni 1976 um ein halbes Prozent gesunken sind. Simons sah sich gestellt:

Höchstens in einem Jahr könnten die Löhne etwas gefallen sein. Er versuchte seine Vorlesung fortzusetzen. Damit kam er nicht durch. Angegriffen wurde, was seine vielgepriesene Rationalisierung für die Arbeiterklasse bedeutet. Das „vornehmste Ziel der Industrialisierung“ im Kapitalismus heißt Profitmaximierung. Für die Bauarbeiter bedeutet das Steigerung der Arbeitshetze und Entlassung durch Rationalisierung. So hat der Baukonzern Philipp Holzmann AG innerhalb eines Jahres (bis Juni 1976) fünf Prozent der Arbeiter des Konzerns im Inland entlassen. Durch scharfe Ausbeutung hat der Konzern darüberhinaus Millionensummen abgepreßt aus unbezahlter Mehrarbeit der Bauarbeiter als Voraussetzung für die Expansion auf dem Weltmarkt. Um 85 Prozent haben die Holzmann-Kapitalisten ihre „Auslandsleistung“ 1975 erhöht. (Angaben aus: Holzmann-Kurier, Nr. 2/1976) Simons konnte sich diesmal den Angriffen noch dadurch entziehen, daß er fünf Minuten Redezeit in der nächsten Vorlesungsstunde einräumte. Unter großem Beifall hat sie in der nächsten Stunde erneut die Lügen des Professors angegriffen. Simons kam eine halbe Stunde nicht zu Wort. Deutlich wurde, hinter den Lügen steckt System. Die Studenten sollen ausgebildet werden zu Funktionären der Bourgeoisie. Simons fragt in den Prüfungen das für die Kapitalistenklasse erforderliche Wissen ab. Eine der Prüfungsfragen in der Zwischenprüfung: „Warum ist für die weitere Baupreisentwicklung eine Reduzierung des Lohnanteils an den Bauverfahren so entscheidend?“ Der Abscheu der Masse der Studenten gegen derlei „wissenschaftliche“ Ausbildung ist gewaltig. Die Methoden der Professorenreaktion, ihnen den Standpunkt der Kapitalisten aufzunötigen, werden bekämpft. Simons war es auch, der jüngst als Professor im Studentenwerksvorstand die Mensapreiserhöhungen um 40 Prozent beschloß. Das würde sein direkter Beitrag sein, die Löhne zu senken: 73 Prozent der Bauingenieurstudenten sind zusätzlich zum BAFöG auf weiteres Geld von ihren Eltern angewiesen. Die meisten Studenten in der Vorlesung waren sich einig, daß sie nicht zahlen wollen, daß sie es nicht hinnehmen werden, sich durch verschärfte materielle Abhängigkeit unter Druck setzen zu lassen. Sie haben beschlossen, daß es richtig ist, im Anschluß an die Diskussion die Vorlesung abzubrechen, um an einer Demonstration gegen die Mensapreiserhöhung teilzunehmen. – (hb, Kommunistischer Studentenbund Braunschweig)



Die Braunschweiger Studenten boykottieren die Mensa in der siebten Woche gegen die Preiserhöhung von 1,40 DM auf 1,80 DM. Die Professoren und übrigen Reaktionäre im Studentenwerksvorstand hatten sich ins Zivilschutzamt unter starke Polizeibewachung begeben müssen (Bild), um diesen Beschluß fassen zu können. Alle vorherigen Sitzungen waren von den Studenten gesprengt worden. Aktiver Verfechter der Erhöhungen ist der Professor Simons, der in seinen Seminaren für Bauingenieure wegen seiner reaktionären Indoktrination angegriffen wird (siehe nebenstehenden Artikel). Er fordert offen die Senkung des Lohns. Für die Schmierung des Studentenwerks-Geschäftsführers Loschke werden mit seiner Zustimmung monatlich 3 500 bis 4 000 Mark aus den Studentengeldern gezahlt. Im Jahre 1965 erhielt Loschke, der die Mensapreiserhöhungen zusammen mit den Professoren und einem Bankdirektor im Studentenwerksvorstand beschloß, ein zinsloses Darlehen aus Geldern der Studentischen Krankenversicherung über 25 000 Mark, Laufzeit 100 (hundert) Jahre.

„Positive Erkenntnis ist das Wissen von der Unmöglichkeit der Erkenntnis“

Göttingen. Im Seminar „Kommunikationspsychologische Interpretationen am Beispiel der Romane und Erzählungen Franz Kafkas“ am Fachbereich Germanistik hat sich ein scharfer Kampf um die hier von dem Professor Turk vertretenen wissenschaftlichen Auffassungen entwickelt. Turk ist bekannt an der Hochschule als „linker Sozialdemokrat“ und Verfechter der „Kritischen Theorie“. Vor einigen Wochen wurde das auf der Tagesordnung stehende Thema „P. Watzlawick: Menschliche Kommunikationen – Formen, Störungen, Paradoxien“ als reaktionär und dogmatisch angegriffen. Turk entzog sich der inhaltlichen Debatte, drohte aber mit Rausschmiß der Vertreter des Thesenpapiers, mit dem dieser Angriff geführt wurde, und mit einer Zensierung zwischen vier und fünf.

Den Ausgangspunkt, von dem aus Turk den Studenten die verschiedenen bürgerlichen Theorien der „Kommunikation“ und des „Handelns“ aufnötigt, bestimmt er in seiner Schrift „Wirkungsästhetik“ (München 1976, Seite 38) mit einer gesellschaftlichen Lage der verschärften „sozialen Repression“ und der „fortschreitenden Verunsicherung“, mit einer „Krise der geisteswissenschaftlichen Fächer, die nicht nur eine Krise der Wissenschaft ist, sondern die Krise einer Gesellschaft ...“ (ebenda, Seite 11).

Nicht zu überwinden ist diese Krise laut Turk durch revolutionären Klassenkampf, denn „es ist ein inzwischen kaum noch bestreitbarer Satz, daß die ökonomischen Bedingungen der spätkapitalistischen Überflußgesellschaft eine direkte Übertragung des Marxschen Klassenkampfmodells nicht mehr zulassen“. (ebenda, Seite 17)

Dementsprechend bekämpft Turk die wissenschaftlichen Auffassungen der Arbeiterklasse, den wissenschaftlichen Sozialismus, sowohl durch direkte Unterdrückungsmaßnahmen wie auch auf dem Gebiet der Wissenschaft. Mittel dafür ist ihm das Dogma der Unerkennbarkeit der Welt.

Diese agnostizistische Wissenschaftstheorie wollte Turk mit dem „Kommunikationsexperten“ Watzlawick im Seminar verankern. Prüfen wir das am Beispiel:

Watzlawick geht aus von zwei miteinander kommunizierenden Menschen. Sie kommunizieren miteinander, um sich gegenseitig in ihrem Selbstbewußtsein zu bestätigen. Funktioniert dies einmal nicht, so schlägt Watzlawick die Meta-Kommunikation vor, zu deutsch: zwischendemVerstehen, warum man sich nicht versteht. Die Erkenntnis, so Watzlawick, dient nicht als Richtschnur zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern umgekehrt soll sie dazu dienen, sich selbst zu ändern, um sich den herrschenden Verhältnissen zu unterwerfen.

Ein Beispiel für diese Methode wurde im Seminar von Studenten angeführt: Der Arbeiter A. leidet unter „Gemütsstörungen“, weil er seit 20 Jahren Nachtschicht arbeitet. Er begibt sich zu Herrn W., der die Gemütsstörung als solche diagnostiziert. Herr W. stellt fest: Verlust des Lebenssinns. Was tun? Den schmerzhaften Zwiespalt zwischen dem, was ist (Nachtschicht), und dem, was sein sollte (Leben, frei von Unterdrückung, Prämissen von Arbeiter A.) aufheben. W. zu Arbeiter A.: Sie müssen ihr Weltbild ändern, sehen Sie den Sinn Ihres Lebens in der Nachtschicht, damit ist der Zwiespalt zwischen dem, was ist und dem, was Ihres Erachtens sein sollte, als Ursache Ihrer Störungen aufgehoben. Darauf Arbeiter A.: Danke, das reicht mir!

Die Auffassungen, die Watzlawick propagiert, um dieses Vorgehen durchzusetzen, bestehen in folgendem: Weil wir selbst Bestandteil der Welt sind, können wir keine Aussagen die Wirklichkeit der Welt betreffend machen. „Positive“ Erkenntnis ist für ihn das Wissen von der Unmöglichkeit des Erkennens.

Wenn die Wirklichkeit nicht erkennbar ist, dann dürfen alle möglichen unsinnigen Auffassungen existieren. Eine Theorie allerdings, die Wahrheitsanspruch erhebt, muß bekämpft werden. Denn: „Keine Gesellschaft kann es sich leisten, sich nicht gegen Abweichungen zu verteidigen und keine Sinnesänderungen derer zu versuchen, die ihre Ordnung und Regeln in Frage stellen.“ (Watzlawick, Seite 91)

Nur mit Zwang und Unterdrückung kann der Masse der Studenten dieser Standpunkt aufgenötigt werden. Entscheidende Bedingung dafür ist die Seminarorganisation. Der Staatsbeamte Turk unternimmt alles, damit sich die Studenten keine Klarheit über den Kern dieser reaktionären Wissenschaft verschaffen können. Das beginnt mit der Festlegung unterschiedlicher Referate, noch bevor das Seminar überhaupt beginnt. Die wissenschaftliche Auseinandersetzung wird breit aufgesplittert und langweilig. Gut da steht nur der Bourgeoisbeamte, der das Seminar leitet.

Die feinere Unterdrückungsmethode besteht darin, daß nichts ausdiskutiert wird, damit die Grundaussage der jeweiligen Theorie nicht erfaßt und kritisiert werden kann. Versuche der Entfaltung der Kritik mit dem Ziel, klare Ergebnisse zu erarbeiten, werden als „dogmatischer Anspruch“ offen unterdrückt: Mit Redeverbotsdrohungen, Androhung von Rausschmissen und politischen Zensierungen.

In einer der letzten Seminarstunden haben sich die Studenten in einer Abstimmung gegen diese Unterdrükkungsversuche behauptet und darauf bestanden, den Gegenstand der Auseinandersetzung im Seminar selbst festzulegen. Daraufhin hat Turk mit Gegenmaßnahmen gedroht. In einer Seminarstunde, in der die Studenten beschlossen hatten, daß die BAföG-Frage diskutiert werden müsse, stellte er die Alternative auf: „Entweder die drei KSB-Mitglieder, die diesen Vorschlag eingebracht haben, gehen raus, oder das Seminar wird aufgelöst.‘

Um gegen die Unterdrückungsmaßnahmen Turks kollektiv vorzugehen und das Recht auf freie wissenschaftliche Auseinandersetzung durchzusetzen, ist auf Vorschlag des Kommunistischen Studentenbundes ein Seminarkollektiv gebildet worden. – (Zelle Germanistik, KSB Göttingen / Red.)

„Deshalb halten wir Leistungsansprüche für richtig ...“

„Deshalb halten wir in der Tat Leistungsansprüche für richtig, wenn sie sich im Rahmen ausgewiesener und gemeinsam beschlossener Inhalte bewegen, um den Qualifikationsinteressen von Studenten gerecht zu werden. Darüberhinaus sind kollektive Arbeitsformen ebenso anzustreben wie die Praxis gemeinsamer Kritik und Selbstkritik, wenn es um die Beurteilung von Arbeitsergebnissen geht. Im Interesse der Qualifizierung und um die durch Notendifferenzierungen auftretenden Konkurrenzmechanismen abzubauen, plädieren wir dafür, daß die jeweiligen Veranstaltungen (Hochschullehrer und Studenten gemeinsam) zum Ausdruck bringen, ob – im Interesse des Fortschritts angestrebter Lernprozesse – von den jeweiligen Einzel- oder Gruppenautoren eine Ergänzung oder Überarbeitung des vorgelegten Arbeitsergebnisses gefordert wird, wenn dies nötig erscheint, um die Beurteilung „gut“, gemessen am Stand des allgemeinen Lernprozesses innerhalb der Veranstaltung und gemessen an den individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten, zu rechtfertigen. Wir können darin keine Unterstützung von Konkurrenz und Spaltung unter den Studenten erkennen, sondern eher die Aufforderung zu einer solidarischen und kritischen Auseinandersetzung mit dem Interesse, voneinander zu lernen.“

Diese Vorstellung über die Seminarausbildung an der Hochschule entstammt dem Aufsatz „Sektierertum oder Wissenschaftskritik – KSB-Politik im Wintersemester 1976/77“ und ist veröffentlicht in „SHL-Info, Beiträge der Gruppe Sozialistischer Hochschullehrer“ vom 26. November. Dieses „SHL-Info“ ist das Organ der linken Sozialdemokratie unter den Hochschullehrern an der Bremer Universität. Das Hohelied auf die Gemeinsamkeit in der Hochschulausbildung, das hier gesungen wird, macht einen beinahe rührselig. Da gibt es die „gemeinsam beschlossenen Inhalte“, es gibt „kollektive Arbeitsformen“ und die „Praxis gemeinsamer Kritik und Selbstkritik“. All dies von „Hochschullehrern und Studenten gemeinsam“. Bei all dieser „Gemeinsamkeit“ sehen die linken SPD-Professoren sogar die Möglichkeit zu einem enormen Fortschritt in der Reform, auf den ihre Parteifreunde in den Kultusministerien bisher noch nicht gekommen sind oder sich nicht zu sagen getraut haben mögen: daß „im Interesse des Fortschrittes angestrebter Lernprozesse von den jeweiligen Einzel- oder Gruppenautoren eine Ergänzung oder Überarbeitung des vorgelegten Arbeitsergebnisses gefordert wird“. In der Schule heißt das „Nachsitzen“ oder „Strafarbeit“. Die linken SPD-Professoren drücken sich vornehm aus, als Ausgleich zwischen dem „Stand des allgemeinen Lernprozesses“ und den „individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten“.

Was ist das für eine Gemeinsamkeit, die hier und anderswo von den linken SPD-Ideologen unter den Hochschullehrern beschworen wird? Zweifellos sind die Professoren mit den Studenten gemeinsam in der Seminarausbildung oder in den Prüfungen. Das kann man auch als „kollektive Arbeitsform“ bezeichnen. Die Minderheit von Bourgeoisstudenten, die an den Hochschulen ausgebildet wird, um das Erbe aus Besitz und Vermögen anzutreten, mag diesem Zustand das Gefühl der Gemeinsamkeit *mit* dem Professor abgewinnen. Er ist es, der ihnen hilft, sich als Bourgeois zu bewegen und ihre Interessen wahrzunehmen. Für die Masse der Studenten dagegen ist diese Gemeinsamkeit etwas rein Äußerliches und begründet durch Zwang und Unterdrückung: Aus ihren Reihen will die Bourgeoisie ihren Funktionärsnachwuchs ziehen. Entsprechend bedeutet für die Studenten aus den besitzlosen Klassen die Hochschulausbildung einen ununterbrochenen und gewaltsamen Versuch der herrschenden Klasse, ihre Erfahrungen umzubiegen, zu verdrehen und sie in Vertreter der bürgerlichen Ideologie zu verwandeln.

An diesem Dressurakt, den die Hochschulausbildung gegenüber den Studenten aus den besitzlosen Klassen bedeutet, ändert sich nichts, wenn man ihm einen anderen Namen gibt.

Die Professoren sind Regierungsbeamte und unterdrücken die Studentenmassen durch Zensur und Notengewalt. Die SPD-Ideologen unter den Hochschulbeamten sind Regierungsbeamte, die sich nicht gerne beim Namen nennen lassen mögen, weil sie glauben, es dadurch leichter zu haben. Das sind Roßtäuscherhoffnungen. Die herrschende Klasse hat solchen Roßtäuschern einen gewissen Platz an den Hochschulen eingeräumt in den vergangenen Jahren, um die Reibungen und Widerstände gering zu halten bei dem Werk der Rekrutierung Hunderttausender von Studenten aus den besitzlosen Klassen für den Dressurakt zum Bourgeoisfunktionär an der Hochschule.

Mit den Aussichten solcher Roßtäuscher ist es in diesen Jahren rapide bergab gegangen. Die Studentenmassen suchen den Zusammenschluß im Kampf gegen die Unterdrückung in den Lehrveranstaltungen und die bürgerliche Wissenschaft und kämpfen in großer Breite und Hartnäckigkeit für ihre Rechte gegen den bürgerlichen Staatsapparat. Die herrschende Klasse auf der anderen Seite hat in diesen Jahren gewaltige Mittel eingesetzt, um ihren Unterdrückungsapparat an den Hochschulen auszubauen. Die Herausbildung dieser Klassenfronten und die Entwicklung des Klassenkampfes zwischen den Studentenmassen und der herrschenden Klasse an den Hochschulen erfolgt notwendig und gesetzmäßig. Die Propaganda der linken SPD-Professoren von der „Gemeinsamkeit des Lernprozesses“ ist der vergebliche Versuch, den damit unvermeidlich einhergehenden Zusammenschluß der Studenten gegen die herrschende Klasse zu bremsen und aufzuhalten. – (h j)

Die Lohnbewegung in der Stahl- und in der Metallindustrie jeweils an einem entscheidenden Punkt

In der Stahlindustrie haben die Kapitalisten gesagt, was sie ohne Streiks zu zahlen bereit sind und worüber sie unter keinen Umständen hinaus wollen: Sie beziffern das auf 6,65 Prozent „Einkommenswirkung“. Die soll sich zusammensetzen aus 5,4 Prozent Lohnerhöhung, einem Tag Urlaub mehr und den „vermögenswirksamen Leistungen“. Dabei rechnen sie den Urlaub mit 0,5 Prozent und den Rest, 0,75 Prozent, für die vermögenswirksamen Leistungen. Das Ganze ist eine Milchmädchenrechnung für die Arbeiter, denn die vermögenswirksamen Leistungen sind in Wirklichkeit ein Abzug vom Lohn, und die 0,5 Prozent, die die Kapitalisten für den Tag Urlaub rechnen, sehen sie nicht. Es bleibt also bei den 5,4 Prozent, und die sind eine große Unverfrorenheit der Kapitalisten. Die Stahlarbeiter haben sie in Streiks und Demonstrationen klar zurückgewiesen.

Die IG-Metall-Verhandlungsführung will rasch zu Ende kommen. Sie hatte 8,5 Prozent, zwei Tage Urlaub, Erhöhung der stahltypischen Zuschläge auf die Höhe der entsprechenden Zuschläge in der Metallindustrie und Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen gefordert. Einen Tag Urlaub und die Erhöhung der stahltypischen Zulagen hat sie schon abgeschrieben. Die Logik ist folgendermaßen: In der Stahlindustrie ist Schichtbetrieb typisch, also können die Zulagen ruhig niedriger sein als in anderen Industriezweigen, wo sie nicht in gleichem Umfang typisch sind. Das ist Kapitalistenlogik.

Wer ständig Schicht arbeitet, braucht mehr Urlaub. Aber auch hier herrscht bei den besseren Sozialdemokraten Kapitalistenlogik: Da ständig Schicht gearbeitet wird, sind die Stahlarbeiter das gewohnt und brauchen weniger Urlaub. Also ist die IG-Metall-Verhandlungsführung von der Urlaubsforderung runtergegangen.

Inzwischen hat Herb festgestellt, „daß vom Volumen her überhaupt nichts mehr drin“ sei. Sowas erklärt er vor den Verhandlungen dem „Handelsblatt“. Er wolle jetzt rasch fertigwerden. „Wir erwarten, daß dieser letzte Versuch ein tragbares Ergebnis bringt.“ „Tragbar“ findet er, wenn innerhalb des Volumens eine Umverteilung stattfindet und bei der Lohnerhöhung „eine 6 vor dem Komma steht“. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Man kann die vermögenswirksame Leistung rausschieben, man kann den Tag Urlaub fallen lassen. Darüber streiten sich die IG-Metall-Führer noch mit den Stahlkapitalisten. Die Interessen der Stahlarbeiter sind bei diesem Streit längst unter den Tisch gefallen: Eine Lohnerhöhung von, sagen wir, 6,2 Prozent bedeutet nämlich genauso Reallohnabbau wie eine Lohnerhöhung von 5,4 Prozent.

Rechnet man verschiedene typische Beispiele durch, dann zeigt sich, daß die 6,2 Prozent bei einer jährlichen Inflationsrate von 5 Prozent Reallohnabbau bedeuten. Die Inflationsrate wird jedoch wieder wachsen. Die Beispiele sind berechnet nach der Lohnberechnung Klöckner-Hütte Bremen.

Ein Arbeiter, Lohngruppe 4, 40 Stunden Spätschicht, 80 Stunden Nachtarbeit, 8 Stunden sonntags Frühschicht, 8 Stunden sonntags Spätschicht mit insgesamt 174 Stunden, Steuerklasse I, jetzigem Nettolohn von 1 331,83 DM, wird Dezember 1977 gegenüber jetzt 7,64 DM real verlieren.

Ein Arbeiter, Lohngruppe 6, Contischicht, 40 Stunden Spätschicht, 40 Stunden Nachtarbeit, je 8 Stunden samstags Früh-, Spät- und Nachtschicht und je 8 Stunden sonntags Früh-, Spät- und Nachtschicht mit 2 Sonderschichten, insgesamt 184 Stunden, Steuerklasse III, zwei Kinder, jetzigem Nettolohn von 1 668,95 DM, wird Dezember 1977 gegenüber jetzt 15,48 DM weniger verdienen.

Ein Arbeiter, Lohngruppe 8, mit 56 Stunden Nachtschicht und 24 Stunden Sonntagsnachtschicht, insgesamt 184 Stunden, Steuerklasse IV ein Kind, jetzigem Nettolohn von 1 532,23 DM wird Dezember 1977 gegenüber jetzt 12,19 DM real verlieren.

Ein Arbeiter, 174 Stunden Normalschicht, Lohngruppe 7, zwei Sonderschichten, Steuerklasse IV, zwei Kinder, käme gerade auf netto 1 340,47 DM und hätte damit 14,89 DM weniger im Dezember 1977 als jetzt.

Inzwischen hat Herb festgestellt, „daß vom Volumen her überhaupt nichts mehr drin“ sei. Sowas erklärt er vor den Verhandlungen dem „Han-

schicht, Lohngruppe 7, zwei Sonderschichten, Steuerklasse IV, zwei Kinder, käme gerade auf netto 1 340,47 DM und hätte damit 14,89 DM weniger im Dezember 1977 als jetzt.

Ein sauberes „tragbares Ergebnis“. Die Sozialdemokraten haben die Sache bereits wieder so verfahren, daß die Lage ausweglos erscheint. Sind die Kapitalisten mit den sozialdemokratischen Umverteilungsplänen innerhalb des Kapitalistenvolumens nicht einverstanden, dann soll eine Urabstimmung für – geht es nach den Vorstellungen der IG-Metall-Führer – nichts und wieder nichts durchgeführt werden. Was immer diese Leute vorschlagen, stets haben sie nur die „6 vor dem Komma“ im Auge.

Für die Stahlarbeiter ist der Kampf der Metaller um die Aufstellung einer richtigen Forderung ermutigend, wie es für die Metallarbeiter lehrreich ist, die Erfahrungen der Stahlarbeiter zu studieren, und ermutigend zu sehen, wie die Stahlarbeiter sich gegen den Lohnraub zur Wehr zu setzen beginnen. So ist es kein Wunder, daß in der Metallindustrie die Front für die Festgeldforderung fester wird. Verschiedene sozialdemokratische Funktionäre springen wie wild von den Sitzen, wenn sie die Mark-Forderung hören. Und doch müssen sie manövrieren. Von ihnen werden immer häufiger Sockelforderungen und Mindestbeträge „ins Gespräch“ gebracht, so im Nordverbund, in Hessen und in Baden-Württemberg. Mögen sie manövrieren, es kommt darauf an, ihnen eine Grenze zu ziehen: Unter einer Mark für jeden kann keine feste Kampffront gegegen die Metallkapitalisten geschlossen werden.

Die Stahl- und Metallkapitalisten kämpfen um Profite und Weltmarktanteile. Die Stahl- und Metallarbeiter kämpfen um ihr Lebensniveau. Nur Sozialdemokraten können den Arbeitern raten, ihr Lebensniveau senken zu lassen, damit die Profite und Weltmarktanteile steigen. Kampf um Profite und Weltmarktanteile ist imperialistische Konkurrenz. Kampf zur Verteidigung des Existenzniveaus ist Bestandteil des proletarischen Internationalismus. Auf beiden Seiten geht es um unverzichtbare Zwecke. Also kann nur Kampf entscheiden. Warum sollten die Arbeiter dieser Entscheidung ausweichen? Wer produziert? Nicht die Kapitalisten. Sie besitzen die Produktionsmittel und die Produkte. Die Arbeiter produzieren. Also können sie kämpfen und siegen, indem sie die Produktion lahmlegen. – (gs)



1 000 Stahlarbeiter demonstrieren zur Mülheimer Stadthalle, dem Tagungsort der Großen Tarifkommission, um ihre Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, daß sie einen Lohnraubabschluß nicht hinnehmen.

1 000 Stahlarbeiter demonstrieren zur Mülheimer Stadthalle, dem Tagungsort der Großen Tarifkommission, um ihre Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, daß sie einen Lohnraubabschluß nicht hinnehmen.

Klöckner Bremen:

„Lohnabbau können und werden wir nicht hinnehmen!“

Bremen, 7. Dezember. Aus der Betriebsversammlung der Klöckner-Hütte Bremen sind etwa 500 Arbeiter aus Anlaß der am selben Tag stattfindenden Tarifverhandlungen zum Gewerkschaftshaus marschiert. Die Situation auf der Betriebsversammlung kann man zusammenfassen mit dem Redebeitrag eines Arbeiters aus dem LG-Stahlwerk. Er hat den anwesenden IG-Metall-Bevollmächtigten Weinkauf angegriffen wegen seiner Tätigkeit in der Großen Tarifkommission. „Er soll mal klar machen, warum er für die miese 8,5-Prozent-Forderung gestimmt hat. Nicht er ist die Gewerkschaft, sondern wir. Und wir wollen mehr Geld. Darum Demonstration zum Gewerkschaftshaus und Urabstimmung!“ Vorher hatte der Arbeitsdirektor Karl Sporberg viel von Gemeinsamkeit und Kompromißbereitschaft geredet. An dessen Adresse sagte der Kollege: „Karlchen Sporberg, du bist doch nicht unser Vertreter. Du bist doch ein kleiner Puffer zwischen den Stühlen.“ Als die Lautsprecheranlage ausfiel, kamen von allen Seiten Buhrufe und Pfiffe. Man sagte, daß dem Kollegen das Mikrofon gesperrt worden war. Als der Kollege zu Ende geredet hatte, klatschten die Arbeiter begeistert Beifall. Der Saal tobte. Die Vertrauenskörperleitung griff den Vorschlag mit der Demonstration auf. Als der Demonstrationszug beim Gewerkschaftshaus anlangte, waren bereits drei Mannschaftswagen Polizei vor dem Gebäude aufgefahren. Die Demonstration blockierte kurzfristig die Straßenbahn. Als die Polizei die Schienen freimachen wollte, sagten einzelne Kollegen, daß das doch richtig sei, die Besetzung der Schienen, wegen der geplanten Fahrpreiserhöhungen im Januar 1977.

Auf der Betriebsversammlung haben verschiedene Kollegen die 8,5-Prozent-Forderung als ungenügend kritisiert. Die Vertrauenskörperleitung ließ im Saal Unterschriften sammeln für mindestens 8,5 Prozent. 900 bis 1 000 Kollegen unterschrieben. Sogar für die miesen 8,5 Prozent müssen wir einen harten Kampf führen. Die Prozentforderung spaltet jedoch. Richtig ist eine Festgeldforderung von 1 DM pro Stunde. Dafür kann man streiken, und das müssen wir. Ohne Streik läuft nichts. Mit Streik können die Kapitalisten in die Knie gezwungen werden. Bereits am Mittwoch letzter Woche haben die Arbeiter im Kaltwalzwerk der Klöckner-Hütte einen Warnstreik durchgeführt.

Klöckner fühlt sich deutlich erholt“, zitiert die Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 2.12. den Vorstand. „Die Unternehmensleitung fügt dazu auf Anfrage erklärend hinzu, daß Klöckner insgesamt heute besser dastehe als die meisten Stahlfirmen.“ „Zusätzliche positive Einflüsse für das Jahr 77“ erwartet der Vorstand vor allem wegen des Erwerbs der Maxhütte, den Vorstandsvorsitzender Ginow seinerzeit mit „erheblichen Rationalisierungseffekten“ begründete. Man muß die Aussagen richtig würdigen: Inmitten eines scharfen Konkurrenzkampfes, insbesondere auf dem Weltmarkt, verkünden die Klöckner-Kapitalisten, daß sie besser dastünden, als ihre Konkurrenten. Die „Süddeutsche Zeitung“ weiß zu berichten, daß die Walzstahlproduktion bei Klöckner gegenüber dem Vorjahr um 2,4 % gestiegen ist, „wobei sich die Feinblechproduktion der Hütte Bremen mit 662 000 Tonnen um 13,9 % erhöht hat.“

Mittwoch früh um fünf Uhr ertönten sämtliche Preßluftpfeifen im Kaltwalzwerk. Das war das verabredete Zeichen. Kurz darauf standen alle Anlagen des Kaltwalzwerkes still: die Warmwalzzerteilanlage, die Beize, die Tandemstraße, die Walzgerüste und die Scherenstraße. Die Arbeiter haben sich an der Kantine versammelt und folgende Resolution an die Große Tarifkommission Eisen und Stahl beschlossen:

„Fünf Prozent sind glatterLohnabbau. Den können und werden wir nicht hinnehmen. Schon die Forderung von 8,5 % hat nicht unseren Interessen entsprochen. Sie kann allenfalls als Mindestforderung angesehen werden. Wir brauchen mehr Lohn und zwar sofort – nicht erst nächstes Jahr! Wir fordern die Tarifkommission auf, die Verhandlungen für gescheitert zu erklären und die Urabstimmung einzuleiten. Die versammelten Arbeiter des Kaltwalzwerkes der Klöckner-Hütte Bremen am 1.12.76 um fünf Uhr früh.“

Die Frühschicht hat nach einer kurzen Versammlung kurz nach halb sieben die Anlagen wieder in Gang gesetzt. Um zwölf Uhr mittags tauchten die Ingenieure und Betriebsleiter unerwartet alle an den Anlagen auf, wo sie bis hinein in die Spätschicht wie angewurzelt standen und immer wieder dieselbe Platte heruntergeleiert haben. Die Arbeiter könnten ihretwegen tagelang streiken, das würde ihnen überhaupt nichts machen. Sie hätten sowieso keine Aufträge. Die oben zitierten Zahlen und die Tatsache, daß diese Herren es für nötig befanden, stundenlang in Dreck und Lärm zu stehen, sprechen vom Gegenteil.

Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung haben den Kapitalisten mit der 8,5 %-Forderung die Hand zur Versöhnung ausgestreckt. Das haben sie als den Interessen der Stahlarbeiter entsprechend bezeichnet. Jetzt hat der Verhandlungsführer der IG Metall laut „Handelsblatt“ erklärt, daß die 8,5 -Forderung nicht in allen Betrieben Zustimmung findet. Es zeigt sich, daß die Stahlarbeiter ihre Interessen durchsetzen und die Kapitalisten schlagen können, wenn sie sich zusammenschließen und den Kampf aufnehmen. (t , Betriebszelle Klöckner)

VW Werk Wolfsburg

Vertrauensleute der Endmontage fordern 180 DM

In der letzten Woche schickten die Sitzungsgruppenleiter der Vertrauensleute aus den Hallen 10 und 12 einen Brief an die Große Tarifkommission, in dem sie die Aufstellung einer Festgeldforderung von 180 DM fordern. In diesen Hallen ist die Endmontage der Typen Golf, Passat und Polo/Audi 50. Hier arbeiten 2-3000 Kollegen pro Schicht im Akkord an sieben Fließbändern. Der Brief drückt die Breite der Bewegung für die Festgeldforderung in diesen Hallen aus. Bereits in der Vorwoche hatten die Vertrauensleute einer Sitzungsgruppe aus der Halle 12 zwei anwesende Mitglieder der Großen Tarifkommission aufgefordert, sich für eine Festgeldforderung einzusetzen. In der anderen Schicht sprachen sich die Vertrauensleute desselben Bereichs auch einstimmig für 180 DM aus.

Als Anfang der Woche bekannt wurde, daß Anfang Dezember die große Tarifkomission über die Forderung beschließen will, organisierten Kollegen aus Halle 12 sofort eine Unterschriftensammlung für 1 DM mehr pro Stunde. „Wir müssen zeigen, daß wir uns dieses Jahr nicht übers Ohr hauen lassen, dazu brauchen wir eine richtige Forderung, 1 DM muß mindestens durchgesetzt werden.“ Und: „Wir wissen doch, wie das läuft, wenn wir keinen Druck machen: Acht Prozent werden aufgestellt, mit fünf oder sechs schließen sie ab und erzählen uns was von harten Verhandlungen und mehr war nicht drin. Das muß verhindert werden“, ist die Meinung der Kollegen. Die Unterschriftensammlung wurde zunächst zurückgestellt, als der Brief der Vertrauensleute bekannt wurde. „Es ist richtig, wenn sich unsere Vertreter dafür einsetzen. Aber die Liste behalten wir. Wenn die Vertrauensleute nichts machen, nehmen wir das selbst in die Hand“, so drückte ein Kollege die Entschlossenheit der Arbeiter in der Halle 12 aus.

Das ganze Jahr über sind die Akkordarbeiter an den Bändern am stärksten von Schmückers Rationalisierungsmaßnahmen getroffen worden. Mehrmals wurden Arbeitsgänge neu abgestoppt, Arbeiter wegrationalisiert, anderen wurde Mehrarbeit zugeschustert. Insgesamt wurde das Lohnniveau im Akkordbereich um fünf Pfennig gesenkt. Eine Stückzahlerhöhung von 284 auf 300 konnte nur durch eine Unterschriftensammlung verhindert werden.

Gerade sind Pläne bekannt geworden, daß erneut versucht werden soll die 300 einzuführen.

Im Lohnkampf kann die ganze Kraft der VW-Arbeiter gegen die Maßnahmen des Kapitals entfaltet werden, wenn eine Forderung da ist, die die Einheit herstellt. Das wissen die Kollegen, deshalb sind sie entschlossen, eine Festgeldforderung von 180 DM im Monat oder 1 DM mehr pro Stunde aufzustellen und durchzusetzen. – (b , VW-Zelle Wolfsburg)

Nordrhein-Westfalen. Am Mittwoch, den 1. Dezember, haben 2 000 Arbeiter der **Thyssen-Edelstahlwerke Krefeld** für eine Stunde gegen das unverschämte Angebot der Stahlkapitalisten gestreikt. Sie zogen gemeinsam zum Betriebsrat. Einstimmig verabschiedeten sie eine Resolution, in der es heißt: „Sollten die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt beharren, fordert die Belegschaft der TEW Krefeld ihre Organisation auf, unverzüglich Kampfmaßnahmen einzuleiten.“ Die Kapitalisten fürchten die Streiks. Deswegen haben sie der Presse gegenüber behauptet, es sei kein Streik gewesen, sondern „eine Information zwischen Betriebsrat und Belegschaft“. Am Donnerstag, dem 2. Dezember, streikten 1 000 Stahlarbeiter der **Thyssen Gießerei AG** und der **Thyssen-Henschel Antriebstechnik** gegen die 5,4-Prozent-Provokation der Kapitalisten und demonstrierten zur Mülheimer Stadthalle, dem Tagungsort der Großen Tarifkommission.

Siegen. Im Werk Geisweit haben am Montag, 6.12. 300 Stahlarbeiter gestreikt. Eine Straße des Blockwalzwerks stand für eine halbe Stunde still. Besonders empört waren die Arbeiter über die Ankündigung von Kurzarbeit, die als Einschüchterungsversuch der Stahlkapitalisten angesehen wurde. 300 Arbeiter der Stahlwerke Südwestfalen, Werk Niederschelden, zogen am Dienstag Nachmittag vor die Unternehmensverwaltung, um gegen die 5,4-Prozent-Provokation der Stahlkapitalisten zu protestieren. „Wir beugen uns nicht dem Lohndiktat“, war eineParole der Arbeiter.

Hamburg. Kurzarbeit bei den Hamburger Stahlwerken. Seit dem 6.12. bis Anfang Januar wird das Elektrowerk stillgelegt. Die Direktproduktionsanlage wird für zwei Wochen dichtgemacht. Nur im Walzwerk, das schon eine Woche lang stillgestanden hat, wird weiter produziert. Betroffen sind 600 Arbeiter, die Hälfte der Belegschaft. Sie erhalten Kurzarbeitergeld. Von den HSW-Kapitalisten wird die kurzfristige Stillegung mit fehlenden Aufträgen und niedrigen Preisen begründet. Bis zuletzt wurde auf vollen Touren produziert. Bisher haben die HSW-Kapitalisten eine Erhöhung der Produktion um 20 % (Bundesdurchschnitt 4 %) durch verstärkte Schweißauspressung der Arbeiter durchgesetzt.

„Als Beweis für das Vertrauen der Mitarbeiter in die Thyssen-Gruppe“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Dezember) will der Vorstand des Thyssen-Konzerns die Tatsache gewertet wissen, daß 70 000

„Als Beweis für das Vertrauen der Mitarbeiter in die Thyssen-Gruppe“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Dezember) will der Vorstand des Thyssen-Konzerns die Tatsache gewertet wissen, daß 70 000 Beschäftigte je sechs sogenannte Belegschaftsaktien à 60 DM gekauft hätten. In Wirklichkeit mußte der Kauf mit Druck gegen die Arbeiter und Angestellten durchgesetzt werden, wie eine Korrespondenz aus der H. Schulte AG, die zur Thyssen-Handelsgruppe gehört, schildert: „Die Arbeiter hielten mit dem Kauf zurück. Doch plötzlich kam ein heftiger Druck von seiten der Geschäftsleitung und der Abteilungsleiter. (...) Kaufte man nicht freiwillig, wurde man im Gespräch dazu gedrängt.“ Der Druck der Kapitalisten hat seinen Grund: Der Verkauf der Belegschaftsaktien ist ein Mittel des Lohnraubs. Der Thyssen-Konzern behielt auf diese Weise 2 100 000 DM aus Lohngeldern zurück.

Offenbach. Bei der Vertrauensleutekonferenz der IG Metall Verwaltungsstelle Offenbach, wurde am 4.12. eine Resolution für die Aufstellung einer Festgeldforderung in der anstehenden Tarifauseinandersetzung verabschiedet. Die Sozialdemokraten wollten die Abstimmung der Resolution verhindern, konnten sich aber nicht durchsetzen. Außerdem solidarisierten sich die Vertrauensleute mit dem entlassenen Berufsschullehrer Bernd Lewicki. In der verabschiedeten Resolution heißt es: „Er setzt sich dafür ein, daß ausländische Jugendliche mit mangelnden Deutschkenntnissen Intensivkurse erhalten, die sie befähigen, eine Berufsausbildung zu absolvieren. Bernd Lewicki sah genau wie wir als Gewerkschafter die Notwendigkeit von 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Tagen und trat auch innerhalb des Lehrerkolegiums dafür ein. (...) Weil wir Leute brauchen, die sich kompromißlos für unsere Interessen einsetzen, halten wir es für unsere Pflicht, uns mit Bernd Lewicki zu solidarisieren.

Mannheim, 7. Dezember. Der Vertrauensleutekörper bei Daimler-Benz in Mannheim hat nach zum Teil heftiger Debatte der Empfehlung der Vertrauensleutekörperleitung für eine Lohnforderung von 50 Mark plus 7 Prozent zugestimmt. Die SPD-Funktionäre konnten nur noch mit Tricks und plumpen Lügen gegen eine Festgeldforderung für alle gleich auftreten. „Eine Mark ist die materiell schlechteste Lösung, und dann müßte man sich mal überlegen, daß das für die Lohngruppe 6 über 13 Prozent sind, das ist unrealistisch.“ Es sei borniert und unverschämt, „auf Solidarität zu machen“ und 1 DM zu fordern, wo das doch „auch nicht mehr“ bringen würde. Ihre Abstimmung für den Sockelbetrag ist den sozialdemokratischen Funktionären nochmal gelungen, weil sie immer wieder den Eindruck entstehen ließen, anderswo würde überall weniger gefordert. Daß das Mißtrauen in die Sozialdemokraten jedoch gestiegen ist, zeigt die Frage eines Kollegen nach Urabstimmung vor jedem Abschluß.

Wiesbaden. Auf der Vertrauensleutesitzung bei GLYCO war am vergangenen Donnerstag, dem 25.11., nach langer, heftiger Debatte die Forderungnach 8o DM Sockelbetrag und 6% aufgestellt worden. Die Arbeiter aus der Abteilung Galvanik waren einig darüber, daß diese Forderung nicht in der Lage ist, die Arbeiter im gemeinsamen Kampf gegen die Kapitalisten zusammenzuschliessen. Es wurde eine Resolution beschlossen mit einer Forderung von 1 Mark mehr für alle. Deutsche, türkische und griechische Arbeiter haben diese Resolution unterstützt. Ausserdem unterstützten die Arbeiter der Gegenschicht und 5 Arbeiter der Schlosserei diese Forderung.

Elsversberg (Saarland). In der Firma A. Baldauf setzten die 20 Beschäftigten durch einen eintägigen Streik eine Erhöhung des Stundenlohns für jeden um 1 DM und des Urlaubsgeldes um 100 DM durch. Die Verhältnisse sind schon lange unerträglich. Jetzt wollte der Kapitalist durch Streichung von Akkordeinheiten und Überstunden, von denen er behauptete, sie seien gar nicht geleistet worden, die Löhne bis um 600 Mark senken.

Das brachte das Faß zum Überlaufen. Am Morgen versammelten sich alle Arbeiter während der Arbeitszeit und diskutierten über die Maßnahmen, die sie dagegen ergreifen müssen. Schon in den Wochen davor war öfters über die Notwendigkeit einer Festgeldforderung von 1. Mark diskutiert worden. Es wurde beschlossen, von Baldauf zu fordern: 1. Mark mehr und 100 Mark mehr Urlaubsgeld. Die IG Metall unterstützte diese Forderung. Als ein Kollege daraufhin dem Kapitalisten die Forderung auf den Tisch legte, und dieser sich weigerte, sie anzunehmen, begann die Belegschaft geschlossen den Streik. Der Versuch des Kapitalisten, die Lehrlinge zur Arbeit zu zwingen und die Belegschaft zu spalten, scheiterte. Die Lehrlinge verließen mit Zustimmung der Gesellen den Betrieb, und die Gesellen verweigerten die Aussage über ihren Aufenthaltsort. Am Abend kam Baldauf zur Gewerkschaftsstelle und erklärte sich mit den Forderungen der Kollegen einverstanden.

Die IG Druck und Papier fordert für die 118 000 Beschäftigten der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie 9 Prozent. Die Arbeiter dieser Industrie gehören zu den am schlechtesten bezahlten. Diese Forderung der Sozialdemokraten ist eine offene Aufforderung an die Kapitalisten, die Arbeiter und Angestellten der Papierindustrie weiter ins Elend zu drücken.

drucken.

Wiesbaden. In der Firma „von Wolff" (Branche HBV) werden seit über 2 Monaten keine Löhne mehr gezahlt. Am Freitag, dem 19.11., fand eine Betriebsversammlung statt. Die Arbeiter haben dem Kapitalisten eine Frist bis zum 26.11. gesetzt. Nachdem am Mittwoch klar war, daß es auch am Freitag keine Löhne geben würde, haben insgesamt 8 Arbeiter am Freitag die Arbeit niedergelegt und erklärt, daß sie erst bei vollständiger Zahlung die Arbeit wieder aufnehmen würden.

Kiel. Seit Ende Mai herrschte im Buchhandel Schleswig-Holstein tarifloser Zustand. Nachdem die Fachgruppe Buchhandel am ersten verkaufsoffenen Samstag Kampfaktionen durchführen wollte, kam es zu einem Blitzabschluß. Er liegt durchschnittlich bei 8,4 % (errechnet aus der Erhöhung der Gehaltsgruppen 1 bis 3) und ist somit gegenüber dem Angebot von 6 % als Erfolg zu werten. Unterstützt wurden die Buchhandelskapitalisten durch die Reformisten und Revisionisten, die einem schnellen Tarifabschluß zustimmten, obwohl vorher beschlossen worden war, die Fachgruppe über die Forderung zu befragen. Die Kampfkraft der Lohnabhängigen hat aber so schon einen Abschluß ermöglicht und erreicht, daß der tariflose Zustand aufgehoben ist.

Kiel. Im Buchhandel geht das Weihnachtsgeschäft im November los. Die Umsätze betragen im November 10,9 % und im Dezember 16,3 % des Jahresumsatzes. Für die Buchhändler bedeutet das ungeheure Arbeitshetze und jede Menge Überstunden. Nach dem Manteltarifvertrag braucht die 40-Stunden-Woche nur im Zeitraum von 52 Wochen eingehalten zu werden. Das gibt den Kapitalisten die Möglichkeit, das ganze Weihnachtsgeschäft fast ohne Aushilfen über die Bühne zu bringen, weil die Angestellten ihre Überstunden ruhig im Januar und im Februar abfeiern können, wenn im Buchhandel Flaute ist.

Der Umsatz pro Beschäftigtem stieg von 1966 bis 1975 von 70 000 DM auf 141 000 DM.

Diese Umsatzsteigerung wurde erreicht durch „eine konsequente Rationalisierung im Bereich des Personaleinsatzes." (Börsenblatt). Dazu gehört auch die Zunahme der Lehrlinge in diesem Bereich. 1974 gab es im Sortiment 555 Lehrlinge, 1975 waren es 576, und 1976 wurden 711 eingestellt (aus: Buch und Buchhandel in Zahlen 1976).

Gegenwärtig wird in der Auseinandersetzung um den Manteltarifvertrag die Forderung nach Einhaltung der 5-Tagewoche bei 40 Stunden diskutiert.

Die Fachgruppe Buchhandel hat beschlossen, sich im Kampf um einen neuen Manteltarifvertrag mit der Fachgruppe Einzelhandel zusammenzuschließen. Die erste gemeinsame Sitzung wird im Januar sein.

Schlepperfabrik John Deere Mannheim, Abteilung Härterei:

Geschlossen gegen Akkordhetze – geschlossen für 1 DM mehr

Seit über einem Jahr führt die Abteilung Richterei in der Härterei einen hartnäckigen Kampf gegen die Verschärfung der Akkordhetze. Begonnen hat es, als gegen Ende letzten Jahres eine ganze Horde von Zeitnehmern auftauchte und über Monate hinweg von allen Stücken Zeitaufnahmen machte. Auf der Betriebsversammlung vor einem Jahr forderten zwei Arbeiter der Abteilung den Betriebsrat auf, die Zustimmung zu den Zeitnahmen zu verweigern. Der sozialdemokratisch beherrschte Betriebsrat rührte daraufhin keinen Finger. Im Frühjahr kamen dann die neuen Zeiten raus: fast durchweg um ein Drittel gekürzt, bei einigen Stücken sogar auf die Hälfte.

Am schlimmsten hatte sich das bei der Achsenmaschine ausgewirkt: Die Zeit war von zwei Minuten auf 1,2 Minuten gefallen. Schon die zwei Minuten waren vorher kaum zu schaffen. Bei jedem Vorgang mußte eine über 20 Kilo schwere Achse aus dem Hubkasten in die Vorrichtung gestemmt werden und wieder zurück. 14 Tonnen waren so am Tag zu heben, nach der neuen Vorgabezeit wären es über 20 Tonnen gewesen. Das war nicht zu schaffen. Die Folge war, daß nur noch etwa 80 Prozent Akkordleistung erreicht werden konnten. Üblich sind 130 Prozent, so daß täglich ein Lohnverlust von etwa 35 DM entstand.

Die Einheit in der Abteilung, daß dagegen der Kampf geführt werden muß, war schnell hergestellt. Im Juni wurde eine Versammlung von allen drei Schichten außerhalb des Betriebes gemacht und der anwesende SPD-Betriebsrat Ries beauftragt, die miserablen Zeiten, vor allem an den Achsen, zu reklamieren, Hebekräne für die Achsen zu fordern und der Geschäftsleitung mitzuteilen, daß sonst gestreikt wird. Zwei Wochen später war das Hebezeug da, und die Zeiten bei den Achsen wurden wieder auf 2 Minuten heraufgesetzt. Gleichzeitig wurde die Lohngruppe an denAchsen von 6 auf 7 heraufgesetzt. Aber sofort landete die Geschäftsleitung den Gegenschlag. Mit Hilfe des SPD-Betriebsrats Ries, der jeweils eine Schicht belog, die andere hätte dem bereits zugestimmt, erreichte sie, daß nach zwei Wochen das Hebezeug wieder wegkam, die Vorgabezeit wieder auf 1,2 Minuten sackte und die Arbeiter eine fürchterliche Wut aufeinander hatten, weil sie meinten, die jeweils andere Schicht wäre schuld. Die Geschäftsleitung schlug gleich nach und verpaßte insgesamt 8 Verweise wegen „Akkordbetrug". Als Begründung diente, daß die Arbeiter an einem Tag Stücke verrechnet hatten, die sie schon einige Tage früher produziert hatten, aber noch nicht zur Lohnverrechnung aufgeschrieben hatten. Dies ist zwar im ganzen Betrieb üblich, aber offiziell verboten. Damit hofften sie die Abteilung endlich kleinzukriegen. Der Gegenschlag verpuffte, als herauskam, daß der Betriebsrat Ries die Arbeiter belogen und bewußt gegeneinander aufgehetzt hatte. Geschlossen bekräftigten alle drei Schichten der Abteilung, daß die Forderungen jetzt erst recht durchgekämpft werden müssen. Im Oktober entließ die Geschäftsleitung den Vertrauensmann Schaper aus der Härterei fristlos mit fadenscheiniger Begründung. Gleichzeitig stellte sie aber plötzlich das geforderte Hebezeug wieder bereit. Die Zuckerbrot- und Peitsche-Masche verfing nicht. Geschlossen wurde die Rücknahme der Entlassung, der Verweise, die Erhöhung der Vorgabezeiten an den Achsen und Nachzahlung für den entstandenen Lohnverlust gefordert.

Die Abteilung hat jetzt beschlossen, nachdem sie noch mehr Sauereien des SPD-Betriebsrates auf die Spur gekommen ist, zum Beispiel daß er trotz Zusicherung keine einzige Achsenzeit reklamiert hat und somit der Lohnnachzahlungsanspruch entfällt, auf der Vertrauensleutesitzung am Freitag den Antrag zu stellen, daß er zurücktreten muß wegen seinem offenen Zusammenarbeiten mit der Geschäftsleitung. Dies wird die Geschäftsleitung auch dadurch nicht verhindern, daß sie jetzt, nachdem sie davon Wind bekommen hat, nachträglich die Hälfte der Achsen als reklamiert gelten lassen will, um den Betriebsrat zu decken.

Die vielfältigen Erfahrungen im Kampf gegen die Akkordhetze haben die Einheit darüber verbreitert, daß das Akkordsystem ganz abgeschafft gehört und daß für einen ausreichenden Lohn auf dem Normalarbeitstag der Kampf geführt werden muß. Deshalb hat in der letzten Woche die Abteilung für 1 DM in der Tarifrunde im ganzen Bau Unterschriften gesammelt, und bis zum letzten Mann haben alle 110 Arbeiter unterschrieben. – (Zelle John Deere Mannheim)

Kaum jemand wird die Altersgrenze erreichen

Oldenburg. Seit Beginn der großen Investitionen 1973 haben 34 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz in der Druckindustrie verloren, im gleichen Zeitraum ist der Umsatz pro Arbeiterstunde jährlich bis zu 16,3 Prozent gestiegen und der Lohnkostenanteil von 37,1 auf 31,3 Prozent gesunken. „Kaum jemand wird es an den Hochleistungsmaschinen bis zur Erreichung der Altersgrenze aushalten, und es gibt keine Arbeitsplätze", sagte kürzlich ein Vertreter der IG Druck und Papier auf einer Pressekonferenz.

Wie die Verschärfung der Ausbeutung der Druckarbeiter vorangetrieben wird, zeigt das Beispiel der Druckerei Stalling in Oldenburg.

Im Frühjahr 1974 haben die Kapitalisten in der Offsetabteilung die Bo-

listen in der Offsetabteilung die Bo-

genzahl von 5 000 auf über 6 000 heraufgesetzt, bei gleichbleibender Besetzung und gleichbleibendem Lohn. Für die Arbeiter bedeutet das Verkürzung der Einrichtezeiten und große Hetze bei allen Nebenarbeiten. Dazu kommt, daß die Stalling-Kapitalisten je nach Auftragslage Überstunden oder Dreischichtbetrieb fahren lassen. Im Frühjahr 1975 haben sie zum Beispiel die dritte Schicht noch gegen den Widerstand der Arbeiter durchgesetzt, indem sie den Arbeitern, die die Nachtschicht verweigert haben, mit Umsetzungen gedroht haben. Im Sommer wurde die dritte Schicht abgesetzt. Bald darauf mußten in der Früh- und Spätschicht je zehn Stunden gefahren werden. Für die Spätschicht war dann nachts um drei Uhr Feierabend. Im August wurde dann „probeweise" an den Vierfarbenoffsetmaschinen je ein Arbeiter abgezogen, so daß die gleiche Arbeitsleistung an einer Maschine jetzt von zwei Druckern und nur noch einem ungelernten Arbeiter erbracht werden mußte. Dieser „Versuch" wurde verlängert und ist natürlich beibehalten worden. Die Geschäftsleitung hat sich vorbehalten, die Maschinen auch laufen zu lassen mit zwei ungelernten Arbeitern und einem Drukker, wenn Fachkräfte „fehlen". Die abgezogenen Arbeiter wurden in einem Saaldienst zusammengefaßt, das heißt als Springer eingesetzt. Auch an der Rotaspeed (einem Schnelläufer mit 10 000 Druck pro Stunde, Einfarbmaschine) wurde ein Arbeiter abgezogen, jetzt arbeiten dort an zwei Maschinen zwei Drucker und ein ungelernter Arbeiter. Die Hetze ist so verschärft worden, daß die Unfälle an der Zahl und im Verletzungsgrad zugenommen haben. Vor einiger Zeit hat ein Drucker eine Hand in die Walzen der Rotaspeed bekommen und sich dabei die Fingerkuppen abgequetscht.

dabei die Fingerkuppen abgequetscht.

Im Januar 1976 sollte wieder Dreischichtbetrieb in der Offsetabteilung gefahren werden, die Arbeiter haben zunächst abgelehnt. Sie haben dann folgende Bedingungen gestellt, bevor sie der dritten Schicht zugestimmt haben:

– Wenn ein Kollege aus gesundheitlichen Gründen die dritte Schicht nicht machen kann, so entstehen ihm keine Nachteile daraus.

– Bei Personalmangel, längerdauernder Krankheit, Urlaub ist als erstes das Absetzen der dritten Schicht vorgesehen.

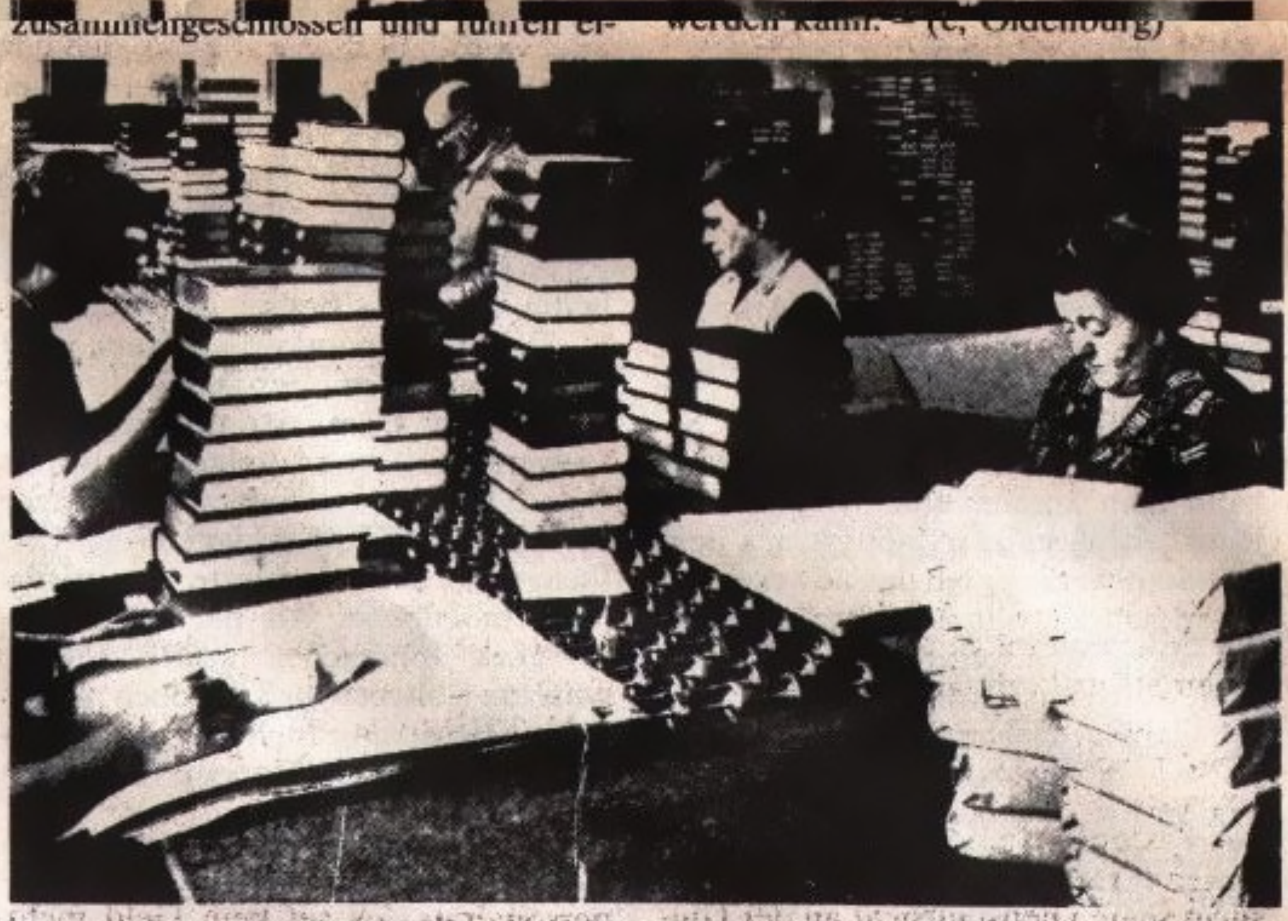
– Die dritte Schicht gilt nur bis zur 27. Woche 1976 als befristet.

Inzwischen haben die Stalling-Kapitalisten zwei neue Vierfarbenoffsetmaschinen angeschafft, die 10 000 Bogen fahren.

Zur Zeit laufen die Maschinen nicht voll, weil sie noch eingefahren werden müssen. Aber klar ist, daß die Kapitalisten die Besetzung nicht freiwillig erweitern. Dazu kommt noch, daß bei der Geschwindigkeit der neuen Maschinen mit einer UV-Farbe gearbeitet wird, die schnell trocknet, damit das Ablegen der Druckfarbe verhindert wird. Diese Farbe enthält Acrylsäure - ester, das schnell verflüchtigt und über die Atemwege die Schleimhäute zersetzt, über Hautkontakt gelangt es in die Blutbahn und schädigt Lunge, Leber und Nieren.

Zur Zeit laufen zwei Schichten, die je wieder zwei Überstunden machen sollten. In einer Schicht haben sich die Arbeiter versammelt und darüber abgestimmt, daß sie die Überstunden ablehnen. Jetzt fährt eine Schicht acht Stunden, die andere noch zehn Stunden.

Die Arbeiter von Stalling haben sich zusammengeschlossen und führen einen zähen Kampf gegen die weitere Verschärfung der Ausbeutung. In einzelnen Kämpfen gegen Überstundenschinderei und Nachtarbeit wurden Erfolge errungen. Als nächstes muß eine ausreichende Maschinenbesetzung erkämpft und in den Anhängen zum Druckmanteltarifvertrag abgesichert werden. Alle diese Teilkämpfe müssen jetzt zusammengefaßt werden im Kampf um die Anhänge zum Manteltarif in der Druckindustrie, der geführt werden muß unter den Forderungen nach dem Sieben-Stunden-Tag und dem Verbot der Überstundenarbeit. Dieser Kampf kann erfolgreich sein, weil mit diesen Forderungen die Einheit der Arbeiterklasse hergestellt werden kann. – (c, Oldenburg)



Arbeiterinnen und Arbeiter von Stalling beim Einpacken und Kontrollieren von Brockhaus-Büchern. Die Stalling-Kapitalisten haben vor einem halben Jahr eine Einpackstraße angeschafft und die Produktion ausgeweitet. An der Bucheinpackstraße verlassen alle 17 Sekunden vier Bücher die Auslage. So müssen die Arbeiter in der Stunde etwa vier Paletten mit je 200 Büchern vollpacken.

Betriebsversammlung bei Unigro

Spaltungsmanöver der Kapitalisten zurückgewiesen

Seit acht Monaten herrscht im Großhandel in Baden-Württemberg ein tarifloser Zustand. Ein Lagerarbeiter beim Freiburger Lebensmittelgroßhandel Unigro, der von Liedl & Schwarz aufgekauft wurde, verdient mit Zulagen 840 DM im Monat. Dabei muß er Schicht arbeiten, in der ersten Woche von 4.00 Uhr bis 13.00 Uhr, in der zweiten Woche von 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr. Die Arbeit ist schwer. Auf dem Bahngeleise werden die Waren aus dem Waggon geladen. Man ist dabei jeder Witterung ausgesetzt Beim Verstauen der Waren in die Kühlräume findet ein dauernder Wechsel von warm und kalt statt. Die Arbeiter müssen trotz Hilfsmittel wie Karren ständig schwer heben und tragen.

Auf der Betriebsversammlung gaben die Kapitalisten bekannt, ihr Ziel sei die Steigerung des Warenumsatzes von derzeit 100 Mark je Arbeitsstunde auf 220 Mark je Arbeitsstunde bis zur Mitte des nächsten Jahres. Wie sie das erreichen wollen, haben sie bereits demonstriert. Die C & C-Märkte von Unigro, die bisher samstags geschlossen waren, sind seit fünf Wochen an sechs Wochentagen geöffnet, ohne daß neue Arbeitskräfte eingestellt wurden.

Das Unigro-Fleischwerk in Freiburg wurde stillgelegt, die Produktion findet jetzt nur noch in Neckarsulm statt. Zehn Arbeiter aus der Metzgerei wurden entlassen. Die Belegschaft hat gegen die Angriffe der Geschäftsleitung einen zähen Kleinkrieg aufgenommen. Im Gemüselager haben sich die Kollegen gegen Überstunden zur Wehr gesetzt und erzwungen, daß zwei neue eingestellt werden mußten. Als den Metzgern verboten werden sollte, zum Vesper von der Wurst zu nehmen, blieben sie sitzen, bis dies zurückgenommen war. Auf der Betriebsversammlung hat die Belegschaft die Pläne der Kapitalisten angegriffen. Die dringendste Frage ist für sie die Lohnfrage. Wie in den meisten Großhandelsbetrieben wurde der Abschluß zwischen den Kapitalisten und der DAG von 5,8 Prozent übernommen und als außertarifliche Zulage gezahlt. Auf der Betriebsversammlung kam heraus, daß die Geschäftsleitung dies genutzt hat zur Spaltung der Belegschaft. Die Lohnerhöhung wurde auf die außertariflichen Zulagen angerechnet, aber nicht bei allen. Diejenigen, die eine „besondere Leistung" erbracht hätten, hätten alles ausbezahlt bekommen, argumentierte die Geschäftsleitung. Eine Kollegin stand gleich auf: „Heißt das etwa, daß wir nichts geleistet hätten? Der Lohn ist doch so, daß ich zur Fürsorge gehen müßte oder mir einen Freund halten, der mich aushält, wenn ich nicht verheiratet wäre!"

Die Geschäftsleitung wollte den Unwillen der Belegschaft über den Verlauf der Tarifauseinandersetzung gleich auf ihre Mühlen lenken. Sie kündigte an, daß die Löhne ab dem 1. Januar neu festgesetzt werden, und zwar „nach individuellen Gesichtspunkten". Wer eben eine bessere Leistung bringe, solle auch mehr erhalten. Dafür erhielt sie keine Zustimmung. Der Betriebsrat wurde aufgefordert, Stellung zu einer betrieblichen Lohnerhöhung zu nehmen. „Das fällt nicht in die Zuständigkeit eines Betriebsrates", war das einzige, was er dazu zu sagen hatte. Der Betriebsrat Neubert, einziges HBV-Mitglied im Betriebsrat, verfolgte vielmehr die Linie: „Wir wollen in der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der neuen Geschäftsleitung fortfahren." Das ist die Linie der sozialdemokratischen Politiker in der Gewerkschaft. Den Interessen der Arbeiter ist sie genau entgegengesetzt. Mit der Sabotage des Lohnkampfes der Beschäftigten im Handel geben sie den Kapitalisten die Möglichkeit zu den Angriffen. Nur auf der Grundlage der Elendslöhne können die Arbeiter zur Schichtarbeit gezwungen und zur Überstundenarbeit gepreßt werden. Diese Löhne und der tariflose Zustand sind der Boden, auf dem die Kapitalisten ihre Spaltungsversuche mit „individueller Lohngestaltung" unternehmen. Sie wollen die Konkurrenz unter den Arbeitern anstacheln. Die Politik der Klassenversöhnung ist äußerst schädlich. Bei Unigro gibt es Kollegen, die aus der Gewerkschaft ausgetreten sind, weil sie einen Haß haben auf den Sozialdemokraten Jakobi im Freiburger Vorstand der HBV. Aber die Stimmung wandelt sich. Es wird immer klarer, daß die Zersplitterung und Spaltung überwunden werden und die Gewerkschaft gegen die sozialdemokratische Linie aufgebaut werden muß. Auf der Betriebsversammlung erhielten vor allem Beiträge zum Tarifkampf großen Beifall, in denen Kollegen für eine einheitliche Lohnerhöhung für alle gleich eintraten.

Ein Straßenbahnfahrer der Stadtwerke Frankfurt:

„Rationalisierungen sind für uns immer ein Nachteil gewesen“

Das folgende Interview mit einem Straßenbahnfahrer wurde nach einem sogenannten Gütetermin vor dem Frankfurter Arbeitsgericht geführt, wo der Kollege gegen seine Entlassung durch die Stadtwerke Frankfurt geklagt hat. In der gleichen Verhandlung wurde eine Klage gegen diesen und zwei weitere Arbeiter gegen die Stadtwerke behandelt, mit der sie die Einhaltung der gesetzlichen Pausenzeiten erzwingen wollten. Entsprechend dem Manteltarifgesetz steht den Fahrern für jede Runde auf ihrer Linie ein Sechstel der ausgewiesenen Fahrtzeit als Pause zu. Sie soll der Erholung dienen. Bei der Linie 10 in Frankfurt würde das bedeuten: ausgewiesene Fahrtzeit: 60 Minuten, davon 10 Minuten Wendezeit/Pause. Durch eine Sondervereinbarung mit dem Aufsichtsamt haben die Stadtwerke sich die Möglichkeit verschafft, diese Regelung – knapp genug – nochmals zu unterlaufen: Jede Pause über acht Minuten kann angerechnet werden, auch wenn sie nicht ein Sechstel der Fahrtzeit ausmacht. Es müssen nur dreißig Minuten pro Tag herauskommen. Der Kollege beschreibt, daß selbst diese Regelung nur auf dem Papier steht.

Kollege Coy, ihr habt in eurer Klage den Stadtwerken nachgewiesen, daß euch einfachste Rechte, die Arbeitskraft vor Verschleiß zu schützen, verweigert werden. Wie ist die praktische Pausenregelung zur Zeit?

Wir haben – nachdem wir zu ÖTV-Vertrauensleuten gewählt wurden – eine Fahrtzeitüberprüfung mit den Kollegen gemacht. Dabei ist herausgekommen, daß 41 von 65 Schichten die gesetzliche Pausenzeit nicht erreichen, das sind 63 Prozent aller Fälle. Das kommt daher, daß die Fahrpläne völlig theoretisch aufgestellt sind und kaum einzuhalten. Weiter ist es so, daß selbst wenn man zum Beispiel auf der Linie 10 eine Fahrtzeit von 50 Minuten einhält, wie der Fahrplan sie vorschreibt, die zehn Minuten Pause bloß auf dem Papier stehen. Nach den Vorschriften müßte ich in den zehn Minuten Wendezeit die Sandvorräte überprüfen, das Fahrzeug außen nach Beschädigungen abgucken, die einzelnen Türen überprüfen und auch auf die Sauberkeit im Wagen achten. Wenn wir das machen, bleibt von der theoretischen Pausenzeit praktisch nichts, die uns laut Gesetz zusteht.

Wie wirkt sich das aus, daß ihr nicht genügend Pausen habt?

Es ist klar, daß damit die Anstrengungen einfach zunehmen. Zum Beispiel ist es so, daß sicher durch die mangelnden Pausenzeiten und die Fahrpläne, die zu eng sind, die Aufmerksamkeit der Fahrer beeinträchtigt wird und sogenannte Fahrlässigkeiten auftreten, an denen aber der Fahrer kaum schuld ist. Man versucht den Fahrplan einzuhalten, ist gezwungen, riskant zu fahren. Wenn dann was passiert, dann wirft man das dem Fahrer vor. Die Stadtwerke sichern sich gegen alles ab – es gibt zum Beispiel die Vorschrift, daß man über Weichen, die gestellt werden müssen, nur mit 10 km/h in der Stunde fahren darf. Das ist gesetzlich, weil eine Bahn mit 10 km/h nicht entgleisen kann. Da hält sich praktisch keiner dran – das weiß auch der Arbeitgeber, aber er übt Toleranz, weil sonst der Fahrplan durcheinanderkommt. Passiert was, dann sind die Bestimmungen da, und der Fahrer ist reif. Überhaupt wird, auch in der Presse, immer so getan, als sei der Fahrer schuld. Das ist nicht richtig.

Wie hat sich die Arbeitsbelastung von euch Fahrern in der letzten Zeit entwikkelt?

Ich bin seit fünf Jahren Straßenbahnfahrer. In der Zeit ist zum Beispiel die Linienführung der Linie 10 zweimal geändert worden, aber nicht die Fahrtzeit. Heute fahren wir zum Beispiel über den Hauptbahnhof, der ist eine richtige Falle für die Bahnen, hier hängt man immer fest. Außerdem sind zusätzliche Ampeln hinzugekommen, der Straßenverkehr hat zugenommen. Haltestellen, die früher unbedeutend waren, sind heute stark benutzt, weil zum Beispiel ein Supermarkt dahin gebaut wurde. Früher war es so, daß ein Schaffner oder Zugbegleiter dabei war. Der hat seinen Wagen selbst kontrolliert und überwacht – heute sind wir allein, man hat keine Hilfe, keinen Zeugen bei einem Unfall, keine Unterstützung, wenn's mal Schwierigkeiten in der Bahn gibt. Außerdem müssen wir als Fahrer jetzt alle Auskünfte geben, die verlangt werden. Es ist ziemlich rationalisiert worden, und Rationalisierungen bringen für die Leute, die arbeiten, immer eine Mehrbelastung, in jedem Fall, und die Arbeitsverhältnisse werden dadurch nicht verbessert. Zum Beispiel heute, wo wir als Fahrer keinen Kassenbestand mehr haben, also keine Fahrscheine verkaufen. Eine Verbesserung wäre es, wenn die Zeit, die dafür angerechnet wurde, uns geblieben wäre und wir weiter dafür bezahlt würden. Rationalisierungen sind für uns immer ein Nachteil gewesen, es kommt für uns unterm Strich immer weniger dabei raus und mehr Arbeit.

Was habt ihr unternommen, um eure Rechte durchzusetzen?

Wir haben uns an den Personalrat und die ÖTV gewandt. Der Personalrat, der die Zustände sehr genau kennt, hat voll den Standpunkt der Betriebsleitung eingenommen. Gedroht hat er damit, daß für den Fall, daß die Fahrer auf den Pausen bestehen, alles viel schlechter werden würde. Gegenwärtig sind die Pausen nämlich bezahlt, was eine „soziale Leistung“ der Stadt ist. Gedroht hat Personalrat Kröckel damit, daß am Ende die bezahlten Pausenzeiten wegfallen würden und die Fahrdienstzeit geteilt würde; dann müßte jeder Kollege zweimal am Tag zu Dienst und die Freizeit würde noch geringer. Im Zuge der Auseinandersetzung haben die Stadtwerke auch versucht, mich rauszukriegen. Als ich auf einer Pause bestand, wurde ich zu einer ärztlichen Untersuchung zitiert, ob ich eigentlich fahrtauglich sei. Als ich dem zuständigen Gewerkschaftssekretär Petermann das mitteilte, sagte er sinngemäß: Bei den Stadtwerken gibt es Leute, die reißen das Maul noch weiter auf als Sie und sind noch nicht geflogen. Wenn Sie gekündigt werden, wenden Sie sich vertrauensvoll an mich, dann kann ich was tun für Sie. Das war alles.

Wie hat euer Dienstherr reagiert?

Die Stadtwerke haben mehrere Kollegen durch sogenannte Fahrmeister – das sind Kontrolleure, die mitfahren und alles aufschreiben – überprüfen lassen. Bei einer Kollegin ist es mittlerweile so, daß bei sieben von acht Runden einer Linie so einer hinter ihr steht. Das ist eine starke Belastung und kann zu Fehlern führen. Diese Fahrmeister sind richtige Machtinstrumente der Stadtwerke. Der Personalrat kann die Leute nicht mal kontrollieren. Zu guter Letzt ist dann eine ganze Liste von Beschuldigungen aufgestellt worden gegen mich (ich bin gekündigt worden) und andere zwei Kollegen (denen die Kündigung angedroht wurde). Ich soll an zurückliegenden Tagen zu schnell oder zu langsam gefahren sein, hätte Vorschriften nicht beachtet und so weiter. Einzelheiten, die teilweise lange zurückliegen, werden jetzt vor dem Arbeitsgericht geklärt werden müssen. Die Stadtwerke wollen eben mit allen Mitteln diese Zustände aufrechterhalten. Durch die Kündigungen wollen sie sich Voraussetzungen schaffen für eine weitere Demontage unserer Rechte. Sie wollen zeigen: Guckt, die haben was gemacht und sind rausgeflogen. Damit wären dann die Aktivitäten für die nächsten Jahre tot und sie könnten machen, was sie wollen.

Habt ihr Rechtsschutz von der Gewerkschaft für den Prozeß?

Als die Sache sich zugespitzt hat, sind wir mit unserem Anwalt zum Rechtssekretär Bertges gegangen. Der hat den Rechtsschutz abgelehnt. Wir seien Mitglieder einer kommunistischen Gruppe und es gebe ja die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Obwohl die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV sich gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen hat. Diese Beschlüsse spalten die Arbeiter und müssen weg. Außerdem sind wir nicht Mitglieder einer kommunistischen Organisation.

Was würde eigentlich passieren, wenn ihr alle Vorschriften genau einhalten würdet, vollständigste Rücksichtnahme auf alle anderen Verkehrsteilnehmer nehmen würdet und euch eure Pausenzeiten nehmen würdet?

Wenn es einer macht, fliegt er raus. Wenn es alle Kollegen machen, dann bricht der Verkehr zusammen. Viele Kollegen wissen jetzt, was vorgeht, einige waren auch bei dem Prozeß. Die Kollegen werden was draus gelernt haben, mal sehen, wie es aussieht, wenn's fertig ist.

abgucken, die einzelnen Türen über- wir als Fahrer jetzt alle Auskünfte ge- Runden einer Linie so einer hinter ihr fertig ist.

Personalratswahlen an den Universitätskliniken Göttingen

Am 29. und 30. November wählten die Beschäftigten in den niedersächsischen Staatsdiensten neue Personalräte. In der nächsten Woche wird die Bundesregierung ihr Programm zur Expansionspolitik und zum Ausbau des westdeutschen Imperialismus vortragen. „Der staatliche Dienstherr versucht seine Dienstaufsicht an der Universität auf Trab zu bringen, um seine Ziele durchzusetzen: Lohnabbau, Rationalisierung und politische Entrechtung“, stellt die Gewerkschaftliche Liste gegen Lohnabbau, Rationalisierung und politische Entrechtung aus Göttingen in ihrem Programm fest, das von der ÖTV-Mitgliederversammlung der Unikliniken festgelegt worden war.

„Die Lohnabhängigen organisieren sich in den Gewerkschaften, um die Einheit herzustellen und ihre Interessen durchzusetzen“, ist die Antwort auf die Absichten der Kapitalisten.

Daß die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst sich nicht dem Programm des bürgerlichen Staatsapparates beugen werden, haben die Kämpfe der letzten Wochen an den Göttinger Unikliniken bewiesen. Die Belegschaft der Station 14/4 der Nervenklinik hat sich zusammengeschlossen gegen eine halbstündige Verlängerung ihrer Arbeitszeit. Auf einer Personalversammlung sind sie dagegen aufgetreten und haben ihre Arbeitsbedingungen enthüllt. Der Patientendurchlauf ist um 10 % gestiegen im Vergleich zum letzten Jahr. Waren 1975 noch 25 1/2 Stellen besetzt auf dieser 35-Betten-Station, so wurden Anfang des Jahres zwei Angestellte abgezogen. Außerdem fallen durch lange Krankheiten und Schwangerschaft noch vier Pflegekräfte aus. 10 % erhöhter Patientendurchlauf bei einer um über 20 % reduzierten Belegschaft. Und jetzt kommt die Pflegedienstleitung und ordnet die Arbeitszeitverlängerung an. Die große Mehrheit der Personalversammlung unterstützte einhellig den Kampf dieser Station. Inzwischen mußte die Dienstaufsicht ihre Anordnung wieder zurücknehmen.

Mitte September kündigte der Verwaltungsdirektor der Kliniken allen zehn Angestellten der Kontakt- und Beratungsstelle für Jugendliche mit ausdrücklicher Billigung des Gesamtpersonalrats. Es sei kein Geld mehr vorhanden. Die Angestellten sammelten ca. 2 000 Unterschriften in der Klinik und in der Stadt und forderten: Sofortige Rücknahme der Kündigungen! Der Personalrat der Nervenkliniken hat sich ausdrücklich gegen die Kündigungen ausgesprochen. Die gekündigten Angestellten haben Kündigungsschutzklage eingereicht. Der Verwaltungsdirektor hat unter diesem Druck die Kündigungen zurückgezogen. Das Ministerium hat inzwischen die Gelder für 1977 zur Verfügung gestellt. Nun sollten die zehn Angestellten befristete Arbeitsverträge erhalten. Sie weigerten sich geschlossen, die zu unterschreiben. Inzwischen haben sie alle einen unbefristeten Vertrag erhalten.

Vergebliche Versuche der Dienstaufsicht, die Liste zu spalten und zu isolieren

Wenn die Beschäftigten sich gegen den Dienstherrn zusammenschließen, tritt sofort die Dienstaufsicht auf den Plan. Die Kandidaten der Liste in der Chirurgischen Klinik begründeten in einem Informationsblatt ihre Kandidatur auf diesem Programm. Eine Pflegehelferin schreibt dort: „Auf meiner Station arbeiten in zwei Schichten sieben Pflegekräfte. Sie müssen 27 Patienten versorgen. Am Wochenende arbeiten nur zwei Pfleger pro Schicht.

Dazu wirken sich die katastrophalen hygienischen Gegebenheiten erschwerend aus. Es gibt dort in der ganzen Station keine richtigen Schieber-Spülen. Die Schieber müssen von Hand unter laufendem Wasserhahn gereinigt werden. Wenn man Pech hat, so bespritzt man sich seine Kittel von oben bis unten. Das hat zur Folge, daß ständig ein Infektionsherd gegeben ist. Im Zeitraum von drei Jahren wurde zweimal ein Antrag auf Einbau einer Spüle gestellt. Bisher ist nichts geschehen.“ Die Station fordert weiterhin gegen die vermehrte Schweißauspressung mehr Aushilfs- und Vertretungskräfte. Das war der Oberschwester zu viel. Sie zitierte einzeln drei von den acht Kandidaten zu sich, beschimpfte sie als Lügner und versuchte sie von dem Programm abzuspalten: „Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, was im Programm steht.“ Doch die Einschüchterungs- und Spaltungsmanöver gelangen ihr nicht. Eine Schwester ging erst gar nicht hin. Die anderen beiden Angestellten stehen weiter auf dem Programm, weil es wahr und richtig ist.

Der neue Personalrat wird jetzt unverzüglich eine Untersuchungsarbeit einleiten über Mehrarbeit und Rationalisierung und Anfang Januar eine Personalversammlung dazu einberufen, wo die Oberschwester sicher nicht ungeschoren davonkommen wird.

Die Personalratswahlen in den Uni-Kliniken haben zum Ausdruck gebracht, daß in einer Zeit, wo sich die Widersprüche zwischen dem staatlichen Dienstherrn und den Lohnabhängigen verschärfen, die Belegschaft unbedingt einen konsequenten Personalrat braucht und keinen, der Kniefälle vor der Dienstaufsicht macht. Das haben auch die Reformisten und Opportunisten aller Schattierungen zu spüren bekommen. Die sozialdemokratische Riege in der ÖTV wollte bei den diesjährigen Wahlen eine Entscheidung für das Regierungsprogramm herbeiführen. Das gelang ihnen aber nicht. Selbst nicht mit den Mitteln der Gewerkschaftsausschlüsse und der Auflösung von Mitgliederversammlungen. Die ÖTV-Mitgliederversammlung verabschiedete das Programm „Gegen Lohnraub, Rationalisierung und politische Entrechtung“.

In keiner Klinik konnten die Sozialdemokraten daher ihre Listen als Listen der Gewerkschaft ÖTV ausgeben.

So tarnten sie sich in der Medizinischen Klinik unter „Unabhängige Personalvertreter“. In der Kinder- und Chirurgischen Klinik wagten sie es erst gar nicht, auch nur eine Tarnliste aufzustellen. Einige Tage vor den Wahlen unternahmen sie zusammen mit der DGB-Führung einen erneuten Versuch, die Kandidaten der “Gewerkschaftlichen Liste gegen Lohnabbau, Rationalisierung und politische Entrechtung“ zu isolieren. Sie erheben den „Vorwurf“, daß diese Liste „unter dem Vorwand, gewerkschaftliche Positionen zu vertreten, in Wirklichkeit die Position des KBW betreibt.“

Schon vor über hundert Jahren haben Karl Marx und Friedrich Engels im „Kommunistischen Manifest“ darauf geantwortet: „Die Kommunisten haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen.“ So entgegnete die Betriebszelle Unikliniken und rief die Beschäftigten der Unikliniken auf, das Programm zu wählen. Bei einer durchweg gestiegenen Wahlbeteiligung (sie lag durchschnittlich zwischen 50 und 60 %) setzt sich der neue Personalrat der Kinder- und Chirurgischen Klinik für die Angestellten nur aus Mitgliedern der Liste „Gegen Lohnabbau, Rationalisierung und politische Entrechtung“ zusammen. In der Medizin ist eine Angestellte und in der Nervenklinik sind zwei Angestellte dieser Liste von insgesamt fünf Personalratsmitgliedern vertreten. (Die Ergebnisse der Wahl zum Gesamt- und Hauptpersonalrat lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.) – (Zelle Universitätskliniken Göttingen)

Um mehr als 5 % hat die Deutsche Bundespost im Jahre 1975 die Produktion pro Beschäftigten gesteigert. Besonders groß sind die „Erfolge“ der Rationalisierung im Fernmeldewesen, berichtet der Bundespostminister im kürzlich erschienenen Geschäftsbericht für 1975: Dort ist der Personalbestand 1975 um 2,9 % zurückgegangen, während die Verkehrsleistungen um 4,1 % zunahmen. Im Geschäftsbericht heißt es dazu: „Diese Entwicklung des Personalbedarfs ist insbesondere auf die Maßnahmen zur Anwendung des neuen Personalbemessungssystems zurückzuführen.“ Danach werden den einzelnen Ämtern weniger Arbeiter zugeteilt und wird die Arbeit gewaltig intensiviert. Nach einer 1973 vom Bundespostministerium aufgestellten Rechnung sollten bis 1978 auf diese Weise allein im Fernmeldewesen 10000 Arbeitskräfte „eingespart“ werden. Bei gleichbleibender Intensität der Arbeit wären 18000 mehr gebraucht worden.

Offenbach. Innerhalb von 6 Jahren müssen die Müllwerker 60 % mehr Müll verarbeiten. Es sind aber nur 6 Arbeiter mehr, 69 statt 63, beschäftigt. Die Einstellungen erfolgten auch nur zur Bewältigung des Sperrmülls, für den 1974/75 eine Mehrleistung von 100 % erbracht werden mußte. Der Ablauf der Entleerung wurde ungeheur beschleunigt, neue größere Wagen angeschafft. Die Arbeitshetze verlangte in der letzten Woche ihr erstes Opfer. Ein Müllwerker wurde totgefahren bei der Arbeit. Er hatte keine Sicherheitsweste an, von denen die Stadt Offenbach nicht genug zur Verfügung stellt für die Müllwerker.

Durch das Haushaltssicherungsgesetz 1975 und durch den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst in diesem Jahr hat der bürgerliche Staatsapparat den Lohn für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst drastisch gesenkt. Ein Beamter berichtet: „Sowohl ich als auch meine Frau arbeiten im öffentlichen Dienst. Nach dem letzten Tarifabschluß bekommen wir auf dem Papier brutto je 85 DM mehr. Durch die Kürzung des Ortszuschlages für Verheiratete, wenn beide im öffentlichen Dienst arbeiten, verringert sich nach dem Haushaltssicherungsgesetz dieser Betrag z.B. bei meiner Frau um 42,50 DM und bei mir um 41,37 DM. Verbleibt dann eine Nettolohnerhöhung von zusammen knapp über 48 DM. Für Verheiratete mit Kindern sieht die Sache noch übler aus, denn für jedes Kind erhöht sich zwar der Ortszuschlag, aber auch diese Beträge wurden nach dem Haushaltssicherungsgesetz um die Hälfte gekürzt. Das kann bis zu einer Kürzung des Lohns von 170 DM gehen.“

Kiel. Die Abteilung Seeschiffahrt und Fischerei der ÖTV hat jetzt ein Flugblatt an die Seeleute zum bevorstehenden Heuertarifkampf verteilen lassen. Das Flugblatt datiert vom 8.11.76. Vorgeschlagen wird den 35000 Arbeitern und Angestellten eine Forderung von 8,5 %, mindestens 135 Mark. Jetzt wird eine Umfrage durchgeführt.

Frankfurt. Am 3. und 4.12. hat in Bad

Frankfurt. Am 3. und 4.12. hat in Bad Vilbel die Vertreterversammlung des GEW-Bezirksverbandes Hessen-Darmstadt in einem Beschluß zum Lohnkampf erklärt: „Jeder Angriff auf die Arbeitsbedingungen eines Teils der Kollegen ist ein Angriff auf alle.“ Da alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst einen gemeinsamen Arbeitgeber haben, müsse auch der gewerkschaftliche Kampf gemeinsam geführt werden. Mit der aktiven Beteiligung der Lehrer im Tarifkampf im öffentlichen Dienst müsse die durch das Beamtenrecht aufgezwungene Rolle des Trittbrettfahrers abgeschüttelt werden.

Herne. Die gemeinsame Fachgruppe Sozialpädagogik der GEW und der ÖTV wies in einem Brief an den Vorstand der GEW und an den Vorstand der ÖTV ausdrücklich die Prozentforderung zurück und stellte eine Forderung von 175 DM mehr für alle auf.

Hamburg. Die Mitgliederversammlung der gewerkschaftlich organisierten Berufsschullehrer hat am 30.11. die Forderung von mindestens 170 DM, 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM für jedes Kind beschlossen.

Heidelberg. Einstimmig wurde von der Fachgruppe Gymnasien der GEW eine Resolution zum Lohnkampf gefaßt, in der die 8 %-Forderung des ÖTV-Hauptvorstandes abgelehnt wird. Um die bereits mögliche Einheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst herzustellen, sei eine Festgeldforderung von mindestens 170 DM nötig. In einem Brief an die Gewerkschaftszeitung der GEW wird eine Untersuchung über die Lage der jungen Referendare angestellt, die einen Stundenlohn von umgerechnet 7,50 DM bekommen. In dem Brief heißt es zur Begründung der Notwendigkeit der Einheit aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst: „. . .denn niemand wird sich Illusionen machen darüber, daß es einen harten Kampf vorzubereiten gilt.“

Westberlin. Auf der Vertrauensleuteversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe Bezirksamt Schöneberg wurde ein Brief an den Abteilungsvorstand Sozialarbeit und den Hauptvorstand der ÖTV verabschiedet, in dem nachdrücklich gewerkschaftliche Aktivitäten gegen den § 218 verlangt werden. Der Brief endet mit der Forderung: „Wir fordern den Bezirksvorstand auf, unter der Forderung ‚Weg mit dem § 218!‘ eine Veranstaltung durchzuführen, um den Kampf um die ersatzlose Streichung des § 218 zu vereinheitlichen und voranzutreiben.“

Meldungen

Braunschweig. Alle Ausbildungsgruppen des zweiten und dritten Ausbildungsjahres bei Siemens haben zur Tarifrunde beschlossen: Anhebung des ersten, zweiten und dritten Ausbildungsjahres auf das vierte Ausbildungsjahr als Schritt zum Existenzlohn für Lehrlinge sowie Erhöhung der angehobenen Ausbildungsvergütung um 174 DM für alle, entsprechend 1 DM pro Stunde mehr bei den älteren Arbeitern. In einem Brief forderten sie den Ortsjugendausschuß auf, diese Forderungen in der Großen Tarifkommission zu vertreten. Die Sozialdemokraten im Ortsjugendausschuß lehnen diese Forderungen ab mit der Begründung, sie seien viel zu hoch, illusionär und die älteren Arbeiter würden sie in der Tarifkommission ablehnen.

Mainz. Am 6. Dezember hat die Jugendversammlung der Elster KG in Mainz-Kastel, an der 35 Lehrlinge und jugendliche Hilfsarbeiter teilnahmen, folgende Beschlüsse gefaßt: Zur anstehenden Lohnauseinandersetzung Anhebung des ersten, zweiten und dritten Lehrjahres aufs vierte und 170 DM mehr für alle Lehrjahre. Dieser Beschluß wurde mit großer Mehrheit verabschiedet. Weiter wurde als Forderung beschlossen: Bezahlung aller Lehrmittel durch den Betrieb und Bezahlung aller Lehrmittel während der ganzen Lehrzeit. Es wurde eine Protestresolution gegen das Verbot der selbständigen Sprechstunde der Jugendvertretung durch die Geschäftsleitung verabschiedet.

Kamen. Für die Einstellung aller Lehrer und ausreichende Klassenraume demonstrierten über 800 Schüler des Kamener Gymnasiums, der Realschule in Oberaden und Bergkamen insbesondere gegen die katastrophale Lage an der Kamener Gesamtschule. Unterstützungsresolutionen an die Teilnehmer der Demonstration sandten die GEW-Ortsgruppe Kamen, die Schulsprecher der Märkischen und der Hellweg-Berufsschule, Betriebsrat, Jugendvertretung und der Schichtgewerkschaftsausschuß der Zeche Monopol und die IG Bergbau-Ortsgruppen und Jugendgruppen aus Kamen.

Essen. Am 2. Dezember führten 250 Umschüler des Berufsförderungszentrums Essen einen eintägigen Warnstreik und eine Demonstration durch für die Forderungen: Aufnahme aller Schüler ins Internat! Kostenlose Verpflegung und Unterkunft im Internat bei Unterhaltsgeld von weniger als 600 DM monatlich! Einheitlicher Kostensatz von 150 DM und Verlängerung der Ausbildungszeit auf 24 Monate! Infolge der Änderung des Arbeitsförderungsgeseztes durch das Haushaltssicherungsgesetz werden alleinstehende Umschüler nicht mehr in das Internat des Berufsförderungszentrums aufgenommen, obwohl dort 70 Zimmer leerstehen und ihnen die Unterbringung dort schriftlich zugesagt worden war. Sie sollen stattdessen ihren Heimatwohnsitz aufgeben und an den Ort ihrer Umschulung ziehen. Die Demonstration zog zum Rathaus, zur Industrie- und Handelskammer, zur örtlichen Presse und zum Arbeitsamt.

Kaiserslautern. Die Klasse 13b des Rittersberg-Gymnasiums hat auf einer Verfügungsstunde eine Resolution gegen den 13/1-Erlaß verabschiedet. Gegen die Verschärfung des Notendrucks fordert die Klasse die Einberufung einer außerordentlichen Klassensprecherversammlung sowie eine Vollversammlung der Oberstufe. Die Klasse hat in einer Resolution festgehalten: „Die Klasse 13b der MSS (Mainzer Studienstufe, so heißt in Rheinland-Pfalz die reformierte Oberstufe) des Rittersberg-Gymnasiums spricht sich gegen den zunehmenden Leistungsdruck, der durch eine Reihe von Verordnungen des Kultusministeriums weiter verschärft wird, aus. Zu diesen Verordnungen gehört auch der 13/1-Erlaß. Er beinhaltet: Die Kurse aus dem 1. Halbjahr der 13. Klassenstufen sollen verpflichtend in die Qualifikation für das Abitur eingebracht werden. In diesem Zusammenhang müssen auch die Zusammenballung von Klassenarbeiten und besonderen Leistungsnachweisen in 13/2 gewertet werden. Dadurch soll der Notendruck bis zuletzt aufrechterhalten werden."

Bremen. Eine türkische Schülerin soll von der Haupt- und Realschule Carl-Goerdeler-Straße in der Vahr verwiesen werden. Der Anlaß: Sie hatte zusammen mit deutschen Schülern eine Handtasche gefunden und in der Schule abgeliefert. Aus der Tasche fehlten Schminksachen und 70 DM. Der Klassenlehrer holte die Polizei. Sie stellte Verhöre an und durchsuchte die Schultaschen. Bei der türkischen Schülerin wurden 50 DM gefunden. Das Geld nahm ihr die Polizei weg, trotz der Aussage der Mutter, ihrer Tochter das gegeben zu haben. Auf einer Lehrerkonferenz wurde der Verweis begründet mit einer Auflistung aller „Schulvergehen": gelegentliches Schulschwänzen und vor allem Rebellion gegen die besondere Unterdrückung der ausländischen Schüler an der Schule. 13 Klassen haben eine Stellungnahme des Schülerrings unterschrieben, in der sich gegen diese „Ordnungsmaßnahmen" ausgesprochen wird.

Spanischer Jugendlicher:

Gemeinsamer Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus

Ich bin 1964 nach Deutschland gekommen und war damals fünf Jahre alt. Ich bin in Osnabrück auf die Volksschule gekommen. In dieser Volksschule hat es ständig Krach gegeben, weil man uns Ausländer besonders schäbig unterdrückte. Einerseits wurden wir von den Lehrern im Unterricht nicht dran genommen, weil wir ja Schwierigkeiten hätten. Andererseits beleidigte uns der Rektor, indem er zu Weihnachten immer kaputtes Spielzeug für die ausländischen Jugendlichen sammeln ließ. Außerdem sollten wir zu Weihnachen aufgeteilt werden auf deutsche Familien, was wir gar nicht wollten. Man hat mich dann in der dritten Klasse von der Schule runtergeschmissen und auf die Hermann-Nohl-Schule verwiesen. Das ist eine Schule für schwererziehbare Kinder. Hier bin ich dann gleich in die sechste Klasse gekommen, weil man meinte, für die vierte Klasse wäre ich viel zu weit. Mit der neunten Klasse bin ich auf die Rosenplatz-Hauptschule gekommen. Hier war die Unterdrükkung genauso wie auf der ersten Schule. Der Rektor lachte sich immer kaputt im Unterricht über die Ausländer, wenn die etwas nicht konnten. Gleich als erstes sollte ich nicht mit auf eine Klassenfahrt, weil die Lehrerin meinte, ich würde noch nicht zur Klassengemeinschaft zählen.

Nach der Schule habe ich in dem Betrieb, wo mein Vater arbeitet, eine Lehrstelle gekriegt, als Stahlbauschlosser. Aus dieser Lehre bin ich einen Tag vor Ablauf der Probezeit wieder rausgeflogen. Vielmehr, man hat mir gesagt: „Entweder Du kannst gehen oder Du bleibst als Hilfsarbeiter." Begründung: Mein Deutsch wäre nicht gut genug. Dabei spreche ich mittlerweile fließend deutsch. Zur gleichen Zeit ist der Staat mit dem Jugendamt hinter mir her gewesen. Erst haben sie mich in ein Heim gesteckt, dann in eine reaktionäre deutsche Familie, weil meine Mutter gestorben war. In dem Betrieb bin ich als Hilfsarbeiter geblieben. Zuerst habe ich 4,25 DM brutto in der Stunde verdient, jetzt kriege ich 5,06 DM. Ich arbeite im Gruppenakkord, mit mir zusammen noch ein spanischer Jugendlicher. Ich bin hingegangen und habe gesagt, daß ich Akkordlohn haben will. Man hat mir gesagt, Akkordlohn dürfte ich nicht bekommen, weil Akkordarbeit für Jugendliche verboten wäre. Ich kriege jetzt eine außertarifliche Zulage von 1 DM die Stunde, insgesamt also 6,06 DM brutto. Das lohnt sich für die Kapitalisten wohl mehr als eine Lehrstelle.

All dies beweist haargenau, daß die Kapitalisten die Ausländer und die ausländischen Jugendlichen durch besondere Unterdrückung von den deutschen Arbeitern abspalten wollen, um sie als Billigstarbeiter einzusetzen. Dagegen kann man sich nur im einheitlichen Kampf wehren. Unser Ziel muß es sein, Kapitalismus und Imperialismus zu beseitigen. Dazu müssen sich die Arbeiter aller Länder zusammenschließen. Ich bin Anfang dieses Jahres dem Kommunistischen Jugendbund beigetreten. Eine ganze Reihe von spanischen Kollegen, denen es genauso geht wie mir, sind Sympathisanten vom KJB, weil es uns spanischen Jugendlichen völlig klar ist, daß nur der Kampf für den Sozialismus unsere Lage verändern kann. – (j. Kommunistischer Jugendbund Osnabrück)



Am Freitag, 3. Dezember, haben in Gießen 5 000 Schüler und Lehrlinge demonstriert. Auf den Transparenten wurden unter anderem Forderungen erhoben nach Einstellung aller Lehrer und Lehramtskandidaten, 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Tagen und Fahrtkostenrückerstattung. Die Demonstration der Schüler in Gießen ist Teil des Kampfes der hessischen Schüler, die am Freitag landesweit einen Aktionstag durchführten. Wie in Gießen haben Demonstrationen und Streiks stattgefunden in: Wiesbaden, Lampertheim, Hofgeißmar, Hünfeld, Witzhausen, Homberg, Eschwege und Sprendlingen, ebenso in Frankfurt, Fürstenhagen und Sontra. Zahlreiche Vollversammlungen haben für den 6. und 8. Dezember Streiks, Demonstrationen und Vollversammlungen beschlossen.

VW-Lehrlinge demonstrieren gegen Urlaubskürzung

Wolfsburg. Nach dem Willen der VW- Kapitalisten sollen dieses Jahr zwei Tage Urlaub während Weihnachten und Neujahr auf den Tarifurlaub der Lehrlinge angerechnet werden. Die Lehrlinge haben sonst diese zwei Tage zusätzlich bekommen. Diese Maßnahme stößt auf den geschlossenen Widerstand der VW-Lehrlinge, denn sie bedeutet eine Urlaubsverkürzung.

In Halle 13 kam es am 2.12.76 zu Diskussionen um die Anrechnung von zwei Tagen Tarifurlaub für die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr. Um die Sache zu klären, bildete sich eine Gruppe von zirka 40 Lehrlingen, die zur Jugendvertretung gehen wollte, um sich zu erkundigen, wie die Dinge stehen. Die Jugendvertretung sitzt nicht in Halle 13, sondern man muß erst fünf Minuten gehen, um dahin zu kommen. Da die Beratung mit der Jugendvertretung nichts ergab und auch von der Ausbildungsabteilung und den Meistern angerufen wurde und gesagt wurde, daß die Lehrlinge die Aktion abbrechen sollten, daß sie gar kein Recht hätten, zu streiken, gingen sie erst mal wieder in die Halle 13 zurück.

Es war etwa 10 Uhr. Damit war die Frage des Urlaubs nicht geklärt und so für die Lehrlinge auch nicht vom Tisch. Die Diskussion ging weiter. Gegen Mittag war man sich einig, daß man es bei dem jetzigen Stand nicht lassen kann und daß man alle Lehrlinge informieren muß. Man sagte, wir müssen zum Ausbildungszentrum ziehen, um die anderen Lehrlinge mit einzubeziehen. Die Lehrlinge zogen nun geschlossen zum Ausbildungszentrum des Werkes, wo sich noch etliche Lehrlinge dem spontanen Streik anschlossen.

300 bis 400 VW-Lehrlinge demonstrierten dann während der Arbeitszeit geschlossen zum Verwaltungshochhaus, wo die Geschäftsleitung sitzt, um die Zurücknahme der Urlaubskürzung zu fordern und durchzusetzen. Diese Aktion dauerte bis 15 Uhr.

Durchgesetzt haben sie die Forderung bis jetzt noch nicht, aber sie haben gezeigt, daß sie sich für ihre Interessen zusammenschließen können und nicht gewillt sind, zum Spielballder VW-Kapitalisten zu werden. Der Streik und die Demonstration sind für alle Arbeiter eine große Ermutigung. Als ein Genosse der Betriebszelle seinen Kollegen von der Aktion berichtete, meinte ein Arbeiter: „Das muß überall bekanntgemacht werden, daß wir uns zusammenschließen können, daß hier keine Ruhe ist, daß wir gemeinsam stark sind. Jetzt im Lohnkampf müssen das alle wissen. – (VW-Zelle Wolfsburg)

Lehrer sollen Haupt- und Realschüler für die Kapitalisten sortieren

Ein Beurteilungsbogen vom Arbeitsamt Hamburg mit dem Titel „Bemerkungen der Schule für die Berufsberatung – alle Angaben werden vertraulich behandelt" wurde an die Klassenlehrer von Abgangsklassen der Haupt- und Realschulen verteilt. Sie sollen die Schüler nach folgenden Gesichtspunkten bewerten:

1. Körperliche Besonderheiten und psychischer Entwicklungsstand
körperlich wendig; körperlich eher steif, ungelenk; besitzt gute Fingerfertigkeit; manuell eher ungeschickt; verhält sich altersgemäß; wirkt noch unreif . . .

2. Interessen:
hilft oft anderen Menschen; übernimmt gern Leitung von Schülern; interessiert sich für technische Geräte; liebt intensives technisches Basteln; handarbeitet/werkt gern; kocht und backt gern; liest viel . . .

Hier wird sich der Kapitalist schon ein Bild davon machen können, ob der Jugendliche in eine Lehre übernommen werden soll oder nicht, ob er Hilfsarbeiter werden soll oder ob er als Kontrolleur über die anderen Arbeiter eingesetzt werden kann.

3. Fähigkeiten:
denkt lebhaft; denkt eher langsam; denkt selbständig; denkt wenig differenziert; denkt mehr anschaulich-praktisch; vermag abstrakte Aufgaben zu lösen; vermag sich sprachlich gewandt auszudrücken; sprachlich recht schlichter Ausdruck; entwickelt eigene Ideen; zeigt . . .

Ob der Jugendliche besser im Büro oder am Band ausgebeutet werden soll, das wird hier gefragt.

So richtig interessant für die Kapitalisten wird es dann unter:

4. Arbeitseigenschaften:
arbeitet schneller als die Mehrzahl der Mitschüler; arbeitet langsamer als die Mehrzahl der Mitschüler; arbeitet ausdauernd, hält durch; läßt sich leicht ablenken; nimmt Arbeiten meist von allein in Angriff; braucht Arbeitsanstöße; arbeitet selbständig; benötigt zur Arbeit oft Aufsicht; arbeitet sauber und sorgfältig; kann mit anderen gut zusammenarbeiten; arbeitet mehr für sich . . .

Die „Fähigkeit", Akkordarbeit zu leisten, am Fließband zu stehen, sich widerstandslos der Ausbeutung zu fügen – nichts anderes ist es, wonach hier gefragt wird.

Die Kapitalisten brauchen diese Angaben, um festzustellen, ob der Jugendliche auch tatsächlich ihren Bedürfnissen entspricht und ob er in dem jeweiligen Produktionsprozeß bis aufs Letzte ausgepreßt werden kann.

Da diese Fragebogenaktion unter dem Deckmantel der „Berufsberatung" durchgeführt wird, müssen die Eltern ihr Einverständnis erklären. Sie bekommen aber den Fragebogen selbst nie zu Gesicht, sondern sollen unterschreiben: „Zur Vorbereitung der beruflichen Einzelberatung meines Sohnes / meiner Tochter bitte ich, der Berufsberatung eine Stellungnahme zum schulischen Leistungsbild zuzuleiten." Klar ist, daß die Zusammenarbeit von Arbeitsamt und Kapitalisten ohne diesen Trick kaum unterstützt würde. – (rs, Hamburg)



Ludwigsburg. Etwa 600 Schüler des beruflichen Schulzentrums Ludwigsburg haben am 4. Dezember eine Demonstration für eine Mensa durchgeführt. Täglich halten sich dort etwa 4 500 Schüler meistens vor- und nachmittags auf – es gibt aber keine Mensa. Durch Unterschrift haben die meisten Klassen die Forderung nach einer Mensa erhoben. Für die Abschlußkundgebung war ein Vertreter des Landkreises (als Schulträger) aufgefordert, Stellung zu nehmen; niemand kam. Die Schülermitverwaltung hat dem Landkreis bis nach den Weihnachtsferien ein Ultimatum gestellt.

Weg mit dem Paragraph 218!

Kassel. Fast alle Arbeiter und Arbeiterinnen bei AEG-Telefunken in Kassel sagen, daß sie mehr Kinder hätten, wenn sie besser für sie sorgen könnten. So verläuft der Tag einer Arbeiterin, die bei AEG-Telefunken arbeitet:

„Mein Mann arbeitet von 7 bis 16 Uhr. Wenn ich Spätschicht habe, kann ich meine kleine Tochter in den Kindergarten bringen und mich darum kümmern, daß mein 12-jähriger Junge rechtzeitig zur Schule kommt. Vor der Arbeit mache ich das Mittagessen zurecht. Der Junge holt dann nach der Schule die Kleine vom Kindergarten ab und versorgt sie. Zum Abend ist dann ja mein Mann da. Wenn ich Frühschicht habe, muß sich der (ihr Sohn Holger) dann fast um alles kümmern."

Bevor der Junge alt genug war, diese Arbeit zu übernehmen, mußte sie ihre Berufstätigkeit unterbrechen, obwohl sie auf das Geld nur schwer verzichten konnte. Sie hatte schon früher bei AEG am Band gearbeitet. Damals gab es nur eine Schicht. Inzwischen hat AEG die Schichtarbeit ausgedehnt, und in der Kühlschrankfabrik, wo sie arbeitet, gibt es jetzt neben der Normalschicht zwei Wechselschichten, die eine Woche Früh-, die andere Woche Spätschicht. Vor fünf Jahren verdiente sie dort in der Normalschicht im Zeitlohn 6,40 DM. Heute sind es 7.30 DM. Das heißt, in dieser Zeit ist der Reallohn gesenkt worden, während die Arbeitshetze durch Erhöhung der Akkordzahlen gesteigert wurde und während die Gesundheit der Arbeiter auch durch die Einführung der Wechselschicht immer mehr ruiniert wird. Damit wird zur Versorgung der Familie immer zwingender, daß die Frau mitverdient, es wird immer schwieriger, die Kinder aufzuziehen.

Schon wenn die Arbeiter sich bei AEG bewerben, stellen die Kinder, die sie haben, ein Problem dar. Wo sollen sie in der Arbeitszeit untergebracht werden, was ist, wenn eins krank wird? Alle Arbeiter, die von AEG eingestellt werden, werden zuerst zum Werksarzt geschickt. Der überprüft ihre Tauglichkeit für die Akkord- und Schichtarbeit. Die Untersuchung dauert zwei Minuten. Bei den Arbeiterinnen besteht die Untersuchung im wesentlichen darin, daß diese versichern müssen, nicht schwanger zu sein. Wenn die Arbeiterin dem Arzt nicht gesagt hat, daß sie schwanger ist, um die Arbeitsstelle zu bekommen, kann sie sofort fristlos gekündigt werden. Wenn sie bei der Einstellung Kinder haben, besteht AEG darauf, daß die Arbeiter das Betriebswohl über das Wohl des Nachwuchses der Arbeiterklasse stellen. Das gelingt AEG überhaupt nicht. Deshalb läßt der Konzern hinter den kranken Arbeitern herspionieren, um zu überprüfen, ob es nicht die Röteln eines Kindes sind, die einen Arbeiter zum Zuhausebleiben zwangen. Untereinander sprechen die Arbeiter sehr viel über ihre Kinder. Erst vor kurzem ist ein Arbeiter in der Kühlschrankfabrik zu Hause geblieben. Seine Frau lag im Krankenhaus, und er mußte seine zwei kleinen Kinder versorgen. Er arbeitet im Gruppenakkord, und sein Fehlen bedeutet für die Gruppe Mehrarbeit, weil der Springer seinen Platz einnimmt und die anderen von ihm nicht wie sonst abgelöst werden zu zwei Pausen für zehn Minuten. Nicht ein einziger Arbeiter hat sich beschwert, daß er zu Hause geblieben ist. Sie fordern, daß ihre Pausen garantiert werden und wehren sich gegen die Verdichtung des Arbeitstages. Bei AEG-Telefunken in Kassel haben über 70 Arbeiterinnen und Arbeiter die Forderungen der Komitees gegen den § 218 unterschrieben und sind für die ersatzlose Streichung und den Volksentscheid eingetreten. Vor dem 1. Mai haben sie in diesem Jahr die Aufkleber der Komitees im Betrieb aufgehängt. Sie sind nicht bereit, sich dem neuen Unterdrückungsparagrafen zu beugen. (s, Kassel)

Mannheim. Vor kurzem fand eine Propagandaveranstaltung der „pro familia" unter der Schirmherrschaft des DGB-Kreisvorsitzenden Karg in Mannheim statt. Etwa 60 Menschen kamen.

Die Vorsitzende, SPD-Stadträtin von Mannheim, Stegmeier, begann auch gleich damit, daß die Zeit der Präservative unterm Ladentisch vorbei sein müsse und „pro familia" da sehr offen sei, keinen erhobenen Zeigefinger, sondern Rat für jeden, und viele Tips zum 218: Brauche man eine Abtreibung, dann gleich zum Gynäkologen und die soziale Indikation flugs aufs Rezept diktiert. Dann zur Sozialberatung in der Familienfürsorge bei der verständnisvollen Dr. Sibrowa und dann auf zu Dr. Sievers vom Städtischen Krankenhaus. Leider müsse man einschränkend sagen, da gelte die soziale Indikation nicht viel, man brauche eine medizinische, aber ansonsten – alles klar.

Und sie belegte das dann auch: Eine Gymnasiastin mit ausreichendem finanziellen Hintergrund der Eltern habe am Städtischen die Abtreibung durchführen können, schließlich werde ja sonst ihr Sozialgefüge durcheinandergebracht.

Offensichtlich war ihr „Sozialgefüge" ein anderes als das eines fünfzehnjährigen Mädchens aus kinderreicher Familie, ohne Ausbildung, hohe finanzielle Belastung der Familie, das Sievers im „Versuch Mannheim" als Beispiel für die Nichtgenehmigung nennt, so wurde der Stadträtin Stegmeier entgegengehalten.

Ihre Partnerin, Frau Salbach, meinte, das Ziel sei selbstverständlich, daß nur noch „Wunschkinder" geboren würden. Und die Frauen müßten das selbst entscheiden – selbstverständlich „im Rahmen des Gesetzes".

„Ihr seid doch nach dem neuen § 218 gar nichts anderes als die anderen Behörden, die Beratung machen. Aufgabe der Beratungsstellen ist die Bespitzelung und Unterdrückung", wurde ihr gesagt.

Die „pro familia"-Vertreter wollten das ummünzen in: Wir helfen jetzt, und ihr kämpft langfristig gegen das Gesetz, so kommen wir gut miteinander aus. Das tiefe Mißtrauen gegen die „pro-familia"-Vertreter, die große Empörung im Saal, führten dazu, daß die Stegmeier sagen mußte: Ja, wenn ihr uns nur angreift, wenn ihr alle dagegen seid, dann können wir auch nicht mit der Gewerkschaft zusammenarbeiten.

Recht hat die Frau. Nicht Zusammenarbeit mit den Bespitzelungsstellen, sondern Beseitigung des § 218 durch Volksentscheid – dafür führen wir den Kampf in den Gewerkschaften. Da konnte der DGB-Vorsitzende Krag viel von „tatkräftiger Unterstützung„ durch „pro familia" und: „dem Gesetz müsse nun, da es nun einmal da sei, Genüge getan werden", reden. Die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes erzwingen das Gegenteil. (m/u, Bezirk Mannheim)



Wuppertal. Am Samstag, 4. Dezember, demonstrierten über 1 000 Arbeiter, Angestellte, Schüler, Studenten und Rentner gegen die geplante Fahrpreiserhöhung bei der Wuppertaler Stadtwerke AG. Um 25 bis 27 Prozent sollen die Preise für Einzelfahrscheine, Wochen- und Netzkarten erhöht werden. Für den 1. Januar 1977 ist auch schon eine Gebührenerhöhung bei der Abwässerbeseitigung angekündigt, für Normalabnehmer um 16,6 Prozent, für die Kapitalisten 0,2 Prozent. Allein 42 Millionen erhalten die Banken aus den Zinsen für Staatsschulden. Diese sollen den Volksmassen u.a. durch Tariferhöhungen ausgepreßt werden. Demonstrationen mit teilweise bis zu 2 000 Teilnehmern wurden bereits im Januar dagegen durchgeführt. Mit massiven Polizeieinsätzen, über 60 Verhaftungen und 40 Strafanzeigen, Geldstrafen bis zu 1 500 DM wollte die Stadtbürokratie den Kampf unterdrücken.

Interview mit einem Bauern aus der Wilster Marsch

„Nicht vors Gericht, weiter auf die Straße"

Wir arbeiten jeden Tag zwölf Stunden. Es sind zwar schon allerhand Höfe aufgegeben worden. Das sind alles Existenzen gewesen. Da hat überall eine Familie drauf gelebt und hat auch leben können. Aber dann mußten sie aufgeben. Wir melken jetzt 50 Kühe. Damit sind wir voll ausgelastet. Mehr geht nicht. Irgendwann muß Schluß sein. Unser Sohn lernt erstmal was anderes: Landmaschinenschlosser. Wenn er will, kann er ja immer noch hier anfangen.

Seit 1973 ist bekannt, daß in Brokdorf ein Kernkraftwerk gebaut werden soll. Und seit 1973 wird gegen dieses Kernkraftwerk scharf protestiert. Das ist doch ganz klar. Seit 73 sind wir dahinter her, daß es nicht gebaut wird. Ich war gleich auf der ersten Veranstaltung in Brokdorf (der Bürgerinitiative) vor drei Jahren. Da haben wir geschimpft und geschrien, aber damals hat das alles noch nichts genützt. Da haben sie uns noch ausgelacht. Aber nun ist Bumann das Lachen vergangen. (Bumann ist der Landtagsabgeordnete der CDU, d. Red.)

Ich bin zu keiner Wahlveranstaltung hingegangen. Was sollte ich da auch? Das haben wir ja neulich auf der Veranstaltung (Veranstaltung in Wilster am 26.11., wo die Vertreter der bürgerlichen Parteien gestellt wurden. 150 stimmten gegen ihre Enthaltung: „Kein Kernkraftwerk in Brokdorf! Sofortiger Baustopp! Einstellung aller Strafverfolgungen!" – Red.) deutlich festgestellt. Beschissen sind wir von allen. Das stimmt ja auch. In Bonn hat die SPD und die FDP beschlossen, daß in Brokdorf gebaut werden soll, und Stoltenberg, der soll das hier durchsetzen. Den haben sie ja vorgeschoben. Die sollen mal alle ihr Maul halten.

Vor drei Jahren hätten wir ja schon demonstrieren müssen. Aber da ging es noch nicht. Aber jetzt, nach den Demonstrationen, sind viele so richtig wach geworden. Beim Erörterungstermin, da hatten sie ja schon Hunde dabei, weil sie wußten, wie gefährlich das für sie ist. Und jetzt sind wir regelrecht überrumpelt und verarscht worden. Sie haben vor der Wahl versprochen: vor Gerichtsentscheid kein Baubeginn. Und dann? Schlagartig über Nacht sind sie aufgezogen, mit soundsoviel Polizei und Baumaterial. Innerhalb von zehn Stunden haben sie den Bauplatz dicht gehabt. Und den Bürgermeister von Brokdorf und die anliegenden Bauern haben sie mit Geld gekauft. Und zu Bumann: Vor drei Jahren war er noch Bauernverbandsgeschäftsführer. Da hat er schon nichts dagegen gesagt, und jetzt hält er sich an seinem Mandat fest. Und von Hassel: Hätte das Schwein nicht kommen können? Auf den Kerl haben wir gewartet. Aber der hat Angst gehabt. Der ist zuhause geblieben, und Stoltenberg genauso. Denen ist das Lachen vergangen. (von Hassel ist der Bundestagsabgeordnete der CDU im Kreis Steinburg, d. Red.) Dann hätten sie nicht so gelacht wie neulich im Fernsehen. Die müssen nicht mit „Herr" und „Sie" angeredet werden, sondern müssen den Wind gehörig von vorne bekommen. Aber die anderen, der Harms von der SPD und der Schumann von der FDP, sind auch nicht besser.

Die neulich in Wilster waren (gemeint ist die Veranstaltung, d.Red.), das waren geschickte Hunde. Im Grunde ist es Zeitverschwendung, sich mit denen zu unterhalten. Die sagen, wir können nichts machen, wir sind nicht die Regierung usw. Manche sagen ja, an die Großen kommt man nicht ran. Aber wenn die Masse dafür ist, dann muß Stoltenberg aus seinem Loch rauskommen. Dann wird ein Bürgerinitiativtermin einberufen, und dann geht's los, dann muß es knacken. Ein Bauer am Bauplatz, dem ist 20 000 DM Schaden entstanden durch die Demonstration. Die hat Stoltenberg bezahlt.

Das ist das Großkapital, das dahinter sitzt. Ich hab Bumann gefragt: Wenn wir Demonstranten durch die Polizeisperren mit dem Trecker zum Bauplatz hinfahren, ob die Polizei dann schießen wird. Da hat er gesagt, das könne er nicht sagen. Ich kenn den schon länger als zehn Jahre. Nach Kiel haben wir ihm hingeholfen, und jetzt verrät er uns.

Der Bürgermeister von Wewelsfleth hat folgendes auf der Veranstaltung gesagt: Als Stoltenberg ihm zum Gericht geraten hätte, da hat der so komisch gegrinst. Da ist ihm ganz merkwürdig geworden, und er hat sich gedacht, nicht vors Gericht, weiter auf die Straße. Da haben alle Leute laut Beifall gerufen. Überzeugt hat die Landesregierung und die NWK keinen. Darum setzt sie jetzt ihren Gewaltapparat ein und sagt, die dagegen kämpfen, das sind nur die Kommunisten.

Das mit dem angehaltenen Lastwagen ist auch ganz prima. (Ein kommunistischer Landarbeiter berichtete auf der Kundgebung am 23.11. vor dem Kieler Landtag von einer Aktion in Brokdorf: In der Nähe von Wilster wurde ein Lastwagen angehalten, der mit Material für den Bau des Kernkraftwerks zum Bauplatz wollte. Dem Fahrer wurde ein Aufruf der Aktionseinheit übergeben. Jetzt kann man auf dem Lastwagen der NWK lesen: Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!, d. Red.) Und jeder, der gegen das Kernkraftwerk ist, egal welcher Partei er angehört, muß dabei sein. Aber die Massen machen das. 30 000 Menschen, die schieben ein ganzes Bauernhaus auf den Bauplatz. Stoltenberg sagt dann ja, das waren alles Kommunisten. Ich habe dem Bumann gesagt, er soll mal ruhig sein, wenn er das nicht besser könnte, soll er mal seine Koffer packen. Wenn die Kommunisten in der Regierung sind, kriegen wir keine Atomkraftwerke.

Am Donnerstag ist Kreisbauerntag. Da werden wir das vorbringen und gewaltig auf den Tisch hauen. Heeremann ist ja selbst Großkapitalist, aber ich hab mich mit anderen Bauern schon beraten, wie wir vorgehen wollen. – (Ortszelle Itzehoe des KBW)

Kiel. In Kiel haben am 6. Dezember erneute Aktionseinheitsverhandlungen zum weiteren Vorgehen gegen den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf stattgefunden. Teilgenommen haben an den Beratungen 20 Bürgerinitiativen und politische Organisationen. Bis auf die Jusos und die „Solidarität mit Brokdorf" haben alle Anwesenden beschlossen, am 18. Dezember einen Aktionstag in den großen Städten Schleswig-Holsteins durchzuführen. Fast alle Organisationen wollen diese Aktionen gemeinsam durchführen. Weiterhin gab die Bürgerinitiative Umweltschutz Brokdorf bekannt, daß sie für Anfang Februar erneut zu Aktionen am Bauplatz in Brokdorf aufruft.

Wyhl. Letzte Woche haben die Bürgerinitiativen aus Malterdingen, Nordweil, Kenzingen und die Ortsgruppe Herbolzheim der Aktion Umweltschutz ein gemeinsames Flugblatt herausgebracht, in dem es heißt: Das Ziel (der Landesregierung) ist, in Wyhl ein Kernkraftwerk zu errichten. Gerichte und Verhandlungen sind nur ein Mittel, dieses Ziel zu erreichen. Deshalb darf die Bevölkerung nicht ausschließlich auf Gerichte und Verhandlungen vertrauen, sondern muß die Verhinderung des Kernkraftwerks selbst in die Hand nehmen." Die jetzt stattfindenden Gespräche mit der Landesregierung sollten ursprünglich nach einem Beschluß der Bürgerinitiativen am Kaiserstuhl und öffentlich stattfinden. Die Landesregierung hat sich darauf nicht eingelassen. Prompt haben die bürgerlichen Kräfte in der Verhandlungskommission den Beschluß der Bürgerinitiativen rückgängig gemacht, aus „taktischen Erwägungen". Die Gespräche sollen jetzt in Karlsruhe stattfinden. Die Landesregierung kann sich darüber nicht freuen. Die Verhandlungskommission beginnt auseinanderzubrechen. Einige Mitglieder haben schon erklärt, daß sie nicht mitfahren werden. Sie haben genug von diesem Betrugsmanöver.

Aschendorf. Anläßlich des Besuchs von Ministerpräsident Albrecht in Papenburg am 29. November fand in Wippingen eine Kundgebung am vorgesehenen Bauplatz für die geplante Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie statt. Aufgerufen hatte zu der Kundgebung die Bürgerinitiative „Aschendorf gegen industrielle Kernenergie". Zu der Kundgebung kamen über 1 000 Menschen aus den umliegenden Gemeinden. Über 500 davon waren Bauern, die mit Treckern gekommen waren. Unterstützt wurden sie durch eine Delegation von 40 Bauern mit ihren Fahrzeugen aus Holland. Die Bürgerinitiative Aschendorf ist mit holländischen Initiativen in der Deutsch-Niederlande-Atom-Aktion verbunden. Gemeinsames Ziel ist die Verhinderung des Baus der Atommülldeponie. Auf Transparenten wurde gefordert: „Kein Atommüll in Aschendorf", „Keine Atomkraftwerke in der BRD". Auf anderen Transparenten hieß es: „Warnung an Albrecht: Wir werden den Bau der Atommüllanlage verhindern".

Uelzen. Die Bürgeraktion Küste gab am Sonntag, dem 5. Dezember, auf einer Versammlung bekannt, daß eine Hundertschaft Polizei und eine Hundertschaft Bundesgrenzschutz aus Uelzen den Einsatz zur Verteidigung des Baus des Kernkraftwerks in Brokdorf am 23. November verweigert haben. Außerdem ist bei Ermittlungen gegen die Besatzung der Hubschrauber, die auf die Demonstranten Tränengaswurfgeschosse abgeworfen haben, herausgekommen, daß einer der Hubschrauber, „Christoph 6", der Rettungshubschrauber des Bremer Krankenhauses links der Weser ist. Unterhalten wird der Rettungshubschrauber vom Senat und vom Bundesgrenzschutz.

Elmshorn. In Elmshorn wurde zum zweiten Mal eine Stadtvertretersitzung, in der über das Kernkraftwerk Brokdorf diskutiert werden sollte, vom Bürgervorsteher abgebrochen. 280 Menschen waren erschienen. Der Antrag der SPD, eine Klage beim Landgericht zu stellen, um so die Bewegung auf die Mühlen der
Klage beim Landgericht zu stellen, um so die Bewegung auf die Mühlen der
„Rechtsstaatlichkeit" zu lenken, wurde von der CDU abgelehnt. Von den Menschen wurde die Stadtvertreterversammlung lautstark angegriffen als „Parlament des Kapitals".

Zum Zweck der imperialistischen Expansion müssen Kernkraftwerke gebaut werden, sagt Bundeswirtschaftsminister Friderichs in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung". Kernkraftwerke sind für die Imperialisten notwendig, denn „ein Land, das sich allein und im Gegensatz zu anderen aus weltweiten Wachstumsanstrengungen heraushielte, würde einen Weg in die Unterentwicklung einschlagen". Zur Durchsetzung der Pläne der Imperialisten will Friderichs die Volksmassen spalten, Zuckerbrot und Peitsche einsetzen: „gegen die einen notfalls mit den Zwangsmitteln des Rechtsstaates vorzugehen, die anderen werden wir geduldig weiter auf Brauchbares abklopfen". Jedoch „auch wenn sich diese Spielregeln bessern, wird der Bau von Atomkraftwerken ein mühsames Geschäft bleiben".

Am 2. Dezember fand in Saarbrücken in aller Verschwiegenheit eine Innenministerkonferenz statt. Die Presse hat darüber bisher nicht berichtet. Der Südwestfunk konnte der Redaktion ihr Stattfinden, obwohl tags zuvor in den Nachrichten gemeldet, nicht bestätigen. Das liegt an der Tagesordnung der Konferenz, denn daß sie stattgefunden hat, wurde auf telefonische Anfrage vom Oberregierungsrat Reuter vom Innenministerium Baden-Württemberg und vom Pressereferent Jakob des Westberliner Innensenators bestätigt. Behandelt wurde ein Erfahrungsbericht über Brokdorf und damit im Zusammenhang die Planung für zukünftige Großeinsätze der Polizei. Dieser Bericht wurde vom schleswig-holsteinischen Innenminister Tietzek vorgelegt. Als weiterer Tagesordnungspunkt wurde der Ausbau des Fernmeldesonder netzes der Polizei behandelt. Die Innenministerkonferenz faßte den Beschluß, daß das Sondernetz, als notwendiges Informations- und Führungsmittel, um die Sicherheit der Bundesrepublik zu gewährleisten, zügig ausgebaut werden muß. Genauere Informationen wollte der Pressereferent Jakob aus Sicherheitsgründen nicht geben.

Die Aktionstage in der bürgerlichen Presse

Bourgeois-Hoffnungen:

„Die von den Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) ausgerufenen Aktionstage an den Hochschulen der Bundesrepublik haben, jedenfalls am Beginn der Kampagne, ein geringes Echo gefunden. Daß es im weiteren Verlauf der Woche an den Universitäten zu nennenswert heftigeren Streikmaßnahmen und Demonstrationen kommt als bislang an den Fachhochschulen, ist kaum zu erwarten. (...)

Wer erst einmal einen der raren Studienplätze ergattert hat, ist fleißig, strebsam und überwiegend unpolitisch – die Extremistenbeschlußpraxis blieb nicht ohne Wirkung –, um unauffällig in einem Beruf unterzukommen, in einem möglichst einträglichen natürlich. (...)

Die Jungsozialisten tragen die Aktionstage nicht mit, soweit sie sich gegen Bundeskanzler Schmidt wenden und im Grund andere als die vorgegebenen Ziele verfolgen. Neue, vergleichsweise gemäßigte Koalitionen an den Hochschulen zeichnen sich ab; die große Zeit der kommunistischen Gruppen und Grüppchen geht offenbar zu Ende. Allzu harte Reaktionen auf die Aktionstage durch Hochschulen und Politik könnten diesen an sich begrüßenswerten Prozeß verlangsamen.“ (Bonner Generalanzeiger, 30.11.)

Bourgeois-Manöver:

„Die Aktionen der Studenten an zahlreichen Hochschulen aus Protest gegen Hochschulrahmengesetz und Folgegesetzgebung, verbunden mit der Forderung nach verbesserter Ausbildungsförerung, haben sich am Dienstag offensichtlich ausgeweitet. (...)

Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) – der gerade sein 25jähriges Bestehen feiert – befürchtet eine neue Radikalisierung unter den Studenten, wenn nicht umgehend deren soziale Lage und ihre Berufschancen verbessert werden. (...)

Für eine Versachlichung der studentenpolitischen Diskussion hat sich Staatssekretär Peter Glotz vom Bundesbildungsministerium auf einer Jubiläumsveranstaltung des RCDS ausgesprochen.“ (Süddeutsche Zeitung, 1.12.)

„Hamburgs Wissenschaftssenator, Dieter Biallas (FDP), fühlt sich von dem Studentenprotest an der Hamburger Universität zu Unrecht angegriffen. „Die Leute prügeln mich für etwas, gegen das ich selber bin“, erklärte der FDP-Politiker in Hamburg.

Erstmals unterstützte ein Universitätspräsident entschieden die Protestaktionen der Studenten. Der Präsident der TH Darmstadt, Helmut Böhme, wandte sich auf einer vom AStA veranstalteten Podiumsdiskussion gegen die Verschlechterung der sozialen Situation der Studenten. Das Land Hessen stehe mit seinen Sozialleistungen für Studierende zusammen mit Schleswig-Holstein an letzter Stelle in der Bundesrepublik. Böhme forderte das Land auf, höhere Zuschüsse bereitzustellen.“ (Frankfurter Rundschau, 3.12.)

len.“ (Frankfurter Rundschau, 3.12.)

„Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat sich mit Entschiedenheit vor die Hochschulgruppen der Jungsozialisten gestellt und sie gegen Angriffe durch die CDU oder deren Studentenorganisation verteidigt. (...) Es sei den Jusos gelungen, ‚die vielfach behauptete Tendenzwende unter den Studenten der Bundesrepublik zu widerlegen‘ und zur ‚stärksten Kraft‘ in den Hochschulgremien zu werden. – (Frankfurter Rundschau, 4.12.)

„Der Berliner Senator für Kunst und Wissenschaft, Gerd Löffler, ist bei seinen Bemühungen, eine Eskalation der Unruhe zu verhindern, bisher erfolglos geblieben. So gelang es auch durch die angekündigte Auslagerung von Lehrveranstaltungen aus dem Universitätsbereich nicht, Vorlesungsstörungen zu vermeiden. (...) Beobachter erwarten in den kommenden Wochen eine Verhärtung der Situation an den Hochschulen. Nach Darstellung der VDS ist für weitere Aktionen entscheidend, wieweit die Bildungspolitik den Forderungen nachkämen.“ (Welt, 4.12.)

Bourgeois-Befürchtungen:

„Die Unruhe ist wieder in den Hochschulen eingekehrt. Ganz ruhig war es seit den Protesten und den Demonstrationen der späten sechziger Jahre niemals. Die Zeichen deuten aber darauf hin, daß der organisierte Protest jetzt wieder größere Ausmaße annehmen wird.“ (Hannoversche Allgemeine, 3.12.)

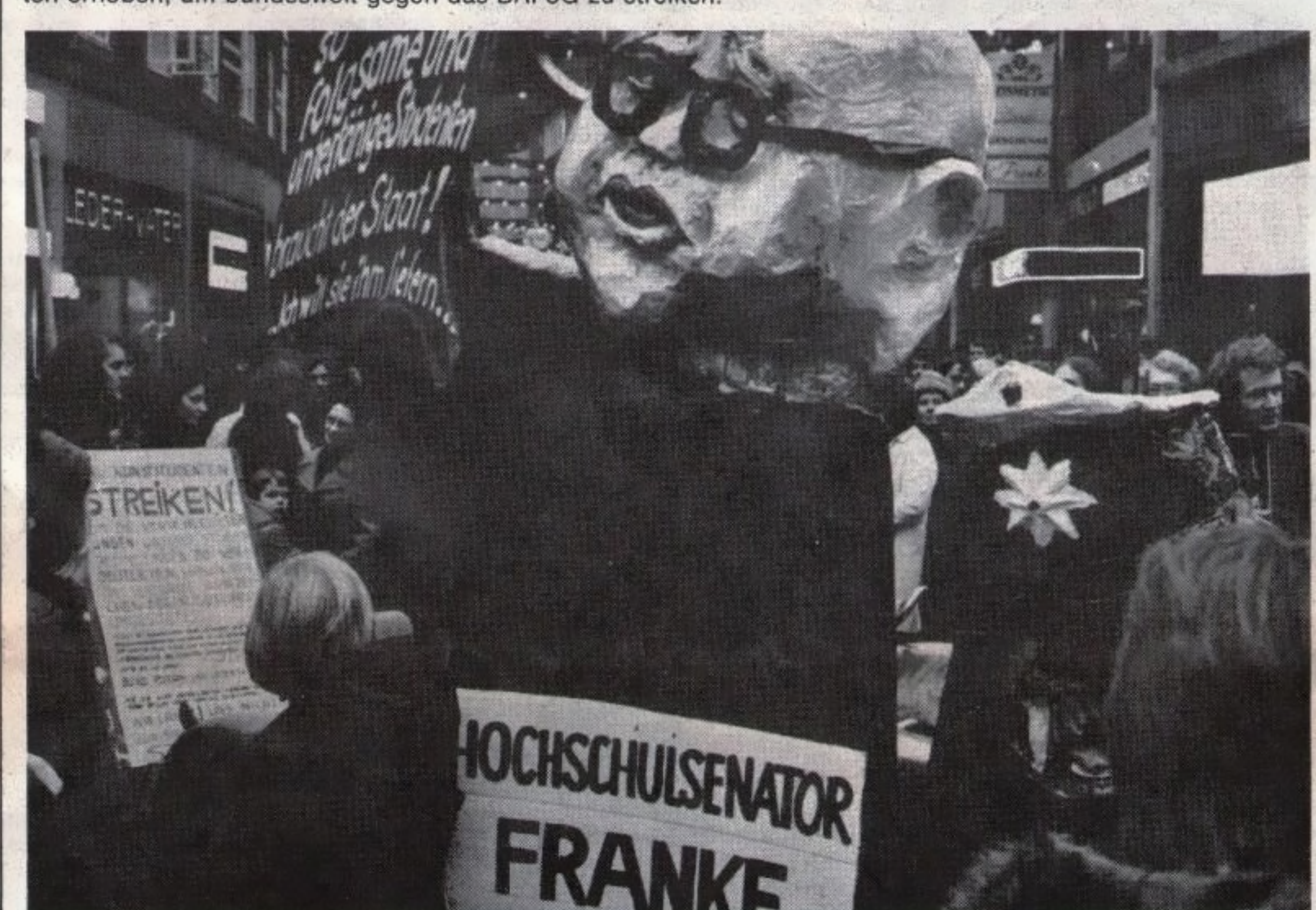
Bourgeois-Drohungen:

„Studenten sind ... keine Arbeitnehmer; was sie unternehmen, ist nicht Streik, sondern Boykott von Lehrveranstaltungen. Wenn Hochschullehrer Lehrveranstaltungen ‚zur Unterstützung des Streiks‘ ausfallen lassen, treten sie als Beamte in ‚Streik‘, sogar in einen politischen. Sie müssen daher disziplinarisch bestraft werden, auch wenn der Protest an den Fachhochschulen noch am ehesten verständlich ist. Vom Sommersemester 1977 an sollen nur noch zwei bis drei Prozent der Studienplätze in Numerus-Clausus-Fächern der Universitäten an Fachhochschulabsolventen vergeben werden. Auf die verhältnismäßig schlechte finanzielle Lage vieler Studenten aufmerksam zu machen, ist das zweite Ziel der Aktion: dies Thema scheint zu einem politisch entzündbaren Dauerbrenner zu werden.“ (Frankfurter Allgemeine, 2.12.)



3500 Fachhochschüler aus Hessen demonstrierten am vergangenen Mittwoch in Wiesbaden gegen das reaktionäre Ausbildungsförderungsgesetz, gegen die politische Unterdrückung und Entrechtung an den Hochschulen, vor allem durch die Verschärfung der Prüfungsbedingungen und den neuen Kultusministererlaß. Insgesamt demonstrierten in Westdeutschland während der VDS-Aktionstage nach bisherigen Angaben des VDS 75000 Studenten. In Nordrhein-Westfalen 13000, in Hamburg 10000 auf einer zentralen Demonstration, in Westberlin über 20000 Studenten, in Baden-Württemberg 18000.

In zahlreichen Hochschulen wurde auf Vollversammlungen beschlossen, weitere Streikmaßnahmen durchzuführen. Verschiedene Streikaktionen sollen in dieser Woche fortgesetzt werden. In mehreren Vollversammlungen wurde die Forderung nach einer außerordentlichen VDS-Mitgliederversammlung zur Festlegung von Kampfschritten erhoben, um bundesweit gegen das BAFöG zu streiken.



Seit Montag dieser Woche befinden sich die Studenten der Bremer Universität, der Hochschule für Technik, der

Seit Montag dieser Woche befinden sich die Studenten der Bremer Universität, der Hochschule für Technik, der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie, der Hochschule für Wirtschaft und der Hochschule für Gestaltung im unbefristeten Streik. An der Hochschule für Technik wurde von 700 Studenten am Montag in der Vollversammlung die Wiederholung der Urabstimmung für unbefristeten Streik beschlossen. Die Fachhochschulen hatten bereits in der letzten Woche, die Universitätsstudenten ebenfalls einen Tag gestreikt. Der Streik richtet sich gegen den Entwurf des neuen Bremer Hochschulgesetzes, gegen Ordnungsrecht und für mehr Ausbildungsentgelt. Nachdem Senator Franke die Forderungen der Studenten nicht erfüllt hat, sind die Studenten in den unbefristeten Streik getreten. Franke hat mit der Anwendung des Anti-Streik-Paragrafen 20 (2) des BAFöG gedroht. Ein längerer Streik würde leider bundesrechtliche Implikationen mit sich bringen, da die Regelungen des BAFöG für die Bremer Behörden nicht zur Disposition stünden. Daraufhin fand nach Beschlüssen in mehreren Fachbereichen am Dienstag eine Kundgebung im Sozialwerk statt, an der sich 250 Studenten beteiligten.

VDS-Fachtagung Medizin:

Streikvorbereitung beschlossen

Am 4./5.12.76 fand in Hannover eine VDS-Fachtagung Medizin statt. Sie war einberufen worden zur Festlegung der nächsten Schritte im Kampf gegen die reaktionäre Reform der praktischen Ausbildung der Medizinstudenten. Am 1.10.76 hat das Praktische Jahr, der jetzige letzte Abschnitt im Medizinstudium, für die ersten Studenten begonnen. Nach den Vorstellungen des bürgerlichen Staates sollen sie ohne jede Bezahlung als billige Arbeitskraft ausgenutzt werden. In der Universität Frankfurt z.B. sind gleich die Medizinalassistentenstellen sämtlich ersatzlos gestrichen worden. So müssen in Freiburg bzw. Hamburg regelmäßig Nacht- und Wochenenddienste auf Empfehlung des westdeutschen medizinischen Fakultätentages von den Absolventen des Praktischen Jahres geleistet werden. 50 bis 60 Wochenstunden sind dabei keine Seltenheit, wenn das vorgegebene Pensum erledigt werden soll. Gegen alle diese Zustände können sich die Absolventen des Praktischen Jahres auf Grund ihrer rechtlosen Lage nicht zur Wehr setzen. Gleichzeitig gibt diese Lage dem Dienstherren Raum für allerhand Spaltungsmanöver gegen die Lohnabhängigen am Krankenhaus.

Schon im Juli dieses Jahres hat deshalb die VDS-Fachkonferenz beschlossen, hinzuarbeiten auf eine Urabstimmung über einen Streik im Sommer 1977 zur Durchsetzung der Forderungen nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag, nach gewerkschaftlichen und politischen Rechten. Die Erfahrungen, die seit Beginn des Praktischen Jahres am 1.10. gemacht worden sind, haben die Medizinstudenten nur darin bestärkt, daß die Forderungen durchgesetzt werden müssen. Nachdem im Frühjahr bereits ein Warnstreik stattgefunden hatte, wurde zur Vorbereitung der Konferenz schon auf vielen Vollversammlungen die Durchführung einer Urabstimmung über Streik zur Durchsetzung der Forderungen beschlossen: in Mainz, Hannover, Bonn, Heidelberg, Göttingen, Aachen und Frankfurt. Diese Beschlüsse zu einheitlichem und schlagkräftigem Vorgehen versuchten die Jusos und DKP-Studenten zu sabotieren. Sie traten mit einem fadenscheinigen Manöver auf, um einen bundesweiten einheitlichen Streik im Sommer zu verhindern. Ihr erster Versuch war: „unbefristeter Streik im Januar“. Das war eine Provokation, weil klar war, daß die nötigen Vorbereitungen an den meisten Fachbereichen für eine Streikaktion zur Durchsetzung der Forderungen noch nicht abgeschlossen sein konnten. Als dies zurückgewiesen wurde, schlugen sie einen einwöchigen Streik im Januar und für den Sommer die Androhung weiterer Aktionen als „Kompromiß“ vor. Das machte die Absichten der Opportunisten und Klassenversöhnler noch klarer. Sie rechneten darauf, daß die Medizinstudenten im Januar eine Woche streiken und ihre Kräfte aufreiben würden, anstatt sie für eine schlagkräftige Aktion zu sammeln, so daß sie als „Verhandlungspartner der Regierung“ und mit dem Versprechen, „Zugeständnisse zu erringen“, glänzend dastehen würden. Aber auch dieser Versuch, ein bundeseinheitliches Vorgehen zu spalten und die Medizinstudenten in die Niederlage zu führen, schlug fehl. Dagegen wurde beschlossen, daß „die einzelnen Fachschaften auf einen gemeinsamen Streik im Sommersemester 1977 hinarbeiten müssen“. Zur Vorbereitung wurde unter anderem beschlossen, vom 17. Januar 1977 bis 20. Januar 1977 einwöchige Streik- oder Aktionstage durchzuführen, womöglich landesweite Demonstrationen zu machen und die Zusammenarbeit mit den Klinikbelegschaften voranzubringen. Um den Sekretär der VDS-Fachkonferenz zu unterstützen und die Vorbereitung des Streiks und der Urabstimmung voranzutreiben und zu koordinieren, wurde ein Ausschuß eingerichtet, dem 5 Fachschaften angehören und dessen Zusammensetzung sich nach regionalen Schwerpunkten richtet. Am 22./23. Januar soll die nächste Fachtagung stattfinden, auf der der Termin der Urabstimmung endgültig festgelegt und die Durchführung des Streiks an den medizinischen Fakultäten und des Boykotts des Praktischen Jahrs im kommenden Semester sichergestellt werden soll. – (k., Kiel)

Düsseldorf. Weit über 10000 Studenten an mehr als 25 Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen haben in der letzten Woche gegen den Kultusminister-Erlaß, die Verschärfung der Prüfungsordnungen, gegen das Hochschulrahmengesetz und die Verschlechterung ihrer Lage gestreikt und Demonstrationen durchgeführt, u.a. in Köln, Düsseldorf, Bielefeld, Münster, Iserlohn und Aachen. Im Bundesgebiet streikten insgesamt nach VDS-Angaben knapp 100 Fachhochschulen. Streikbeschlüsse wurden in Urabstimmungen bzw. Vollversammlungen gefaßt. Der Kultusminister-Erlaß beinhaltet die Versperrung des Zugangs zu den Universitäten in den Numerus-Clausus-Fächern für Fachhochschulstudenten bis auf zwei bis drei Prozent.

Neben vielen anderen Aktionen fand in Düsseldorf eine Demonstration zum Wissenschaftsministerium mit 1000 bis 2000 Studenten statt. Die DKP-Studenten versuchten vergeblich, die Demonstration um den Landtag herumzuführen. Die Demonstration ging direkt vor den Landtag, wo die Forderungen der Studenten erhoben wurden und der Wissenschaftsminister Rau aufgefordert wurde, herauszukommen. Der VDS-Vertreter, der gerade mit Rau verhandelte, wurde aufgefordert, die Verhandlungen sofort abzubrechen und herauszukommen. Währenddessen versuchten die DKP-Studenten mit ihrem Lautsprecherwagen, die Demonstration vom Landtag wegzuführen. Als niemand hinterherkam und sie ihr Vorgehen schließlich aufgeben mußten, kam der VDS-Vertreter heraus und erklärte, daß die Verhandlungen abgebrochen würden, weil Rau sich nicht auf eine offene Diskussion einließe.

Auf der Abschlußkundgebung forderte der VDS-Referent A. Mölich dazu auf, „weitere Kampfmaßnahmen zu diskutieren“, worauf in Sprechparolen von vielen Studenten der unbefristete Streik als weiteres Kampfmittel gefordert wurde.

Westberlin. Die Vollversammlung der Fachhochschule hat am Montag dieser Woche mit etwa 3000 Teilnehmern die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Auf der Streikversammlung sprach trotz heftigen Widerstandes der revisionistischen Studenten und unter dem langen Gesicht des Universitätspräsidenten Lämmert ein Vertreter der ZANU und wurde von den Studenten mit Beifall begrüßt. Am kommenden Montag soll eine erneute Vollversammlung über die Weiterführung des Streiks entscheiden. Die Vollversammlung der Pädagogischen Hochschule am 2.12. mit etwa 1200 Teilnehmern beschloß mit klarer Mehrheit die Weiterführung des bisher dreitägigen Streiks, bis die Forderungen der Studenten nach Wiedereinstellung von entlassenen Dozenten an der PH und am Germanistischen Seminar der FU, nach Rücknahme der Strafanzeigen und Ermittlungsverfahren gegen sechs PH-Studenten, die während des Streiks im letzten Sommersemester festgenommen worden waren, und gegen die Nichteinstellung eines ehemaligen PH-Studenten in den Schuldienst erfüllt sind. Wöchentliche Vollversammlungen entscheiden jeweils über die Fortführung des Streiks. Der Senator Löffler hat in einem Brief an Bundeskanzler Schmidt die
Brief an Bundeskanzler Schmidt die
„Aussetzung der BAFöG-Überprüfung“ als „unzumutbar“ erklärt.

Heidelberg. 900 Studenten waren auf der bisher größten Vollversammlung an der PH. Ohne Gegenstimme wurde beschlossen: Urabstimmung für Streik gegen die Pläne der Landesregierung, die Hälfte der PH-Studenten nicht in den Schuldienst einzustellen und zwei Drittel der PH-Kapazitäten aufzulösen. In einer weiteren Resolution wurde beschlossen, daß der AStA der PH eine a.o. Mitgliederversammlung der VDS beantragen muß, auf der die Urabstimmung für einen bundesweiten Streik beschlossen wird gegen das völlig unzureichende BAFöG.

Darmstadt. Gegen den Angriff auf die materielle Lage der Studenten beschloß die Vollversammlung der **Technischen Hochschule Darmstadt** am 1.12. mit 1800 Studenten folgende Forderungen: „Keine Mensapreiserhöhung! Deckung der Defizite des Studentenwerks durch den Staat!“ Gegen die Mensapreiserhöhung wurde aktiver Boykott der Mensa beschlossen.

Weiter trat die Vollversammlung ein für die sofortige Einberufung einer VDS-Mitgliederversammlung und für bundesweiten Vorlesungsboykott, für die Rücknahme des Hochschulrahmengesetzes und gegen die Verelendung der Studentenmassen durch das BAFöG.

Göttingen. Nachdem bei Abstimmungen in allen Seminaren des Althistorischen Seminars ca. 66 % der Studenten sich für Streik gegen die Einführung einer neuen Zwischenprüfungsordnung, für freien Zugang zu allen Lehrveranstaltungen und gegen das Ordnungsrecht ausgesprochen hatten, finden seit Donnerstag, dem 2.12, keine Lehrveranstaltungen mehr statt. Vorausgegangen waren heftige Auseinandersetzungen, bei denen Professoren und Dozenten zweimal nur durch massive Polizeieinsätze die Durchführung ihrer Zwischenprüfungen durchsetzen konnten. Ein Hauptseminar, zu dem nur Studenten mit privater Einladung zugelassen waren, konnte trotz Einsatz von 50 Polizisten gesprengt werden. Daraufhin verfügt Kultusminister Remmers die Absetzung aller Hauptseminare für das ganze Semester. Der Streik soll auf den ganzen Fachbereich Geschichte ausgedehnt werden.

Der Vertrauensmann bleibt

Schwanewede b.Bremen, Lützow-Kaserne. Gegen den Vertrauensmann Witzmann hatte der Kommandeur des Panzerartilleriebataillons 325 7 Tage Arrest und die Absetzung als Vertrauensmann beantragt, weil er in Bremen-Vegesack Flugblätter mit der Forderung nach Lohnfortzahlung für die wehrpflichtigen Soldaten verteilt hatte.

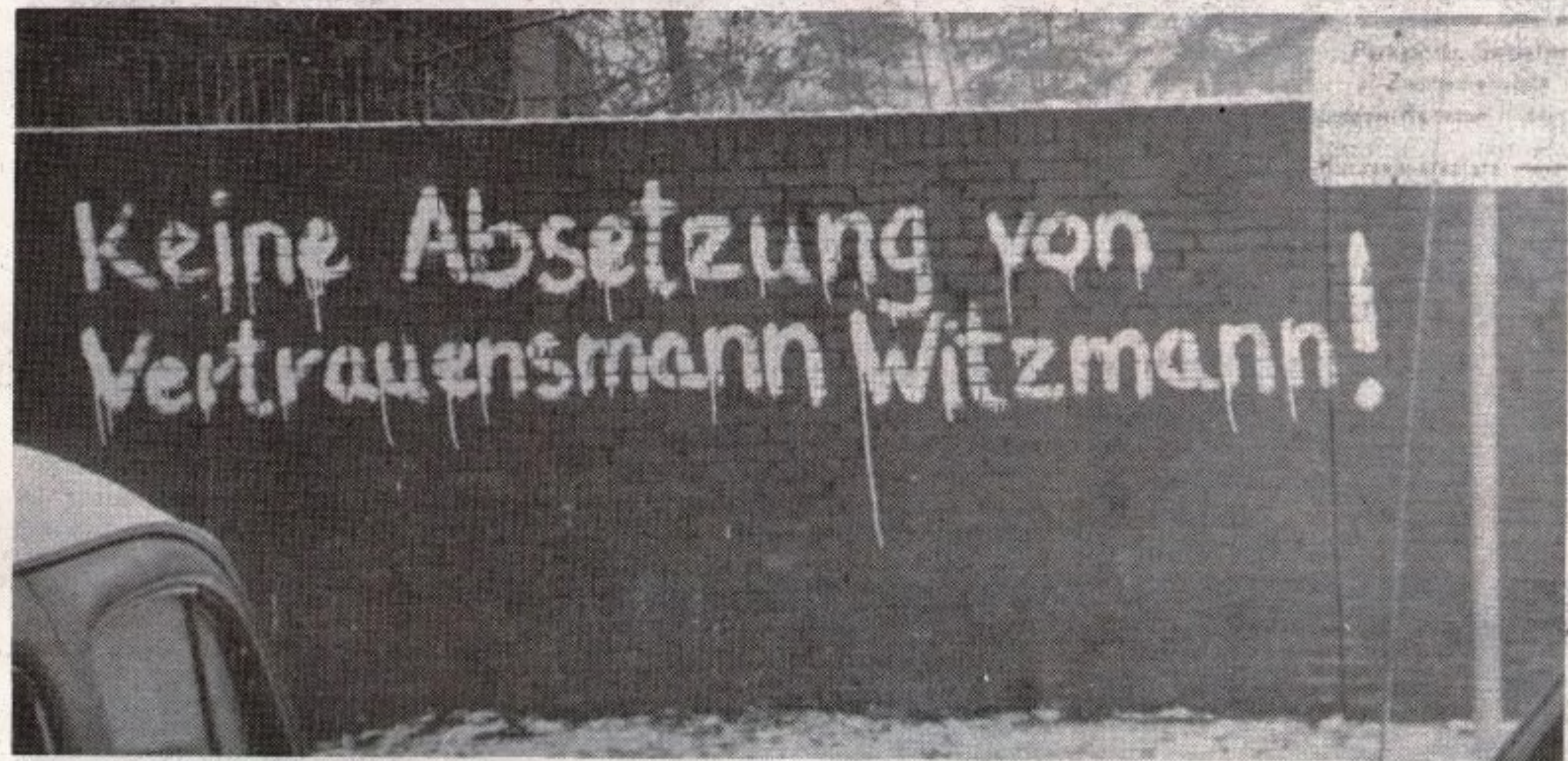
Auf den Absetzungsantrag antworteten die Soldaten der 3./325 mit einem Beschluß, den sie nach Debatte im Unterricht faßten. Darin heißt es u.a. „Keine Absetzung des Vertrauensmannes Witzmann! Wir fordern, daß der Kanonier Witzmann unser Vertrauensmann bleibt, weil er sich in und außerhalb der Kaserne für die Interessen der wehrpflichtigen Soldaten einsetzt!"

Dadurch aufgeschreckt, drohte der Batteriechef, daß bei jedem weiteren Schritt die Staatsanwaltschaft eingeschaltet werde. Inzwischen mußten aber die Offiziere weiter zurückgehen. Statt 7 Tage sind drei Tage Arrest gegen Witzmann verhängt worden und noch nicht vollstreckt. Der Antrag auf Absetzung als Vertrauensmann wurde zurückgestellt, d.h., daß Witzmann bis zu seiner Entlassung voraussichtlich Vertrauensmann bleibt.

Im Unterricht mußte Hauptmann Schanz das Flugblatt vorlesen lassen, in der anschließenden Debatte wollten die Soldaten wissen, warum es verboten sein soll, Dinge wie im Flugblatt zu verbreiten. Hauptmann Schanz blieben als einzige Zuflucht die Gesetze und Vorschriften. Die eben verlangten es, daß der Vertrauensmann kein 'Anwalt der Mannschaften' sei, der die Interessen der Soldaten dem Chef gegenüber vertrete und dabei womöglich auch noch eine politische Gesinnung habe, sondern daß er mit dem Disziplinarvorgestzten zusammenarbeiten und ihm Informationen geben müsse, die er sich selber nicht verschaffen kann.

Am vergangenen Freitagmorgen, die Batterie war gerade angetreten, platzte der Spieß ziemlich aufgeregt ins Gebäude. „Erstes Glied einen, zweites Glied zwei Schrifte vortreten", verhaspelt er sich. Dann wurden bei allen Soldaten die Hände kontrolliert. Man suchte nach Farbresten. An der Kasernenmauer stand in großen Buchstaben: Keine Absetzung von Vertrauensmann Witzmann! Als der Spieß merkte, daß einige lachten, tobte er los, die ganze Batterie werde am Wochenende Wachverstärkung schieben, damit solche Schmierereien nicht noch einmal passierten, und wenn der Oberst erst davon erfahre, was dann noch käme, könnten wir uns ja selbst ausrichten. Über die Drohung, daß keiner am Wochenende nach Hause kommen sollte, gab es überall Debatten. „Wenn die uns hierbehalten wollen, hauen wir geschlossen ab!" war die einhellige Meinung.

Am Freitagmittag hatten wir eine Mannschaftsversammlung. Dabei wurde gegen die angedrohte Wachverstärkung am Wochenende protestiert. Die Antwort des Batteriechefs war:"Da muß sich der Spieß wohl geirrt haben. Die Wachverstärkung findet nicht statt."(SRK Bremen)



Die Lützow-Kaserne in Bremen

Lauda-Königshofen. In der letzten KVZ wurde berichtet über die Angriffe der Offiziere der Fahrbereitschaft in der Tauberfranken-Kaserne in Lauda auf den Dienstausgleich der Militärkraftfahrer.

Inzwischen haben die Fahrer eine zweite Versammlung abgehalten, auf der sie ihre Einheit herstellen konnten. Einstimmig wurden zwei Soldaten der Fahrbereitschaft und der Vertrauensmann beauftragt, dem Leiter der Fahrbereitschaft die Forderung vorzutragen, daß künftig nicht erst freitags um 12 Uhr, sondern donnerstags nach Dienst das Dienstfrei für KvD, AvD und Alarmbereitschaft beginnt. Dann hätten die Betreffenden zwei volle Tage, die sie nutzen könnten, um ein Wochenende zu Hause zu verlängern.

Oberfeldwebel Standfuß, der Leiter der Fahrbereitschaft, reagierte sichtbar nervös auf diese Forderung, als sie in Anwesenheit etlicher Fahrer vorgetragen wurde. Er müsse erst mit dem Chef sprechen, schließlich entscheide der das, lavierte er.

Die Soldaten haben sich vorgenommen, nicht lange auf eine Antwort auf ihre Forderung zu warten. Sollte sie nicht erfüllt werden, werden sie Maßnahmen ergreifen, um der Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen. Es gibt Vorschriften für Militärkraftfahrer, die sind sehr zeitraubend – weshalb niemand scharf darauf ist, daß sie eingehalten werden; nur so können mit relativ wenig Fahrern relativ viele Fahrten bewältigt werden. Was denn, wenn diese Vorschriften nun doch eingehalten werden und sich herausstellt, daß die Fahrten dann nicht mehr zur Zufriedenheit der Vorgesetzten erledigt werden können? Für die Alarmbereitschaft, für die ursprünglich keine einzige Stunde Dienstausgleich vorgesehen war, mußten die Offiziere inzwischen einen Tag und drei Stunden gewähren. – (h., II./FmRgt 32, Lauda-Königshofen)

Hamburg. In der 3./72 hat die Kompanieführung eine neue Maßnahme getroffen, um die Soldaten noch mehr zu schi-
nieführung eine neue Maßnahme getroffen, um die Soldaten noch mehr zu schi-
kanieren und zu disziplinieren: Neuerdings müssen die Stuben von einem Soldaten persönlich um 22 Uhr abgemeldet werden! So wird dem jeweiligen Stubendienst der Nachtausgang gestrichen und der „Zapfenstreich" streng eingehalten. Diese Maßnahme trifft die Soldaten besonders schwer, da sie nun nicht an jedem Abend weggehen bzw. nach Hause fahren können, wie sie wollen, um dem Kasernenleben zu entgehen. Sie rief große Empörung hervor. Jetzt haben die Soldaten die Nase voll.

Eine Erklärung wurde verfaßt, die als Brief an den Bataillonskommandeur geschickt werden soll. In ihr werden die Maßnahmen der Kompanieführung dargestellt. Darin heißt es: „Wir sind nicht freiwillig hier. Wir müssen – teilweise weit weg von der gewohnten Umgebung – in Kasernen leben, wo uns jegliche Freiheiten genommen werden. Der gesamte Tagesablauf, unser Handeln und Verhalten wird uns bis ins kleinste Detail vorgeschrieben. Wir treten dafür ein, daß die oben genannten Maßnahmen rückgängig gemacht werden." Diese Erklärung wurde von 48 Soldaten unterschrieben, das ist ein großer Teil der Stammsoldaten.

Friedrichshafen/Bodensee. Eine Zivilstreife der Feldjäger wurde am 1.12. von über 25 Bewohnern eines Wohnblocks in der Eintrachtstraße in Friedrichshafen angegriffen und verprügelt. Die Feldjäger durchsuchten die Wohnung eines desertierten Bundeswehrsoldaten. Ein Kind, das durch die Pistole eines der Feldjäger erschreckt wurde, rief die Bewohner des Wohnblocks und der Nachbarschaft zusammen. Sofort kamen über 25 Männer, größtenteils Arbeiter, zusammen und verprügelten die Militärpolizisten. Daß diese sich als Feldjäger auswiesen, hat ihnen nichts genutzt. Sie wurden „mit Todschlag bedroht", wie die bürgerliche Presse schildert. Einer der Feldjäger ging zu Boden. Die Polizeischergen der Armeeführung konnten sich schließlich nur retten, indem sie sich regelrecht den Fluchtweg freischossen. Ein junger Arbeiter wurde dabei erheblich verletzt. In wilder Flucht verließen die Feldjäger das Haus und rasten wie Bankräuber mit ihrem Wagen davon.

In mehreren Kasernen wurden **Solidaritätserklärungen von Soldaten mit dem Kampf der Volksmassen gegen den Bau des Kernkraftwerkes in Brokdorf** gefaßt. Elf Soldaten der Herrenwaldkaserne in Stadt Allendorf erklärten: „Wenn der Staat mit Polizei und Bundesgrenzschutz den Bauplatz besetzt, um den Baubeginn zu erzwingen, dann halten wir es für richtig, wenn ihr mit allen euch zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen vorgeht." „Wir stehen voll auf eurer Seite und werden uns niemals gegen solche Aktionen des Volkes einsetzen lassen."

Sieben Soldaten der Kaserne „Auf der Freiheit" in Schleswig unterstützen den Kampf „und somit auch die Bauplatzbesetzung gegen das KKW in Brokdorf. Angesichts der Gewalt, die der Staat einsetzt, halten wir es für legitim, wenn auch ihr gewaltsame Mittel einsetzt."

Vier Soldaten der Grenzlandkaserne in Flensburg (Schleswig-Holstein) schreiben in einer Solidaritätsadresse: „Als Soldaten der Bundeswehr sind wir verpflichtet, bei ‚innerem Notstand' die Freiheit und das Recht des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen'. Welches Recht und welche Freiheit wir da verteidigen sollen, sehen wir an Brokdorf. (...) Das werden wir niemals tun und erklären unsere Solidarität mit dem Kampf gegen das Atomkraftwerk in Brokdorf."

Sanitäter für Dienstausgleich

14,5 Stunden Dienst im Schnitt

Speyer/Kurpfalzkaserne. Die Kasernierung der Soldaten ist ein wichtiges Mittel, um die in die Bundeswehr gepreßten Arbeiter und Angestellten abzusondern vom Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes gegen die Kapitalisten und den bürgerlichen Staat. Der bürgerliche Staat betreibt dies, um die Soldaten zur Eroberung fremder Nationen und deren Reichtümer, zur Unterwerfung dieser Völker und des eigenen Volkes vorzubereiten.

Die Soldaten werden in der Kurpfalzkaserne normalerweise an fünf Wochentagen elfeinhalb Stunden in der Kaserne gehalten, die verbleibenden Stunden und Tage werden auf vielfältige Weise in kasernenpflichtige Stunden verwandelt:

Soldaten werden zum UvD, GvD eingeteilt, sie sollen die Disziplin der Soldaten überwachen, mit den Wachdiensten verhält es sich nicht anders, jede Menge Bereitschaftsdienste gibt es. Wir haben ausgerechnet, daß die Sanitäter in der 1. Kompanie / Pionierbataillon 12 so auf 14,5 Stunden Dienst im Schnitt kommen, zieht man die Zeit ab, in der man normalerweise bei den Zusatzdiensten schlafen kann, sind das immer noch über 13 Stunden. Diese Zahlen sind eher noch zu niedrig gegriffen.

Über die verbleibenden Stunden kann der Soldat nicht frei verfügen. Der Wehrsold wirkt in Richtung Kasernierung. Die Masse der Soldaten kann im günstigsten Fall einmal unter der Woche nach Hause fahren, die übrige Zeit sind sie zwangsweise kaserniert. Die Staatsgewalt beendet den Tag zwangsweise um 22 Uhr, indem der Offizier vom Wachdienst die Kantine schließt und damit versucht, den Soldaten selbst die Möglichkeit eines gemeinsamen Treffpunktes zu nehmen.

Bereits während der Übung „Hohle Gasse" hatten die Mannschaftssoldaten der Sanitätsgruppe (Sanitäter) in der 1. Kompanie des Pionierbataillons 12 eine Verschiebung des Dienstausgleichs für die Übung sowie eine zusätzliche Nachtausbildung verhindert.

Vor zwei Wochen sollten sie die „Aktuelle Truppeninformation" gestalten. So nennt der bürgerliche Staat die 30 Minuten am Freitag, wo die Soldaten unter Aufsicht politisch diskutieren dürfen. Dazu müssen schriftliche Ausarbeitungen gemacht und dem Kompaniechef zur Zensur vorgelegt werden. Als Thema wurde der Dienstausgleich genommen. Das Recht auf Dienstausgleich wurde entwickelt, um mit der ganzen Kompanie darüber zu diskutieren.

Diese „Aktuelle" wurde vom Kompaniechef verboten und von dem Teileinheitsführer der Sanitätsgruppe, Stabsunteroffizier Heinrich, angegriffen. Der Stuffz: „Das ist keine Information, das ist ja eine Beschwerde. Damit stiften Sie nur Unruhe unter den Soldaten." Der Hauptmann: „Das ist keine Information, da wird ja ein Recht verlangt."

„Wir brauchen das Recht auf einen Dienstausgleich, wir brauchen eine Mannschaftsversammlung", war die einhellige Meinung der Sanitäter. Diese Auffassung wurde bestärkt durch einen Unfall, bei dem ein Soldat, vollkommen übermüdet durch den normalen Dienst und den Zusatzdienst, am nächsten Morgen an die Leitplanke fuhr.

Der Vertrauensmann wurde geholt, eine Mannschaftsversammlung soll durchgeführt werden. Der Zusammenhalt der Sanitäter ist groß. Mit verschiedenen Methoden versuchen die imperialistischen Offiziere, ihn zu zersetzen. Einem Sanitäter hat der Kompaniechef für zwei Wochen den Nachtausgang verwehrt wegen „ungenügendem Schuhputz". Das sollte die Sanitäter mutlos machen, hat aber in Wirklichkeit die Wut über dieses Pack geschürt. Die Soldaten haben durchgesetzt, daß die Strafe auf eine Woche verringert wurde.

Die Sanitäter sind wütend bis aufs äußerste. „Die halten uns wie Vieh", sagte ein Soldat. Die Sanitäter lassen es nicht bei der Wut. Sie organisieren den Zusammenschluß der Soldaten der ganzen Kompanie um die Forderung nach Dienstausgleich. – (w., Kurpfalzkaserne Speyer)

Übung „Harte Walnuß"

Einsatz taktischer Atomwaffen

Der westdeutsche Imperialismus steht gegenwärtig in vorderster Front der Bestrebungen, im Zug der Vorbereitung des imperialistischen Krieges die Aufrüstung der NATO zu beschleunigen, um dem Hauptkonkurrenten, der sozialimperialistischen UdSSR, in Europa Paroli bieten zu können. Dabei wird auch der Einsatz kleinerer Atomsprengsätze erwogen; auch im eigenen Land bei einem Angriff überlegener Verbände des Sozialimperialismus.

Dies hat der künftige Staatssekretär für Rüstungsfragen im Bundesverteidigungsministerium, General Schnell, offen zum Ausdruck gebracht, indem er sich einsetzt „für eine vereinfachte und schnellere Freigabe des Einsatzes kleinerer Atomwaffen", und zwar im eigenen Land, wie die „Frankfurter Rundschau" daraus gefolgert hat. Schnell spricht sich dafür aus, „die kleinsten Nuklearwaffen, die sogenannten Atomwaffen, fast wie konventionelle Waffen zu behandeln" (aus den Nachrichten des Hessischen Rundfunks vom 14.11.76). Das Bundesministerium der Verteidigung versucht das offiziell herunterzuspielen und behauptet, daß „diese Überlegungen weder Gegenstand eines atomaren Planspiels noch Teil von Studien" seien (ebenda). Das ist glatt gelogen, denn der folgende Manöverbericht ist ein schlagender Beweis gegen diese Behauptung des Bundesministeriums der Verteidigung.

Vom 5. bis 12. November lief im Großraum München das Manöver „Harte Walnuß" ab. Die Leitung hatte der Befehlshaber des II. Korps, Generalleutnant von Ilsemann. Beteiligt waren rund 10 000 Soldaten, darunter die 10. Panzerdivision, die 1. Luftlandedivision, Einheiten der Gebirgsartillerie aus Bad Reichenhall, das Heimatschutzkommando 18, das Fernmeldebataillon 9 (stationiert in Bruchsal) und zwei französische Aufklärungsbataillone.

Es war in etwa folgende allgemeine Lage gegeben: Feind (Rot) dringt über Grünland nach Blauland ein, das heißt Rot hat im Angriff über Österreich in breitester Formation den südöstlichen Teil der BRD besetzt und setzt seinen Angriff auf ganz Süddeutschland fort. Dies gilt es zu verhindern, wobei die Schwierigkeit besteht, daß über die taktischen Pläne von Rot nichts Genaues gesagt werden kann.

Ein besonderer Teil der Übung bestand nun darin, wie in dieser Lage der Feind mit offensichtlich weit unterlegenen eigenen Kräften hingehalten und sein Angriff verzögert werden konnte. Blau mußte demnach auf jede Bewegung von Rot schnell reagieren, Stellungswechsel vornehmen, um den Feind hinzuhalten, ohne größere Verluste bei den eigenen Truppen zu erleiden. Die Manöverleitung ging dabei mit den unteren Einheitsführern (Bataillons- und Kompaniechefs) nicht zimperlich um, sie verteilte Noten über deren taktische Führung. So hieß es mehrmals „Ihr Verband ist am Arsch, ganz ausgefallen bzw. überrollt", oder „nur noch 30 Prozent Ihrer Leute einsatzfähig" oder, was seltener war, „gute taktische Leistung, Verband noch voll einsatzfähig".

Im weiteren Verlauf wurde München kampflos geräumt und die Lage ausgegeben, daß Rot München umgeht. Hinter München kam es wohl jetzt darauf an, den Feind zu stellen und ihn zu vernichten. Wahrscheinlich ist, daß die Manöverleitung von vornherein davon ausging, daß die eigentlichen Kräfte mitsamt Verstärkung dazu nicht ausreichen, also wurde zwischen Starnberger und Ammersee von Blau ein taktischer Atomsprengkörper gezündet. Nach Angaben der Manöverleitung reichte dieser zur Vernichtung der Rotlandtruppen aus; ein zweiter bereitstehender Atomsprengkörper brauchte nicht mehr eingesetzt zu werden.

Daß der Einsatz von atomaren Waffen von der Bundeswehrführung nicht das erste Mal geübt wurde, belegt folgende Nachricht:

„Bei der Übung ‚Bunter Specht' Ende November 1975 wurde, knapp 100 km von der DDR-Grenze entfernt in Nienburg/Niedersachsen, der Ersteinsatz von Atomsprengkörpern einbezogen. In der Lagebeschreibung hieß es: ‚Rote Landstreitkräfte haben von Osten bis zur Weser angegriffen und verteidigen ostwärts der Weser. Blaue Landstreitkräfte werden am 20. zum Gegenangriff antreten, um Feind nach Osten zurückzuwerfen. Rote Kräfte haben C-Waffen eingesetzt, eigene Kräfte haben 2 Atomsprengkörper eingesetzt." (anti-militarismus-information 1/76)

Für die Bourgeoisie in Westdeutschland geht es darum, den imperialistischen Konkurrenten aus dem Weg zu räumen und dann im Gegenangriff tief ins Feindesland vorzudringen, um Rohstoffe, Industrieanlagen und die dort lebenden Menschen als Arbeitskräfte in Besitz zu nehmen.

Das war dann auch der letzte Teil des Manövers. Nach erfolgreicher Vernichtung des Feindes und Teilen der eigenen Bevölkerung durch Einsatz eines taktischen Atomsprengkörpers wurde zum Gegenangriff geblasen: in Richtung Jugoslawien, CSSR und Polen!

Der imperialistische Charakter dieses Manövers wurde gegenüber der Masse der Soldaten, die daran beteiligt waren, geheimgehalten. Für sie hieß es lediglich, der Feind aus dem Osten dringt nach Süddeutschland ein, muß München umgehen, das bedeutet für unsere Einheit vom Fernmeldebataillon 9: in Bereitschaft liegen und abwarten, da es auf die jeweilige Lage ankommt, welche Aufgaben wir haben, entweder die 1. Luftlandedivision oder das Heimatschutzkommando 18 zu unterstützen.

Am meisten hat uns zugesetzt, daß wir anderthalb Tage lang kein Essen bekommen hatten, ein Zeichen dafür, daß die Bedürfnisse der Masse der Soldaten für die Herren Generäle und Stabsoffiziere nichts zählen. Wut und Hunger im Bauch waren groß, und für uns alle war klar, daß wir eine solche Sauerei nicht hinnehmen können. Die Kompanieführung sah sich nach Manöverende daraufhin gezwungen, uns das Essengeld auszuzahlen. – (Soldat xy/FmBtl 9, Bruchsal)

Polen. Arbeiter aus Radom verlangen Revision der Gerichtsurteile und Bestrafung von Polizisten und Justizbeamten. 65 Arbeiter aus Radom haben in einem gemeinsamen Brief die Aufhebung der gegen sie nach dem Volksaufstand vom Juni verhängten Gerichtsurteile verlangt. Sie verlangen gleichzeitig die Bestrafung von Polizisten und Justizbeamten, die sie während ihrer Gefangenschaft mißhandelt und teilweise gefoltert haben. Entsprechende Forderungen haben auch die Frauen von 17 verurteilten Arbeitern aus Radom in Einzelbriefen an die Regierung und das ZK der revisionistischen PVAP gestellt. Die Feststellungen in diesen Briefen widerlegen die Behauptungen des polnischen Generalstaatsanwalts, der kürzlich erklärt hatte, es seien nur einige wenige Arbeiter wegen „Diebstahl, Plünderei und ähnlichen Delikten" verurteilt worden, und die Verfahren seien mit „großer Sachlichkeit" geführt worden. (Nach: Frankfurter Rundschau, 6. Dezember)

Polen. Riesige Lebensmittelimporte notwendig – neue Preiserhöhungen angekündigt. Gierek hat mitgeteilt, daß allein die Einfuhr von Fleisch und Getreide im Jahr 1976/77 mit 3,6 Milliarden Mark bezahlt werden muß. Nach einer Schätzung der „Süddeutschen Zeitung" ist Polen im Westen allein mit 14 bis 19 Milliarden Mark verschuldet. Gierek kündigte für die nähere Zukunft neue stufenweise Preiserhöhungen an, ohne einen genauen Zeitpunkt zu nennen. Er warnte indirekt die Arbeiter und Volksmassen vor neuen Kampfaktionen, indem er die Aufstände dieses Sommers in Radom und Ursus als das Werk „antipolnischer Elemente" bezeichnete, deren Tätigkeit nicht geduldet würde. (Süddeutsche Zeitung, 3. Dezember)

Polen. Beschleunigte Ruinierung der kleinen Bauern geplant. Gierek hat angekündigt, daß mehr Investitionen in die Landwirtschaft gelenkt werden sollen. Damit soll die kapitalistische Entwicklung in der Landwirtschaft vorangetrieben werden. Die „Neue Zürcher Zeitung" gibt folgende Schilderung der Lage: „In diesem Sektor findet mit einer zeitlichen Verzögerung von 15 bis 20 Jahren gegenüber Westeuropa ein gewaltiger Umstrukturierungsprozeß von den kleinen Familienbetrieben zu den voll mechanisierten Mittel- und Großbetrieben statt. (. . .) Der private Agrarsektor zählt 3,1 Millionen Einzelbetriebe, deren Durchschnittsfläche nur etwa 6 Hektar beträgt. Von der Gesamtzahl der Betriebe entfällt je etwa ein Drittel auf Nebenerwerbsbetriebe, auf Betriebe ohne ökonomische Zukunft und auf sogenannte ‚Entwicklungsbetriebe', denen längerfristig ökonomische Überlebenschancen zugesprochen werden. Die hohe Zahl der Nebenerwerbsbetriebe (. . .) ist zurückzuführen auf die rasche Industrialisierung der letzten Jahre, die zu einer gewaltigen demographischen Umschichtung von der Bauernschaft in die Arbeiterschaft geführt hat. In einzelnen Regionen sollen bis zu 80 Prozent der Arbeiter nebenbei noch einen landwirtschaftlichen Betrieb führen." (Neue Zürcher Zeitung, 3. Dezember)

ren." (Neue Zürcher Zeitung, 3. Dezember)

„Wissenschaft der Führung" à la Breschnew. In der „Prawda" wurde in großer Aufmachung ein neues Buch mit zum Teil bisher nur intern veröffentlichten Reden und Beiträgen Breschnews angekündigt, das sich mit „Führungsproblemen in der Wirtschaft" befaßt. Erste Zitate wurden in einem offiziösen Aufsatz in der „Prawda" veröffentlicht. Um die Fäulniserscheinungen im staatsmonopolistischen System der UdSSR zu leugnen, schwafelt das Oberhaupt des modernen Revisionismus von einem „unablässigen Kampf gegen Mängel, die immer noch in den ökonomischen Aktivitäten der UdSSR vorhanden sind". Gegen wen dieser Kampf sich richten soll, wird im folgenden klar. Der „Kampf gegen Mängel" müsse sich, so Breschnew, vor allem auf „Verringerung der Zeitverluste und Unregelmäßigkeiten in der Arbeit, Verringerung der Mobilität der Arbeitskräfte, Erhöhung der Arbeitsdisziplin" richten. Solche Erscheinungen seien „nicht tolerierbar". Sie müßten mit „harten und automatischen Sanktionen" geahndet werden. (Nach: Le Monde, 1. Dezember)

Frankreich. Streiks und Besetzungsaktionen der Druckarbeiter und Angestellten in den großen Zeitungsverlagen. – Am 2. Dezember haben Drucker und Journalisten aller Tageszeitungen aus Protest gegen die Massenentlassungen und den organisierten Streikbruch beim „Parisien libéré" 24 Stunden lang gestreikt, so daß keine einzige Tageszeitung an den Kiosken war – außer dem „Parisien libéré". Seit Monaten halten Drucker, Setzer, Journalisten und Verlagsangestellte die Räume dieser Zeitung besetzt im Kampf gegen die Entlassungen. Der Verleger läßt Notausgaben der Zeitung seit Monaten durch Streikbrecher außerhalb von Paris herstellen. Die Arbeiter und Angestellten versuchen immer erneut, die Auslieferung zu verhindern, oft erfolgreich. Der Kampf der Belegschaft konnte bisher nicht gebrochen werden. – Jetzt verfügte ein Gericht, die Räume der Zeitung müßten geräumt werden, die beiden Streikführer wurden mit Zwangsgeldern von 5 000 Francs pro Tag bedroht. Dagegen richtete sich der von den Gewerkschaften ausgerufene Streik am Donnerstag. – Am Montag wurde die Redaktion des „Parisien libéré" von starken Polizeikräften geräumt. Demonstrationen und Streiks der Druckarbeiter und Verlagsangestellten werden vorbereitet.

Italien:

Die Arbeiter lassen sich nicht unterwerfen

Am 23. November streikten die 2,5 Millionen Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten Italiens für den neuen Tarifvertrag. Für den Rest des Jahres hat die Regierung durchschnittlich gerade 20 DM mehr angeboten, für 1977 überhaupt nichts. Die Arbeiter der Industrie, die den Kampf im öffentlichen Dienst mit einer Stunde Solidaritätsstreik unterstützten, gingen am 30. November in den Generalstreik gegen das Regierungsprogramm.

Die Regierung hat den Gewerkschaftsführungen eine Frist von einem Monat gesetzt, um sich mit dem Kapitalistenverband über Maßnahmen zur „Senkung der Arbeitskosten" zu einigen. Die Bourgeoisie verlangt vollständige Kapitulation der Gewerkschaften: Kürzung und späteres Inkrafttreten der Teuerungszulagen nach der „gleitenden Lohnskala", Ausdehnung von Überstunden und Schichtarbeit, keine betrieblichen Zusatzverträge.

Die Arbeiter sind gegen die Unterwerfung unter den Feind. Die Vertrauensleuteversammlung der Metallarbeitergewerkschaft im Mailänder Industriebezirk Sempione am 25. November verabschiedete eine Resolution, in der es heißt: „Die Delegierten der Zone Sempione . . . drücken der Föderation (der drei Gewerkschaftsbünde) CGIL-CISL-UIL gegenüber die Unzufriedenheit der Arbeiter über die Entwicklung der Auseinandersetzung mit der Regierung und den Kapitalisten aus. Insbesondere ist die Versammlung gegen die Forderungen der Confindustria (Kapitalistenverband) nach Blockierung betrieblicher Zusatzverträge, Arbeit an den sieben Feiertagen (die von der Regierung mit Zustimmung des Vatikans auf die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr „verlegt" wurden, ug), Überstunden und Verzögerung des Mechanismus der gleitenden Lohnskala. Gegenüber der Regierung muß . . . mehr Entschiedenheit in der Durchsetzung der festgelegten Ziele gezeigt werden." Am Tag des Generalstreiks haben Arbeiter aus Sempione eine Stunde lang die Autobahn blockiert. Danach zogen sie zu einer der von den Gewerkschaften veranstalteten Kundgebungen. Mit Sprechchören traten sie dort den Reformisten und Revisionisten entgegen, die die Andreotti-Regierung durch Stimmenthaltung stützen: „Lama, Storti, Benvenuto (Vorsitzende der drei Gewerkschaftsbünde), das Proletariat hat sich nicht enthalten".

Gegen die Arbeiter- und Volksbewegung verschärft die Finanzbourgeoisie die Unterdrückung. Die Revisionisten gehen ihr dabei ebenso wie bei der „Senkung der Arbeitskosten" zur Hand. In diesen Tagen haben sie sich mit den anderen bürgerlichen Parteien auf einen gemeinsamen Entwurf für die Neufassung des Abtreibungsparagraphen geeinigt. Das Strafgesetz soll bestehen bleiben und eine Indikationsregelung eingeführt werden. Mit dem neuen Gesetz wollen die bürgerlichen Politiker einem Volksentscheid über die ersatzlose Streichung des Unterdrückungsparagraphen aus dem Weg gehen. Das Volksbegehren für ersatzlose Streichung hatten 1975 in wenigen Monaten mehr als 600 000 unterschrieben; 100 000 haben vor einem Jahr dafür demonstriert. Dazu hatte auch die revisionistische Frauenorganisation aufrufen müssen.

Dem geplanten neuen Konkordat, das der katholischen Kirche ihre Sonderrechte aus den von den Faschisten abgeschlossenen Lateranverträgen zum größten Teil beläßt, haben die Revisionisten ebenfalls ihren Segen gegeben. Das Konkordat ist Bestandteil der italienischen Verfassung. Dem hat die schon damals von den Opportunisten um Togliatti beherrschte Führung der KPI 1947 zugestimmt. Imperialismus ist Reaktion auf der ganzen Linie.

Eine Partei, die sich seit Jahrzehnten mit der Finanzbourgeoisie anzuwärmen versucht hat und jetzt die Führung ihrer gemeinsamen Geschäfte in der Regierung direkt selber übernehmen will, muß gegen die Demokratie des Volkes sein.

Mit der in der letzten Woche bekanntgegebenen Beteiligung des lybischen Staates am FIAT-Konzern haben die italienischen Imperialisten dieses Land der Dritten Welt hereingelegt. Ohne Libyen irgendeinen wesentlichen Einfluß auf die Geschäftspolitik einzuräumen, hat sich Agnelli 1 Milliarde DM zusätzliches Kapital zur Ausbeutung von FIAT-Arbeitern in Italien und in drei Erdteilen verschafft. Für die Aktien mußte Libyen mehr als den dreifachen Börsenpreis zahlen. FIAT ist der größte italienische Konzern und der fünftgrößte Autohersteller der Welt. Neben Autos werden unter anderem Stahl und Maschinen produziert. Die italienische Finanzbourgeoisie will mit der Transaktion an Einfluß in ihrer ehemaligen Kolonie Libyen gewinnen. Schon jetzt läßt FIAT für 120 Millionen DM eine Autofabrik in der Nähe der libyschen Hauptstadt bauen. Die italienischen Imperialisten spekulieren darauf, Libyen aus der Front der OPEC-Staaten herausbrechen zu können. Die FIAT-Zeitung „La Stampa": „Wird Italien jetzt Öl mit Rabatt kriegen?"

Auch dieser imperialistischen Aktion haben die Revisionisten sofort Beifall geklatscht.

Die italienische Arbeiterklasse wünscht die proletarische Revolution. Die modernen Revisionisten, die sich als „Kommunistische Partei" ausgeben, versuchen, die Stabilisierung des italienischen Imperialismus als „friedlichen Übergang zum Sozialismus" zu verkaufen. Die objektive Entwicklung, die verschärfte wirtschaftliche Verelendung und politische Unterdrükkung und die Kriegsvorbereitungen, an denen auch die italienischen Imperialisten teilnehmen, entzieht der Politik der Klassenversöhnung immer mehr den Boden. Wenngleich die marxistisch-leninistische Bewegung in Italien noch zersplittert ist, hat der Marxismus-Leninismus erneut große Verbreitung in der Arbeiterklasse gefunden und wird immer zunehmend von seiner revisionistischen Verfälschung geschieden. – (ug)



Veranstaltung in Mannheim am 2. Dezember.

Die Delegation aus Vertretern der spanischen Arbeiterkommissionen und einem führenden Vertreter der Asemblea Popular (Volksversammlung) von Navarra hat auf Veranstaltungen des KBW in Bremen (400 Teilnehmer), Köln (250), Frankfurt (300) und Mannheim (600) über die Kämpfe und Forderungen der spanischen Arbeiterklasse und Volksmassen im Kampf gegen Faschismus und Imperialismus berichtet. Es wurden insgesamt 6 080 DM zur Unterstützung der Arbeiterkommissionen gesammelt. – Auf Veranstaltungen von Spanien-Komitees in Kiel und Hamburg, die vom KBW unterstützt wurden, sprach die Delegation vor 250 und 400 Besuchern. Es wurden in Kiel 450 DM und in Hamburg 2 900 DM gesammelt.

Gründung des europäischen Stahlkartells ‚Eurofer‘

Gründung des europäischen Stahlkartells ‚Eurofer‘

Kampf um die Vorherrschaft in der europäischen Stahlindustrie

„Miteinander statt gegeneinander" hatte der Vorstandsvorsitzende der August-Thyssen-Hütte, Spethmann, noch zum Motto der 10. Jahreskonferenz des internationalen Eisen- und Stahlinstituts Anfang Oktober gemacht. Tatsächlich tobt auf dem internationalen Stahlmarkt ein heftiger Konkurrenzkampf, der durch die Krise in der Stahlindustrie noch verschärft wird.

Die japanischen Stahlmonopole sind zu einer Exportoffensive angetreten und haben durch Dumping-Preise ihre Anteile am amerikanischen und am europäischen Markt sprunghaft erhöht. Die amerikanischen Stahlmonopole, die wesentlich für den amerikanischen Markt produzieren, haben ihre Preise erhöht, obwohl der amerikanische Präsident Carter sie eindringlich davor gewarnt hat.

Die europäischen Stahlmonopole haben sich in dem Kartell „Eurofer" zusammengeschlossen, um in der Krise durch Preisabsprachen und Produktionsbegrenzungen die Profite und die Marktanteile zu halten. Um die Führung in diesem Kartell tobt ein heftiger Kampf zwischen den Stahlmonopolen Europas.

Auf den internationalen Konferenzen, wo der Rahmen für den Konkurrenzkampf abgesteckt wird, ist von „miteinander" schon nicht mehr die Rede. Der Handelskrieg wird mit heftigen Drohungen vorbereitet: Die Europäische Kommission hat am 10.11. ein Anti-Dumping-Verfahren gegen die japanischen Wälzlagerexporteure eingeleitet, die Japaner haben sich inzwischen auf Exporthöchstquoten festlegen lassen, gleichzeitig aber erklärt, für die Exportquoten der „kleineren" Stahlwerke keine Garantie übernehmen zu können. Die amerikanischen Stahlmonopole haben in Verhandlungen am 30.11. beklagt, daß die europäischen Stahlmonopole für Massenstahlexport in die USA die Mehrwertsteuer rückerstattet bekommen und drohen mit einer totalen Sperre der EG-Stahlexporte in die USA für drei Monate ab Februar oder März 1976. (Handelsblatt, 26.11.76)

Anteil am Welthandel Walzstahl (in 1000 Tonnen)

	BRD	%	EG*	%	USA	%	Japan	%	UdSSR	%
1970	12 044	*13,64*	41 285	*46,74*	6 423	*7,27*	17 589	*19,91*	7 476	*8,46*
1971	13 203	*14,07*	44 637	*47,56*	2 590	*2,76*	23 194	*24,71*	7 444	*7,93*
1972	13 890	*14,03*	49 573	*50,06*	2 631	*2,66*	20 922	*21,13*	7 310	*7,38*
1973	17 264	*15,68*	54 366	*49,38*	3 708	*3,37*	24 805	*22,53*	7 087	*6,44*
1974	22 287	*17,40*	62 974	*49,18*	5 392	*4,21*	32 228	*25,17*	6 856	*5,35*
1975	16 339	*15,06*	50 765	*46,79*	2 766	*2,55*	28 953	*26,68*	7 000	*6,45*

* einschließlich Binnenhandel Quelle: Statistisches Jahrbuch Eisen und Stahl, Düsseldorf 1976

Die Tabelle oben gibt Aufschluß über die Verschiebungen der Anteile der verschiedenen Stahlmächte am Welthandel.

Die Supermächte produzieren vorwiegend für den eigenen Markt. Japan hat die größten Stahlmonopole und hat Anfang 1976 seinen Anteil am Welthandel noch sprunghaft erhöht, indem es seinen Export um insgesamt 27 % gesteigert hat, auf dem europäischen Markt sogar um 30 %. Diese Exportoffensive trifft die europäischen Kapitalisten mitten in der Krise und die Festlegung der westdeutschen Stahlmonopole „Preis geht vor Menge" ist inzwischen schon über den Haufen geworfen. Seit Oktober sind die Stahlexportpreise im Schnitt um 15 % gefallen.

Aus der Krise und dem verschärften Konkurrenzdruck wollen die europäischen Stahlmonopole durch Bildung von Kartellen und verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse herauskommen. Die westdeutschen Stahlmonopole sind gerade dabei, die Führung in diesem Kartell zu erringen und gestützt auf diese führende Rolle sich höhere Anteile am Weltmarkt zu erkämpfen. Die folgende Aufstellung, die aus einer Aufstellung der Commerzbank über die 500 führenden Konzerne Westeuropas berechnet ist, zeigt die Ausgangslage des Konzentrationsgrades und der Kräfteverhältnisse in der Stahlindustrie der EG 1974.

	Anzahl der Konzerne	Gesamtumsatz* in Mio DM	Gesamtbeschäftigte
BRD	15	82 011	621 000
Frankr.	8	34 488	252 000
GB	4	19 343	374 000
Italien	4	19 773	179 000
Belgien	4	8 284	28 000
Niederl.	1	4 922	39 000
Luxemb.	1	3 284	28 000

* einschließlich Weltumsatz

Einen ersten Schritt hatten die westdeutschen Stahlkapitalisten im Frühjahr dieses Jahres gemacht, als sie die „DENELUX", einen gemeinsamen Wirtschaftsverband der deutschen, niederländischen und luxemburgischen Stahlindustrie, gegründet hatten, der „in Paris unter dem Verdacht stand, die Zentrale eines ‚germanischen' Stahlkartells zu sein". (Stuttgarter Zeitung, 29.11.76)

Die westdeutschen Stahlmonopole haben sich bereits in größerem Umfang in die Stahlindustrie der Nachbarstaaten eingekauft. So besitzt z.B. der Thyssen-Konzern 5 % am französischen Stahlwerk Solmer, ein Stahlwerk in den Niederlanden, ein Maschinenbauwerk in Frankreich und vier Handelsgesellschaften in den Niederlanden.

Die französischen Stahlmonopole haben die schwächere Ausgangslage, sie treten für festgelegte Produktionsquoten in der EG, Mindestpreise und sofortige Beschränkung der Einfuhr aus Japan ein. Damit haben sie sich bisher nicht durchsetzen können. Für die westdeutschen Expansionspläne sind die Produktionsbeschränkungen nur hinderlich. Über Kartelle wie die „DENELUX" und jetzt die „EUROFER" wollen sie ihren Einfluß ausweiten.

Wenn das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie die anderen europäischen Mächte dabei zur „Opferbereitschaft" mahnt, so zielt das einmal darauf ab, daß die notwendige Vernichtung von Kapital als dem einzigen Ausweg aus der Krise möglichst weit auf andere Stahlmonopole abgeschoben wird und zum anderen zielt es auf den Lohn der Arbeiterklasse. „Wenn Europas Stahlschmelzer an einer so schönen Wachstumsrate nicht voll partizipieren, dann doch wohl deshalb, weil andere Länder, so Japan, den unentbehrlichen Werkstoff billiger herstellen können. Das ist in der Tat so. Nach jüngsten französischen Unterlagen brauchen die Japaner für eine Tonne Rohstahl 6 Arbeitsstunden, die Deutschen 7,5, die Franzosen sogar 11,7." (Süddeutsche Zeitung, 20.11.) Für die westdeutschen Stahlarbeiter kann es mit den Stahlkapitalisten in derem Kampf um billige Rohstoffquellen und Weltmarktanteile kein Miteinander oder Opferbereitschaft geben, im Gegenteil, im anstehenden Tarifkampf können sie die verschärfte Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt ausnutzen, weil durch einen Streik die westdeutschen Stahlkapitalisten ihre Expansionspläne gefährdet sehen. (ds)

Wirtschaftsminister der Demokratischen Republik Ost-Timor, Araujo:

„Siege an allen Fronten“



Genosse Araujo auf einer Solidaritätsveranstaltung in Darmstadt

Der Wirtschaftsminister der Demokratischen Republik Ost-Timor, Araujo, der sich in der Bundesrepublik aufhielt, beantwortete der Kommunistischen Volkszeitung Fragen nach den Fortschritten im Befreiungskampf, dem Aufbau in den befreiten Gebieten und der Stellung der Demokratischen Republik Ost-Timor im internationalen Maßstab.

Nach einem Jahr der Verkündung der Unabhängigkeit hat das Volk von Ost-Timor eine Reihe von Siegen an allen Fronten errungen, an der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Front, im Volksbildungs- und im Gesundheitswesen und auf internationaler Ebene.

Rasche Fortschritte im

Rasche Fortschritte im Volksbefreiungskrieg

An der politisch-militärischen Front haben wir ein Jahr des Kampfes hinter uns, wir haben die Trocken- und die Regenzeit durchgemacht und unsere größten Offensiven gelangen uns hauptsächlich gegen Ende der Trokkenzeit. Im August, September haben wir eine Reihe von größeren und kleineren Städten eingenommen, und wir glauben, daß in nicht allzulanger Zeit die indonesische Armee nicht mehr in der Lage sein wird, dem langandauernden Volkskrieg, wie wir ihn entwikkeln, zu widerstehen.

Wir sagen, daß an dem Tag, als die indonesische Armee in Ost-Timor einfiel, das indonesische Regime seinen Untergang beschleunigt herbeiführte. Und das behaupten wir nicht umsonst. Tatsächlich wird diese Behauptung jeden Tag durch die Ereignisse bestätigt. Die ökonomische Krise, der das Regime gegenübersteht, angefangen bei der Korruptheit der Herrschenden über die Verschlechterung des Lebensstandards der unterdrückten Schichten bis hin zu den hohen militärischen Ausgaben, die das Regime tätigen muß, um den Krieg in Timor zu führen – all dies trägt dazu bei, die Krise des faschistischen Systems in Indonesien noch zu verschärfen.

Bis jetzt wurden rund 14 000 indonesische Soldaten in Ost-Timor getötet. Der Tod dieser Soldaten schuf eine große Unzufriedenheit in den Familien, die nach und nach auf andere Familien übergreift. Einige Familien haben ihre Söhne verloren, andere kamen verwundet zurück, ohne Arme, ohne Beine. All das wird dazu beitragen, daß die unterdrückten Massen in Indonesien sich erheben und daß die demokratischen Kräfte in Indonesien begreifen, daß sie bei diesem Krieg nichts zu gewinnen haben, daß nur die reaktionäre Clique, die sich an der Macht befindet, aus diesem Krieg Nutzen zieht, die Statthalter des Imperialismus. Wir sind der festen Überzeugung, daß das Volk von Indonesien eines Tages dieses Regime vernichten wird. Wir setzen unsere Kräfte dafür ein, daß wir bei unserem Sieg auch dazu beitragen, daß das Volk von Indonesien seinen Sieg erreichen wird. Denn der Sieg des indonesischen Volkes wird auch unser Sieg sein, so wie der Sieg des Volkes von Timor auch der Sieg des indonesischen Volkes sein wird.

Aufbau einer neuen Gesellschaft durch die Arbeiter und Bauern

Wir beginnen den Kampf niemals damit, daß wir sagen, der Kolonialismus ist schlecht, die Imperialisten sind schlecht, diese und jene sind schlecht, ohne daß wir gleichzeitig eine Alternative bieten. Im Gegenteil, während wir das Schlechte aufzeigen, legen wir gleichzeitig den Grundstein für die Errichtung einer neuen Gesellschaft. Mit gleichzeitig den Grundstein für die Errichtung einer neuen Gesellschaft. Mit diesem Prinzip gelang es uns, alle unterdrückten Schichten unseres Volkes zu vereinigen, angefangen bei den Bauern, die den größten Teil der Bevölkerung stellen, sowie der Arbeiterklasse, die sich in den Städten herausbildet. Wenn man von den Städten in Timor spricht, heißt das von Dili zu sprechen, aber auch Dili, die Hauptstadt, ist keine Stadt in dem Sinn, wie man sich eine Industriestadt vorstellt. Dili hatte in der Tat nicht eine einzige Fabrik, die Arbeiterschaft, die Arbeiterklasse, die es in Dili gab, war eine „wechselnde“ Arbeiterklasse, das heißt die Arbeiter arbeiteten einen oder zwei Monate in der Stadt, kehrten dann aufs Land zurück und wurden von anderen ersetzt, die aus den Bergen kamen. Aber die Interessen der Arbeiter, die vorübergehend in der Stadt arbeiten, sind identisch mit den Interessen der Bauern, da ja beide dieselbe Situation der kolonialen kapitalistischen Beherrschung erlebten, und deshalb konnte das Volk sehr leicht von der FRETILIN mobilisiert werden.

Ihr wißt, daß wir uns in einer schwierigen Situation befinden. Die Blockade macht sich bemerkbar. Und um Widerstand leisten zu können, müssen wir das Prinzip in die Praxis umsetzen, das immer unsere Losung war – sich auf die eigene Kraft stützen. Und so gelang es uns, von Null anzufangen, mit leeren Händen, ein kleines, armes Volk, ohne große Ressourcen, dem Feind zu widerstehen.

„Produzieren, um den Krieg zu ernähren“

Auf dem Gebiet der Industrie haben wir primitive, rudimentäre Fabriken errichtet, die für diese Phase des Kampfes notwendig sind. Wir können unsere eigenen Kleider herstellen, es ist uns gelungen, Seife herzustellen, was es in den 500 Jahren der kolonialen Beherrschung niemals gegeben hat – es gab keine Seife, wir haben niemals Seife produziert, und jetzt können wir Seife herstellen. Wir haben auch eine kleine Waffenfabrik sowie eine Reparaturwerkstätte für Waffen; diese Waffen sind zwar primitiv, aber sie vernichten den Feind. Und speziell auf dem Gebiet der Landwirtschaft haben wir die Produktion organisiert. Denn unsere Losung ist seit langem: Produzieren, um den Krieg zu ernähren. Der Krieg wird uns befreien. Und deshalb kämpfen und produzieren wir gleichzeitig. Die Produktion wird auf der Basis von Kooperativen organisiert, das Volk schließt sich in bestimmten Gebieten zusammen, und gleichzeitig mit der Produktion wird die politische Erziehungsarbeit, das Gesundheitswesen und die Kulturarbeit organisiert.

Wir machen Alphabetisierungskampagnen, und in weniger als einem Jahr hat die FRETILIN rund 30 Schulen eingerichtet. Es sind hauptsächlich Schulen mit politischem Charakter, in denen unsere Kader und unsere Kämpfer im allgemeinen ausgebildet und erzogen werden, damit sie besser verstehen können, warum wir kämpfen und warum unser Land von indonesischen Truppen überfallen worden ist.



Demonstration der Volksmassen von Ost-Timor gegen die indonesische Expansion: „Eingliederung niemals – FRETILIN ist unser Weg und unser Führer“, steht auf dem Transparent.

FRETILIN ist unser Weg und unser Führer“, steht auf dem Transparent.

Teil des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker

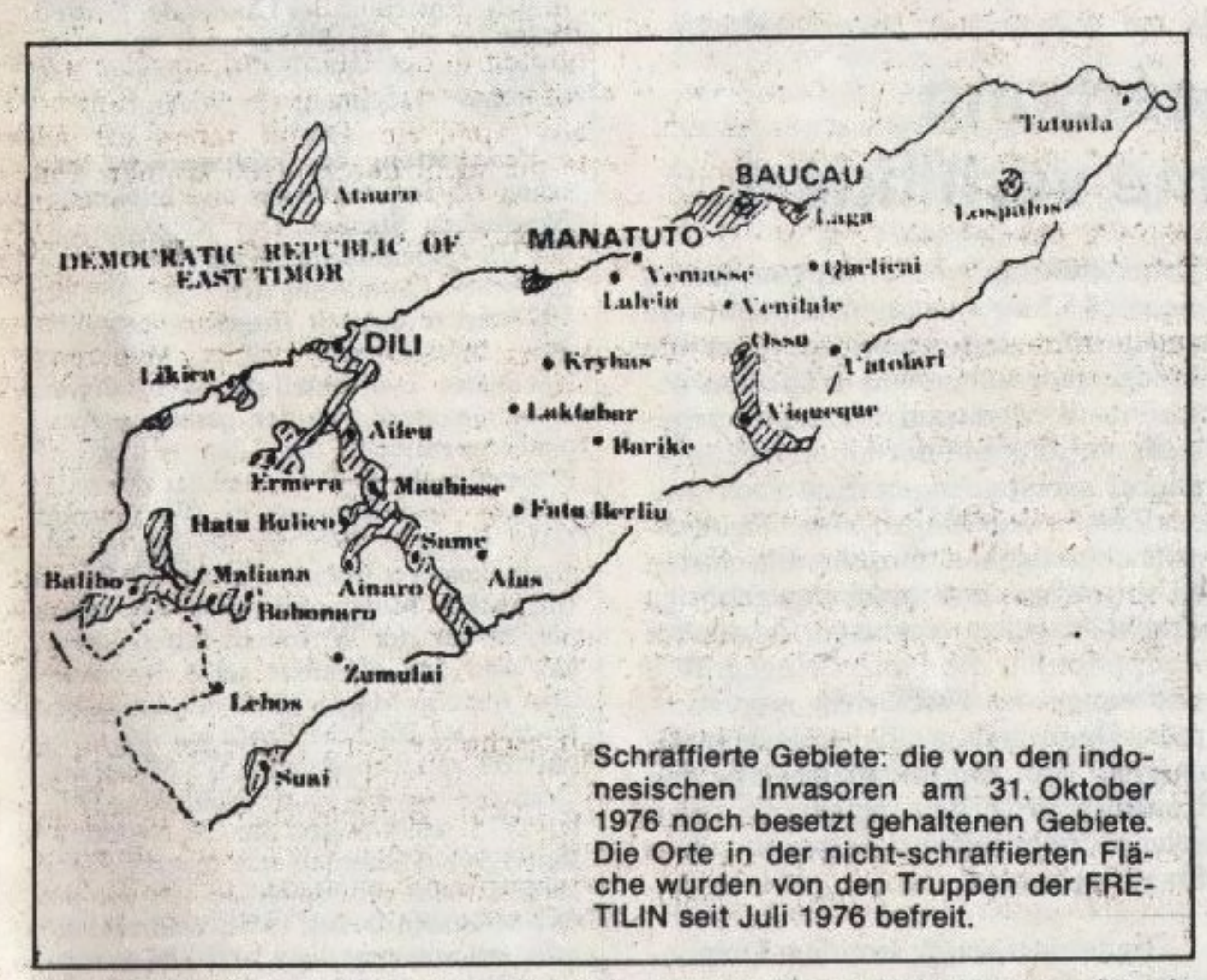
Auf internationaler Ebene ist es der FRETILIN gelungen, innerhalb von zwei Jahren, in denen die FRETILIN existiert, mehr zu erreichen als viele Befreiungsbewegungen in ihren Befreiungskämpfen erreichen konnten. Wir wurden von einigen Ländern anerkannt, eine Reihe von Ländern unterstützt unser Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Der jüngste Sieg des Widerstandes war die Zustimmung zu Resolutionen in der Vollversammlung der Vereinten Nationen, in der die Vollversammlung nicht nur das Recht des Volkes von Ost-Timor auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bestätigte, sondern auch die Legitimität des Kampfes des Volkes von Ost-Timor zur Erreichung seiner Ziele bestätigte, das heißt seine Unabhängigkeit. Wir sind in der Tat bereits unabhängig, wir kämpfen um die Konsolidierung der territorialen Integrität und der des Volkes, für die Erhaltung der Staatsmacht und für die Vertiefung der Siege, die das Volk bereits auf den verschiedensten Ebenen erzielt hat, so auf technischem, kulturellem, wirtschaftlichem Gebiet und auf dem Gebiet des Gesundheitswesens. Wie ihr wißt, wurde Indonesien, früher einer der Vorkämpfer der Blockfreien-Bewegung, auf der Konferenz der Blockfreien zum ersten Mal sehr stark angegriffen, und es wurde eine Resolution abgestimmt, die das Recht des Volkes von Ost-Timor auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit unterstützt. Wir möchten hervorheben, daß der Kampf des Volkes von Ost-Timor große Wirkung hinterläßt und daß wir in kurzer Zeit Siege erreichen konnten, die andere Befreiungsbewegungen in so kurzer Zeit niemals erzielen konnten. Dies geschah jedoch nicht zufällig.

Und das werden wir immer wiederholen: Unsere Siege sind das Ergebnis dessen, daß sich bereits eine Reihe von Völkern in dieser Welt befreit haben, und ihre Befreiung und die daraus entstandene Solidarität dieser Völker und dieser Länder ermöglichte es uns, diese internationale Anerkennung zu erreichen. Die ehemaligen portugiesischen Kolonien Mozambique, Angola, Guinea-Bissao, Cabo Verde, alle diese Länder unterstützen unseren Kampf. Ebenso die sozialistischen Länder. Deshalb meinen wir, daß unser Kampf lediglich die Fortsetzung des Kampfes ist, den andere Völker bereits begonnen haben, worin sie sich in der ersten Phase des Kampfes bereits befreit haben und jetzt dabei sind, die Freiheit zu festigen. Wir befinden uns in einer Phase, in der wir uns diesem Kampf anschließen, einer Phase der Verteidigung unserer territorialen Integrität gegen die militärische Intervention Indonesiens und einer Phase des Aufbaus unseres Landes.

Teil des Kampfes um die Befreiung von Ausbeutung

Es scheint seltsam, daß der Kampf des Volkes von Ost-Timor soviel Unterstützung in aller Welt gewinnt. Ein kleines Volk, am Ende der Welt, in Südostasien, sein Kampf wird mit viel Sympathie und Anteilnahme begleitet, weil dieser Kampf gerecht ist. Die Führung der FRETILIN vertritt die wahren Interessen des Volkes. Deshalb geht auch die Solidaritätsbewegung, die sich an unserer Seite in vielen Teilen der Welt, in New York in den USA, in England und in anderen Ländern wie zum Beispiel Australien entwikkelt, aus von den progressiven, revolutionären Bewegungen und von den demokratischen Kräften, die nach Frieden und Fortschritt streben. Von diesen Bewegungen wurden große Kampagnen organisiert, die politischen Druck und Druck auf die Massenmedien ausübten, wobei sehr positive Ergebnisse erzielt wurden.

Wir sind überzeugt, daß es unsere Pflicht ist, zu kämpfen, und wir führen diesen Kampf (...) mit all denjenigen, die in dieser Welt kämpfen, um die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen.



Schraffierte Gebiete: die von den indonesischen Invasoren am 31. Oktober 1976 noch besetzt gehaltenen Gebiete. Die Orte in der nicht-schraffierten Fläche wurden von den Truppen der FRETILIN seit Juli 1976 befreit.

Der Volksbefreiungskrieg gegen die indonesische Invasionsarmee für die völlige Befreiung des Territoriums der Demokratischen Republik Ost-Timor hat in dem einen Jahr seiner Dauer zur Befreiung von 85 Prozent des Territoriums geführt. Die Invasoren sind in einigen großen Städten und von ihnen angelegten Stützpunkten weitgehend eingeschlossen. Das war schon im Juli dieses Jahres erreicht. Jetzt sind die Truppen der DROT dazu übergegangen, die Stützpunkte anzugreifen und die indonesischen Truppen weiter auf die Städte zurückzudrängen, um sie schließlich ganz hinauszujagen. Los Palos, die drittgrößte Stadt des Landes, die von den Befreiungsstreitkräften eingenommen wurde, wird gegen heftige Attacken der indonesischen Truppen verteidigt. Die Dörfer Fohorem, Fatulik und Fatummean wurden Anfang November befreit und die indonesischen Besatzer über die Grenze getrieben. Wieder eingenommen wurde auch Hatu Bulico. Bei Maubisse wurden die indonesischen Truppen mehrfach angegriffen und wurden ihnen größere Verluste zugefügt. (Nach: Ost-Timor Information Nr. 14 und Hsinhua, 27. November)

Dokumente zur Geschichte der indonesischen Arbeiterbewegung

Programm der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI), Selbstkritik der PKI, eine Einleitung über die Geschichte der indonesischen Arbeiterbewegung

nationale befreiung 3
Verlag Jürgen Sendler, Mannheim
95 Seiten *DM 3,00*
Best.Nr.: 88003

Selbstkritik und neues Programm der PKI sind wichtige Dokumente der Erfahrungen, die die Arbeiterbewegung und die um ihre Befreiung kämpfenden Völker gemacht haben. In ihnen leistet das neue ZK eine eingehende Analyse der rechtsopportunistischen und revisionistischen Fehler, die dazu geführt hatten, daß die Reaktionäre und US-Kompradoren in Indonesien in kürzester Zeit so vernichtende Schläge gegen die kommunistische und nationale Bewegung in Indonesien führen konnten, alle fortschrittlichen Errungenschaften liquidieren und eine faschistische Diktatur im Auftrag des US-Imperialismus errichten konnten.
Sie zeigen, daß der Verrat des Rechtsopportunismus und Revisionismus an der Revolution der Massen direkt in die Bajonette der Reaktion führt, eine Erfahrung, die das chilenische Volk 1973 erneut nachvollziehen mußte. Sie legen die Gesetzmäßigkeit offen, daß der „friedliche Weg“ zum Sozialismus unweigerlich den Imperialisten und Reaktionären in die Hände spielen muß.

Zimbabwe-Solidaritätsaktionen

Norderstedt. Die Zelle des KBW führte am 4.12.76 einen Basar im Einkaufszentrum durch zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe. Es wurden vier Kinderbücher und eine Chimurenga-Broschüre verkauft und 32 DM Spenden gesammelt.

Osnabrück. Die Jugendvertretung der Kabelmetall-Werkde Osnabrück verfaßte einen Beschluß zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe. In dem Beschluß wird herausgestellt, wie sich auch die Kabelmetall-Kapitalisten an der Ausplünderung der Länder der Dritten Welt beteiligen, z.B. in Nigeria, Ghana und Indonesien. Weiterhin wurde beschlossen, einen Kabelmetall-Jugendtreff zu machen, wo beraten werden soll, wie man den Befreiungskampf der ZANU unterstützen kann.

Bremen. Im Fernsehwerk Nordmende haben von 8 Arbeitern einer Abteilung sechs einen Stundenlohn für die ZANU gespendet. Anlaß der Diskussion waren die verstärkten Angriffe der ZANU auf das Siedlerregime und die Interventionsvorbereitungen der Imperialisten im südlichen Afrika. Drei Zimbabwe-Broschüren und drei Kinderbücher wurden gekauft.

Münster. Auf einer Veranstaltung des KBW zum Expansionsstreben der Imperialisten in der Stahlindustrie und zum Kampf der Stahlarbeiter wurden zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe 146 DM gesammelt. 60 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten nahmen an der Veranstaltung teil.

Köln. Am Freitag letzter Woche führte die KHD-Zelle des KBW Köln eine Veranstaltung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durch. 10 Arbeiter und Angestellte waren anwesend. Die Veranstaltung war durch zahlreiche Debatten im Betrieb vorbereitet worden. Im Werk selbst wurden 21 DM gesammelt, während der Veranstaltung noch einma. 72 DM. 5 Arbeiter entschlossen sich, mit zur Veranstaltung in Frankfurt mit der Delegation der ZANU zu fahren.

Heidelberg. Im Schwesternhaus 2 der Universitätskliniken kündigten wir in einem Flugblatt an, daß wir Spenden für die ZANU sammeln wollen. Wir trafen 15 Schwestern an, die insgesamt 20 DM und eine Tüte Kleider für den Befreiungskampf spendeten. Wir verkauften 2 Kinderbücher, eine Zimbabwe-Broschüre und eine KVZ. Zwei Schwestern wollen, wenn es ihnen der Schichtplan erlaubt, zur Veranstaltung nach Frankfurt mitkommen.

Heidelberg-Ziegelhausen. In den letzten 2 Wochen hat die Zelle Ziegelhausen zusammen mit dem KVZ-Leserkreis eine Kleidersammlung durchgeführt. Zur

Heidelberg-Ziegelhausen. In den letzten 2 Wochen hat die Zelle Ziegelhausen zusammen mit dem KVZ-Leserkreis eine Kleidersammlung durchgeführt. Zur

Vorbereitung dieser Sammlung wurden Flugblätter, die über den Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen den Imperialismus und für die Unabhängigkeit informierten, in die Briefkästen geworfen. In den Diskussionen bei der Haussammlung unterstützten die Menschen, daß dieser Kampf während der Verhandlungen in Genf fortgeführt werden muß. Ein Arbeiter sagte: „Im Kampf um den Lohn ist es doch auch so, da müssen wir unseren Streik weiterführen, während verhandelt wird. Wenn wir ihn vorher abbrechen, dann geben wir viel von unserer Kampfkraft auf." – Dieser Arbeiter spendete allein zwei Säcke Kleider. – Insgesamt wurden bisher 7 Säcke Kleider und Geld gespendet. Die Sammlung wird weitergeführt.

Mosbach. Die Zelle Mosbach hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Ende des Jahres einen Werkzeugkästen hauptsächlich mit Holzbearbeitungswerkzeug für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu sammeln. Bisher konnte schon ein Fuchsschwanz sowie verschiedene Schraubenzieher und ein paar Hämmer gesammelt werden. Die Spenden stammen von Arbeitern aus einem Baubetrieb und einem jungen Arbeiter. Weitere Zusagen gibt es von einem Kollegen aus einem Druckbetrieb.

Tübingen. Auf der vorletzten Sitzung des Fachschaftsrats Chemie der Universität Tübingen wurde beschlossen (ohne Gegenstimmen), die Einnahmen eines Anfängerfestes vom Semesteranfang an die ZANU zur Unterstützung für ein Fotolabor zu überweisen. Die Spende beläuft sich auf ca. 230 DM. – Weiterhin wurde beschlossen, mit einem Flugblatt die Kommilitonen am Fach zu der Versammlung am 11.12. in Frankfurt einzuladen.

München. Die Zellenuntergruppen Nord/West und Süd/Ost führten am 26. und 27.11. Veranstaltungen zum bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe durch. Die Veranstaltungen wurden von insgesamt 40 Leuten besucht. Es wurden 193 DM gesammelt. – Eine Rentnerin, seit ihrer Jugend Mitglied der KPD, spendete zusätzlich auf der Veranstaltung der Zellengruppe Süd/Ost ersparte 1 000 DM.

Genfer Konferenz über die Entkolonisierung Zimbabwes

„Allerhand Märchen über Spaltungen“

„Rhodesien-Konferenz aus der Sackgasse“ – mit solchen und ähnlichen Behauptungen wartete Ende November die bürgerliche Presse auf, nachdem der britische Konferenzvorsitzende Richard behauptet hatte, die gemeinsame Delegation der „Patriotischen Front“ von ZANU und ZAPU sei von ihrer Festlegung abgegangen, daß die Unabhängigkeit Zimbabwes in spätestens einem Jahr, am 1. Dezember 1977, erreicht sein müsse. Das Hamburger Nachrichtenmagazin „Arbeiterkampf“ wußte sogar noch Genaueres:

„Genfer Konferenz – England setzt sich durch ... – Die ‚Patriotische Front‘, bestehend aus Sekretär Mugabe und dem opportunistischen Vertreter des ANC-Inland (ZAPU), Nkomo, haben nach vierwöchigen Verhandlungen dem englischen Kompromißvorschlag in der ‚Datumsfrage‘ (Zeitpunkt der Regierungsübergabe an eine ‚schwarze Mehrheit‘) zugestimmt. Dieser Kompromiß sieht eine fünfzehnmonatige Übergangsregierung vor, erst am 1. März '78 also wird Zimbabwe seine formelle Unabhängigkeit erhalten." (Arbeiterkampf, 29. November)

Schon am selben Abend fiel allerdings herber Tau auf solche imperialistischen Spekulationen und Hoffnungen. In einer Erklärung der „Patriotischen Front“, die auch der Kommunistischen Volkszeitung von der ZANU-Delegation in Genf übergeben wurde, wurde unter anderem festgestellt: „Die britischen und amerikanischen Imperialisten ... sehen es als den Hauptzweck dieser Konferenz an, eine Marionettenregierung einzusetzen, die nach ihrer Pfeife tanzt. Die Taktik der britischen Regierung hier auf der Konferenz und die Verleumdungen der progressiven Delegation durch die britische und amerikanische Presse müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. (...) Wir haben detailliert dargelegt, daß alle gesetzgeberischen und verwaltungsmäßigen Arbeiten, die zur Vorbereitung der Unabhängigkeit Zimbabwes erledigt werden müssen, in 9 oder 10 Monaten erledigt sein können. Dementsprechend hat die Patriotische Front den 1. September 1977 als bevorzugtes Datum der Erklärung der Unabhängigkeit genannt. Um unsere Verhandlungsbereitschaft zu zeigen und einen Kompromiß zwischen unserer Position und der der britischen Regierung zu finden, waren wir jedoch bereit, den Unabhängigkeitstermin drei Monate rückwärts zu verlegen. Wir waren äußerst erstaunt zu sehen, daß unserer Flexibilität und Verhandlungsbereitschaft von der britischen Delegation nicht entsprechend begegnet wurde,

ßerst erstaunt zu sehen, daß unserer Flexibilität und Verhandlungsbereitschaft von der britischen Delegation nicht entsprechend begegnet wurde,

die sich hartnäckig weigerte, von einer 15 Monate dauernden Periode, die bis zum 1. März 1978 dauern soll, abzugehen. (...) Wir sind keineswegs in der Lage, den britischen Zeitrahmen von 15 Monaten zu akzeptieren und bekräftigen infolgedessen unseren Standpunkt, daß die Unabhängigkeit strikt während einer Periode von 12 Monaten erreicht werden muß. (...) Wir ... behalten uns vor, bei einem fortgeschritteneren Stand der Verhandlungen darauf zurückzukommen."

Wegen des standfesten Auftretens der ZANU, vertreten durch ihren Generalsekretär Genossen Mugabe, und der Patriotischen Front auf der Genfer Konferenz unternehmen die Imperialisten große Anstrengungen, um – wie die Patriotische Front in der zitierten Stellungnahme ebenfalls feststellt – „allerhand Märchen über Spaltungen und Revolten im Lager der Befreiungskräfte zu fabrizieren“.

Den Ton hatte schon gleich zu Beginn der Genfer Konferenz die „Frankfurter Rundschau“ angegeben:

„Der Einsatz im Genfer Poker ist hoch. (...) Die große Unbekannte ist dabei die Guerillatruppe ‚Volksarmee von Zimbabwe‘ (ZIPA), die nicht als eigene Organisation bei der Rhodesien-Konferenz vertreten ist. (...) Der angebliche Kommandant der Volksarmee, Rex Nhongo, hat dieser Tage ... kategorisch erklärt, daß aus den Genfer Verhandlungen nichts herauskommen werde." (Frankfurter Rundschau, 28.10.76)



Pressekonferenz der Patriotischen Front am 16. November in Genf. Stehend: Robert Mugabe, Generalsekretär der ZANU und Leiter der Delegation der ZANU in Genf (2. von rechts). J.M. Tongogara, Mitglied des Zentralkomitees der ZANU und führendes Mitglied der ZIPA (Befreiungsarmee von Zimbabwe). – Rechts Edgar Tekere, Mitglied des ZK der ZANU. – Links die Delegation der ZAPU mit J. Nkomo.

Das schon zitierte Hamburger Magazin „Arbeiterkampf“ spinnt auch diesen Faden zu Ende:

„Der Verlauf der Genfer Konferenz deutet darauf hin, daß der Kissinger-Plan einer ‚friedlichen‘, d.h. neokolonialen Lösung für Zimbabwe in Genf bisher alle Hürden genommen hat. (...) Welchen Fortgang aber diese Konferenz auch nehmen wird, der bewaffnete Kampf in Zimbabwe durch die ZIPA (Zimbabwesche Befreiungsarmee) wird fortgesetzt werden." („Arbeiterkampf“, 29.11.76)

der bewaffnete Kampf in Zimbabwe durch die ZIPA (Zimbabwesche Befreiungsarmee) wird fortgesetzt werden." („Arbeiterkampf“, 29.11.76)

Am 1. Dezember erhielt Genosse Mugabe als Sekretär der Delegation der ZANU in Genf von den Mitgliedern des Zentralkomitees der ZANU, die zugleich führende Mitglieder der ZIPA, der von der ZANU geführten Befreiungsarmee von Zimbabwe sind, die folgende telegrafische Botschaft: „Wir unterstützen einstimmig den Standpunkt, den du und die ZANU-Delegation bei den Genfer Gesprächen eingenommen haben. Du hast den Feind gezwungen, seine Position zu ändern und das Prinzip der Unabhängigkeit sowie der Einführung einer Übergangsperiode zu akzeptieren. Die Massen Zimbabwes, geführt von ihrer revolutionären Organisation ZANU und ihrem Führer Robert Mugabe haben einen Sieg errungen, weil sie an ihrem gerechten bewaffneten Kampf festhielten, den die ZIPA unablässig weitergeführt hat für die vollständige nationale Befreiung, um den Feind zu zwingen, die Unabhängigkeit Zimbabwes zu garantieren und das Datum festzulegen. – Wir haben im Kampf um die Befreiung unseres Vaterlandes eine neue Stufe des Kampfes erreicht. Wir fordern dich auf, weiterhin Siege am Verhandlungstisch zu erringen, zusammengeschlossen im Rahmen der Patriotischen Front, um den vollständigen und unwiderruflichen Übergang der Macht an das Volk von Zimbabwe zu erreichen. Da wir nun in eine neue Phase der Gespräche eintreten, die auf die Festlegung der Mechanismen der Machtübergabe abzielt, wird eine Delegation aus Mitgliedern des Zentralkomitees, Offizieren und Kämpfern der ZIPA nach Genf kommen, um die Position unserer Partei in den Gesprächen zu stärken." – Am 3. Dezember kam diese Delegation in Genf an, mit den Mitgliedern des Zentralkomitees der ZANU, Genossen Hamadziripi, Tongogara, Kangai und den Kommandeuren der ZIPA Rex Nhongo, J. Chimurenga, E. Hondo, D. Machingura, A. Mudende und T. Pfepferere.

deuren der ZIPA Rex Nhongo, J. Chimurenga, E. Hondo, D. Machingura, A. Mudende und T. Pfepferere.

Währenddessen wird der Kampf verstärkt: „Bei einem Bombenanschlag auf eine Bahnstrecke im Nordwesten Rhodesiens ist nach Verlautbarungen aus Sicherheitskreisen vermutlich ein Zug in die Luft gesprengt worden. Die Tat sei vermutlich von schwarzen Guerillas verübt worden, hieß es weiter." (Mannheimer Morgen, 3. Dezember)

Propaganda und Söldnerwerbung für das rhodesische Siedlerregime verhindert

Tübingen. Mehrfach sind schon Veranstaltungen zur Propaganda für das rhodesische Siedlerregime des reaktionären „Hochschulrings Tübinger Studenten“ verhindert worden. Jetzt setzten sie großspurig eine Anzeige in die Tageszeitung: „Unsere kürzlich durch linksextremen Terror verhinderte Veranstaltung über die Aggression der Kommunisten im südlichen Afrika wird heute in jedem Falle durchgeführt."

Als Referent war ein gewisser Herr Hoffmann angekündigt. Auf einer Solidaritätsveranstaltung mit dem Genossen Mutumbuka von der ZANU am Donnerstag, dem 2.12. in Tübingen ist enthüllt worden, wer dieser Hoffmann ist. Der Genosse Mutumbuka führte aus, daß mittlerweile 30 Prozent der Armee von Smith aus Söldnern bestehen, die auf der ganzen Welt angeworben werden. In der BRD, in der Schweiz und in Österreich wird dieses Geschäft von Hoffmann betrieben. Nach Aussage des ZANU-Vertreters hat Hoffmann Ian Smith zugesichert, bis Ende des Jahres 1 000 Söldner in Süddeutschland und in den Alpenländern zu rekrutieren.

Hoffmann hat sich noch in einer anderen Sache bekannt gemacht. Er baut in der Nähe von Nürnberg eine paramilitärische faschistische Organisation auf, die „Wehrsportgruppe Hoffmann“. In einer Werbeschrift von Hoffmann selbst heißt es dazu: „Die einzelnen Gruppen der WEG rücken mindestens einmal wöchentlich zur feldmäßigen Übung aus. Der Dienst beinhaltet alle Arten der militärischen Ausbildung. Nahkampf, Tarnung, Fuß- und Mot.-Marsch, Ambush und Konter-Ambush (in einen Hinterhalt geraten, selbst einen Hinterhalt legen, d. Red.) und Überlebenstraining."

300 Antiimperialisten waren am Samstagabend gekommen, um klarzumachen: Eine Hetzveranstaltung gegen das Volk von Zimbabwe mit diesem Söldnerwerber findet nicht statt. Dies ist auch gelungen. In Ketten eingehakt, wurden die Eingangstüren vom Saal dichtgemacht. Große Begeisterung, als die Besucher, im wesentlichen Verbindungsstudenten, die in vollem Wichs aufmarschierten, wieder abzogen. Immer wieder Sprechchöre gegen Imperialismus und Reaktion und für den bewaffneten Kampf in Zimbabwe. Immer wieder das Solidaritätslied. Für die ZANU, für die am Donnerstag bereits 450 DM gesammelt wurden, kamen nochmal über 280 DM zusammen.

Nach anderthalb Stunden lösten sich die Ketten dann langsam auf, viele diskutierten mit Passanten. Wir haben die Faschisten unterschätzt und nicht weiter auf Organisierung geachtet. Diese Lage haben die Faschisten genutzt. Unter Führung von Hoffmann haben sie mit 15 Mann in einem Blitzüberfall angegriffen, mit Totschlägern in die Menge gedroschen und Tränengas gesprüht. Weil darauf niemand eingestellt war, konnte der Überraschungsangriff zuerst gelingen. Erst nach einiger Zeit ist es gelungen, zum Gegenangriff überzugehen, einzelne Faschisten zu entwaffnen und ihnen eine gehörige Tracht Prügel zu verpassen. Zu diesem Zeitpunkt hat die Polizei eingegriffen und einige der Faschisten mitgenommen. Damit haben sie die Kerle in Sicherheit gebracht und gleichzeitig den Eindruck erwecken wollen, als seien solche politischen Aktionen dem Staatsapparat fremd.

Organisiert wurde in einem Demonstrationszug zum Versammlungsraum marschiert, um den Vorfall zu beraten und entsprechende Schritte einzuleiten. Am Montag wird in der Stadt und an der Universität berichtet.

Die Solidaritätsbewegung mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe ist durch diese Auseinandersetzung darin bestärkt worden, den Kampf gegen Imperialismus und Reaktion noch entschlossener zu führen. Wir werden alles daran setzen, daß sich dies ausdrückt in einer massenhaften Teilnahme an der Veranstaltung des KBW mit der ZANU-Delegation in Frankfurt. – (f, Tübingen)

Mexiko. „Gegen jede Form hegemonistischer und imperialistischer Unterdrükkung“ hat sich der neue mexikanische Präsident M. Lopez Portillo bei seiner Amtseinführung gewandt. „Mexiko wird dafür kämpfen, daß die Ausbeutung der Ressourcen dieses Planeten unter einer neuen Weltwirtschaftsordnung und einer neuen sozialen Ordnung geschieht." Der Korrespondent der französischen Zeitung „Le Monde“ berichtet: „Diese Stellungnahme hat unter den anwesenden Mexikanern, die der nationalen Kundgebung in Chapultepec beigewohnt haben, heftigen Beifall gefunden, während sie M. Henry Kissinger, der die amerikanische Delegation bei der Amtseinführung leitete, zu Eis erstarren ließ." (Le Monde, 3. Dezember) Mexiko wird vom Imperialismus, voran dem US-Imperialismus, unterdrückt. Seit der Kursfreigabe des Peso am 1. September hat die Währung die Hälfte ihres Umtauschwertes im Ausland verloren und ist die Staatsverschuldung riesenhaft gestiegen. 6 Millionen landlose Bauern fordern eigenes Land. In den Städten sind 5 Millionen arbeitslos.

Mexiko. Hunderttausend bewaffnete Bauern halten Land besetzt. Wie der „Spiegel“ Nr. 50/1976 meldet, ist die Zahl der Bauern im Bundesstaat Sonora, die das Land von Großgrundbesitzern gewaltsam besetzt haben, auf 100 000 angewachsen. Sie seien mit modernen Gewehren bewaffnet. Neue Landbesetzungen von 500 bis 1 000 Bauern wurden Ende November aus dem Bundesstaat Durango gemeldet. Unter dem Druck der Massen hat die ausscheidende Regierung Echevarria zugesagt, 100 000 Hektar Land, die bisher 72 Großgrundbesitzerfamilien gehörten, zu enteignen. Die neue Regierung Portillo hat bereits durchblikken lassen, daß sie sich an diese Zusage nicht gebunden fühlen wird.

Argentinien. Einen „internationalen Kredit“ von 1,3 Milliarden US-Dollar mußte Argentinien zur „Umstrukturierung von Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland“ aufnehmen (Blick durch die Wirtschaft, 27. Oktober). Die Imperialisten halten die unterentwickelten Länder der Dritten Welt im eisernen Würgegriff ihrer immer wachsenden Verschuldung, um Ausplünderung und Ausbeutung zu sichern. Zu den größten Räubern gehört die westdeutsche Finanzbourgeoisie: Sie ist am Argentinien-Kredit mit 90 Millionen Dollar beteiligt. Der Kredit kostet 1,78 Prozent mehr Zinsen als gegenwärtig international üblich (Londoner Interbankrate).

Argentinien. Streiks in den FIAT- und Renault-Werken. Mehrere Tausend Arbeiter sind gegen die Absicht der Regierung, die Tariflöhne in diesem Jahr nicht zu erhöhen, sondern „einzufrieren“, in den Streik getreten. In anderen Automobilfabriken wurden Versammlungen der Arbeiter abgehalten. Um das Reallohnniveau von vor einem Jahr zu erreichen, müßten die Löhne um 100 Prozent erhöht werden. Um das Niveau von vor drei Monaten zu erreichen, um 40 Prozent. Die Inflation hat sich in rasendem Tempo verschärft. 40 Arbeiter wurden durch das Militärregime sofort nach Streikbeginn verhaftet. (Nach: Neue Zürcher Zeitung, 3. Dezember)

schärft. 40 Arbeiter wurden durch das Militärregime sofort nach Streikbeginn verhaftet. (Nach: Neue Zürcher Zeitung, 3. Dezember)

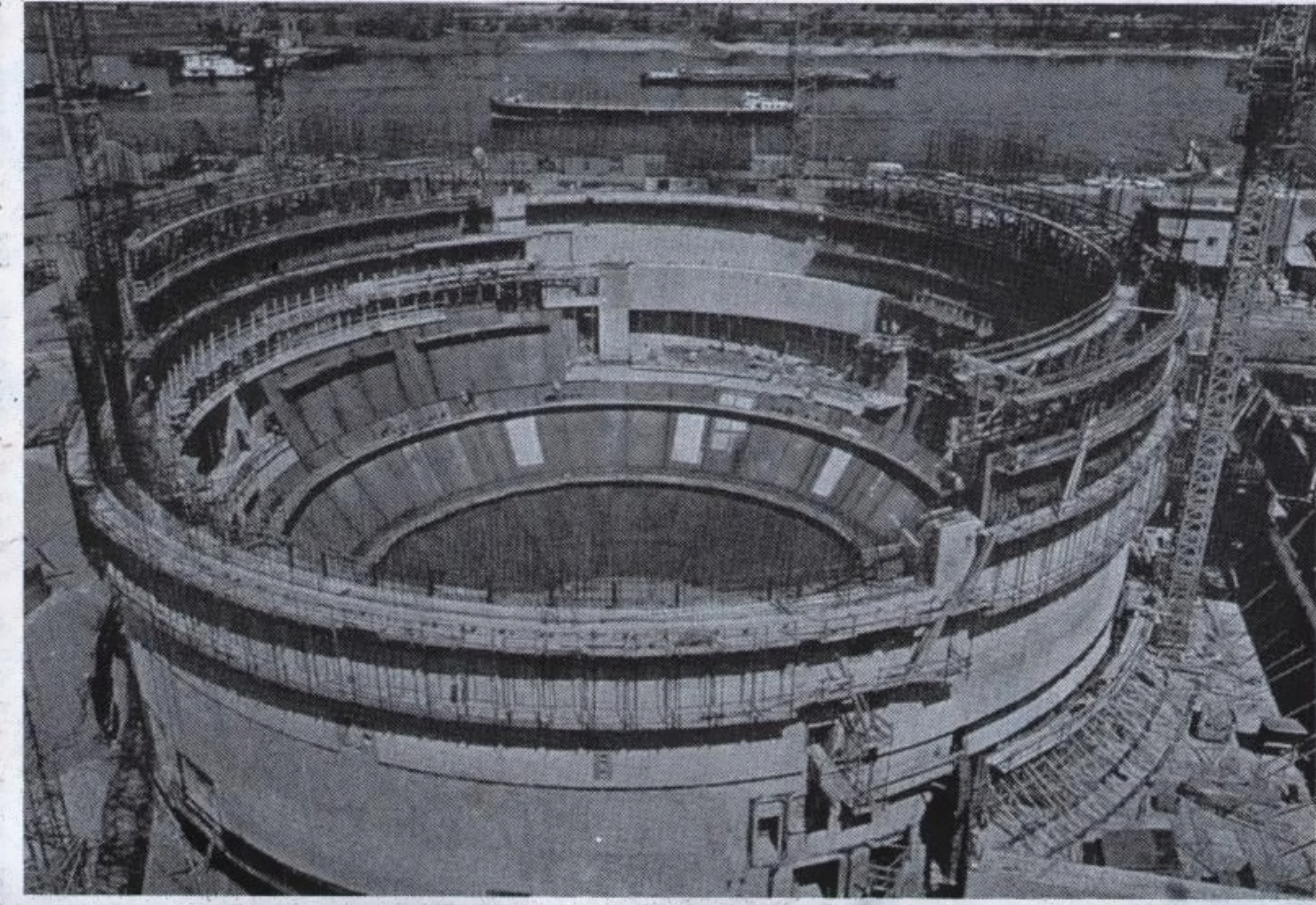
Venezuela will Portugal direkt mit Öl beliefern, ohne Einschaltung der imperialistischen Ölkonzerne. Es wird dabei langfristige Zahlungskredite einräumen. (Nach: Süddeutsche Zeitung, 2. Dezember) Der venezolanische Staatspräsident Perez hatte am 14. November aus Anlaß der angekündigten Preiserhöhungen durch die OPEC erklärt, der Kampf um die Ölpreise sei im Wesen „der unwiderrufliche Entschluß der Länder der Dritten Welt, für die Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung zu kämpfen“. (Hsinhua, 15. November)

Verschärfung der Widersprüche zwischen US-Imperialismus und lateinamerikanischen Staaten. Der Kapitalexport des US-Imperialismus in die lateinamerikanischen Länder hat sich von 1968 bis 1975 fast verdoppelt. Insgesamt betrugen die Investitionen 22,2 Milliarden US-Dollar. Der Anteil der Investitionen in Lateinamerika an den gesamten Auslandsinvestitionen der USA beträgt 14 Prozent, mehr als der Anteil der amerikanischen Investitionen in Westeuropa (10,8 Prozent). Mit der Steigerung des Kapitalexports intensiviert das US-amerikanische Monoppolkapital die Ausplünderung der Wirtschaft Lateinamerikas und und erweitert seine Kontrolle über wichtige Märkte und Produktionsbereiche. Der jährliche Profit auf das investierte Kapital stieg von 1,375 Milliarden Dollar im Jahr 1970 auf 3 Milliarden Dollar 1975. 1974 holten die US-Imperialisten 1,968 Milliarden von diesem Profit zurück, mehr als doppelt so viel wie die 967 Millionen Dollar 1970. Während die Länder Lateinamerikas 1975 alle in wirtschaftlichen Schwierigkeiten waren, lag die Profitrate der US-Investitionen unverändert bei 15,5 Prozent, höher als in den industrialisierten Ländern.

Seit den späten sechziger Jahren gab es verschiedene Nationalisierungskampagnen der lateinamerikanischen Länder. Sie richteten sich vor allem gegen den US-Imperialismus und erreichten Erfolge in der Sicherung nationaler Naturschätze und auf anderen Gebieten. Die US-Imperialisten wollen ihren Einfluß nicht aufgeben und lenken jetzt einen großen Teil des Kapitals in Fertigungsbetriebe. Hier stieg die Summe der Privatinvestitionen der US-Imperialisten von 3,723 Milliarden 1968 auf 8,553 Milliarden im Jahre 1975. (Nach Hsinhua, 22. November)

Die Vorfälle in Kernkraftwerken beweisen:

Die Bourgeoisie ist unfähig, die Produktion zu beherrschen



Arbeit am Aufbau des Kernkraftwerks Mühlheim-Kärlich, an dem sich der Baukonzern Hochtief bereichert. Die Schöpferkraft der Arbeiter ist unbegrenzt. Trotz der Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist die Arbeiterklasse in der Lage, gewaltige Produktionsmittel zu schaffen und zu bedienen. Die Arbeiterklasse ist die erste Produktivkraft. Im Sozialismus wird sie die Produktionsmittel zum gemeinschaftlichen Nutzen der Produzenten, der Arbeiter und Bauern, entwickeln und einsetzen. Die Kapitalistenklasse wird vom Profit getrieben. Unter ihrem Kommando werden die Produktivkräfte nur entwickelt, indem die Springquellen des Reichtums, der Mensch und die Natur, zerstört werden. In der Hand der Kapitalisten sind die Kernkraftwerke eine tödliche Gefahr. Zurecht kämpfen die Massen dagegen. Im Sozialismus können die Kernkraftwerke in der Hand der proletarischen Demokratie, die über die Möglichkeit der kontrollierbaren Anwendung berät und entscheidet, zu einem Instrument des Fortschritts werden. Nicht in den Kernkraftwerken liegt die Bedrohung, sondern in der herrschenden Bourgeoisie, die sie besitzt. Der Kampf gegen den Bau von Kernkraftwerken ist notwendig und gerecht. Er ist Bestandteil des Kampfes für die proletarische Revolution. Herrschen die Produzenten, dann können sie auch alle Risiken der Produktion einschätzen und beherrschen.

„Wegen eines Schadens an einer Umwälzpumpe ist nach Angaben eines Werkssprechers vom Donnerstag das Kernkraftwerk Gundremmingen (Schwaben) am 1. Dezember vormittags für einige Tage abgeschaltet worden.“ An einer der drei Umwälzpumpen war ein Leck an einem Kohlelager aufgetreten. In geringer Menge strömte radioaktiver Dampf aus. Der Werkssprecher betonte, daß keinerlei erhöhte Radioaktivität außerhalb des Werkes entstanden sei und daß für die Bevölkerung im Umkreis keine Gefahr bestanden habe. Die Reparatur sei bereits im Gange. Am 19. November 1975 waren bei Reparaturarbeiten zwei Monteure durch ausströmenden radioaktiven heißen Dampf getötet worden. (Mannheimer Morgen, 3. Dezember 1976)

Der folgende Artikel bezieht seine Kenntnisse aus einem Bericht des „Instituts für Reaktorsicherheit“ der Technischen Überwachungsvereine e.V. (TÜV). Die Berichte über Unfälle und deren Ursachen werden von der Bourgeoisie peinlichst unter Verschluß gehalten. Wenn sich die Volksmassen zusammenschließen gegen den bürgerlichen Staat, bleibt jedoch keine Stelle dicht. Diejenigen, die die Geschäfte der Bourgeoisie ausführen sollen, sind ebenfalls lohnabhängig. Welches Interesse sollten sie daran haben, die Geschäfte der Bourgeoisie gegen die Volksmassen zu verteidigen?

So kommt es, daß Materialien aus den Tresoren des TÜV in Köln schließlich auf den Redaktionstischen der Kommunistischen Volkszeitung landen und den Massen von dort aus zur Kenntnis gebracht werden können – um sie zu nutzen im Kampf gegen die Bourgeoisie.

Unter dem Gesichtspunkt der Bewältigung der Naturkräfte betrachtet, kann die Kernenergie ein großer Gewinn für die Menschheit sein. Mit der Erschließung der Kohle- und Erdölvorkommen machte sich der Mensch unabhängig von den unkontrollierbaren Schwankungen des Wetters, die Wind und Sonne zu so unsicheren Energiequellen machten. Fortan konnte er zu jeder Tages- und Nachtzeit über Energie verfügen. Mit der Entwicklung der Atomenergie macht er sich weitgehend unabhängig von der Verteilung der Energielagerstätten auf der Erde; fortan entfällt der beständige Transport des Energieträgers zum Kraftwerk, nach Inbetriebnahme des Kraftwerks ist zu jeder Tages- und Nachtzeit Energieproduktion ohne Nachschub des Energieträgers möglich.

Doch die Einführung der Kernenergie erfolgt in der Epoche des Imperialismus. Der Imperialismus ist die Epoche des faulenden, niedergehenden Kapitalismus. In ihm werden werden die Produktivkräfte nicht mehr weiterentwickelt, sondern sind durch die Profitproduktion gefesselt. Der Imperialismus baut Kernkraftwerke nicht, um durch vollkommene Beherrschung der Natur das Leben der Menschen zu erleichtern. Er baut sie, um Profit zu erzielen. Das aber ist unmöglich ohne gleichzeitige voranschreitende Zerstörung zahlreicher anderer Produktivkräfte und vor allem der ersten Produktivkraft selbst, der Arbeiterklasse.

Unter den Gesetzen der Profitproduktion können Kernkraftwerke nicht sicher sein, müssen sie eine beständige Gefahrenquelle für Leben und Gesundheit der Volksmassen bleiben. Denn für den Profit zählt der Mensch nur als statistische Größe, in der Menschenleben gegen Kosten abgewogen werden. Da nach den Gesetzen der Profitproduktion die Profitrate ständig sinkt, neigt sich die Waage immer mehr zu Lasten der Menschenleben. Kernkraftwerke werden im Imperialismus nicht sicherer, sondern zunehmend gefährlicher. Jede Statistik über bisher aufgetretene Störfälle in Kernkraftwerken kann das beweisen.

Die Bourgeoisie hat Vorkehrungen getroffen, daß diese Beweise nicht an die Öffentlichkeit geraten. Die Meldungen über Störfälle in Kernkraftwerken hält sie sorgfältig in Schubladen und Aktenschränken verschlossen. Als eines unter mehreren Unternehmen sind die Technischen Überwachungsvereine (TÜV) mit der Erfassung und Auswertung der Störfälle beauftragt. In den Schränken des Instituts für Reaktorsicherheit des TÜVs in Köln stehen die Beweise. In einem Brief vom 5. Februar dieses Jahres an den Bundesminister des Innern versichert das Institut noch einmal, daß sie bei ihm gut aufgehoben sind: „Die Weitergabe von Störfallmeldungen an die Öffentlichkeit unterliegt dagegen weiterhin Absprachen zwischen BMI (Bundesministerium des Innern), Genehmigungsbehörde und dem IRS (Institut für Reaktorsicherheit)“, heißt es dort. Was das Volk erfährt, entscheidet der Innenminister.

Der KVZ liegt eine Liste von Störfällen aus dem Insitut für Reaktorsicherheit des TÜVs vor, in der der Zeitraum Herbst 1974 bis Juli 1976 erfaßt ist. Sie ist vom IRS zusammengestellt worden zu dem Zweck, die Kernkraftwerkskapitalisten über aufgetretene Störungen in anderen Kernkraftwerken zu informieren. Dazu schreibt das Institut in dem erwähnten Brief: „Wir ... sehen uns jedoch aus rechtlichen Gründen nur dann in der Lage, die Störfallmeldungen allen Betreibern zugänglich zu machen, wenn das entsprechende Einverständnis vorliegt.“ Da die Kernkraftwerkskapitalisten das Einverständnis nicht in jedem Fall geben werden, kann man davon ausgehen, daß die Liste unvollständig ist.

In dieser *unvollständigen* Liste sind für einen Zeitraum von etwa zwei Jahren verzeichnet: 12 Störfälle in Kategorie A, 50 in Kategorie B und 26 in Kategorie C.

Die Bedeutung der drei Kategorien geht aus den uns vorliegenden Unterlagen nicht eindeutig hervor. Aus den Beschreibungen der Störfälle kann man aber entnehmen, daß Kategorie A mit erhöhter Abgabe von Radioaktivität an die Umgebung des Kraftwerks verbunden ist. Auch bei Kategorie B ist dies in vielen Fällen gegeben. Kategorie C führt geringere Störungen auf; doch gilt ab 1976 eine „Vereinbarung für alle Neuanlagen: Alle Störfälle, die bis zur Aufnahme der Beladearbeiten auftreten, werden generell unter Kategorie C geführt.“ In dieser Kategorie sind also auch Störfälle enthalten, die zur Abgabe von Radioaktivität geführt hätten, wenn der Reaktor zu dem Zeitpunkt bereits voll in Betrieb gewesen wäre.

Die Liste des TÜV-Instituts belegt mit jedem „Störfall“ erneut die Unfähigkeit des Imperialismus, die Produktivkräfte zu entwickeln. Ein häufig zu findender Satz lautet: „Aktivitätsfreisetzung unterhalb genehmigter Grenzwerte.“ Als Ursachen werden angegeben: Undichte Schweißnaht (5.3.1976, Obrigheim), Undichtigkeit in Rohrbündel (26.6.1976, Lingen), Riß einer Anschlußschweißnaht (April 1976, Stade, dabei gelangten zehn Kubikmeter radioaktives Kühlwasser in die Gebäudeentwässerung), Materialrisse (18.2. und 22.2.1976, Würgassen), Lösung einer Manometerverschraubung (11.1.1976, Stade), schadhafte Dichtung (29.10.1975, Stade), Vergrößerung einer Flanschleckage (3.11.1975, Lingen), Dichtungsversagen (23.7.1975, Lingen)

Nun ist die Entwicklung der Produktivkräfte zweifellos so weit fortgeschritten, daß ein ausgebildeter Schweißer bei guter Konzentrationsfähigkeit einwandfreie Schweißnähte produzieren kann. Auch die Methoden der Schweißnahtprüfung sind mannigfach und äußerst empfindlich. Von den Möglichkeiten der Technik her gibt es deshalb keinen Grund für undichte Schweißnähte. Dasselbe gilt für „Dichtungsversagen“. Der Grund sind die Arbeitsbedingungen im Kapitalismus. Akkordhetze, Stichprobenüberprüfung statt umfassender Einzelkontrolle: Die Gesetze der Profitproduktion führen zu „Aktivitätsfreisetzung unterhalb genehmigter Grenzwerte“. Man erinnert sich an die Aussage der internationalen Strahlenschutzkommission, daß ein Grenzwert stets so festgelegt wird, daß er „einen vernünftigen Spielraum für Atomenergieprogramme der absehbaren Zukunft schafft“. Der Spielraum ist so bemessen, daß die Folgen der Akkordhetze und Verzicht auf Materialüberprüfung die genehmigten Grenzwerte nicht überschreiten.

Mitunter ist der Spielraum für die Gesetze der Profitproduktion noch immer zu gering. Die Liste vermerkt dann „Freisetzung von Radioaktivität, zeitweise Überschreitung der Grenzwerte für Langzeitabgabe“. Das sind die Störfälle, in denen die Unfähigkeit der Bourgeoisie, die Produktion zu beherrschen, vollständig offenbar wird und ebenso ihre ganze Verkommenheit.

Zum Beispiel am 16.1.1976 in Biblis: An jenem Tag liefen 20 Kubikmeter radioaktives Kühlmittel mit 50 Grad Celsius über ein Überströmventil in einen Raum des Hilfsanlagengebäudes. „Der Raum wird mit ca. 2 000 Kubikmeter Luft pro Stunde durchgespült und war für die Zeit von 4 Stunden nur mit Preßluftatmer zu begehen.“ „Störfallursache: Die Funktionsgruppe der Kühlmittellagerung wurde zur Zeit der Störung wegen einer Sitzleckage nicht betrieben. Die Störung ereignete sich bei Laststeigerung bei einem Versuch für physikalische Messungen, bei der hohe Austauschraten gefahren wurden (Ende der Kernreisezeit), deshalb war das Betriebspersonal nicht in der Lage, die Handumschaltung schnell genug durchzuführen.“ Physikalische Messungen unter Bedingungen, bei denen die Anlage nicht mehr korrekt bedient werden kann – was ist das anderes als Unfähigkeit der Bourgeoisie, die Produktion zu beherrschen? In der Regel bezeichnet die Bourgeoisie das als „Bedienungsfehler“ des Personals. Auch bei dem Vorfall in Biblis hat sie es in einem ersten Bericht versucht. Der Nachtrag, aus dem wir hier zitiert haben, mußte das richtigstellen.

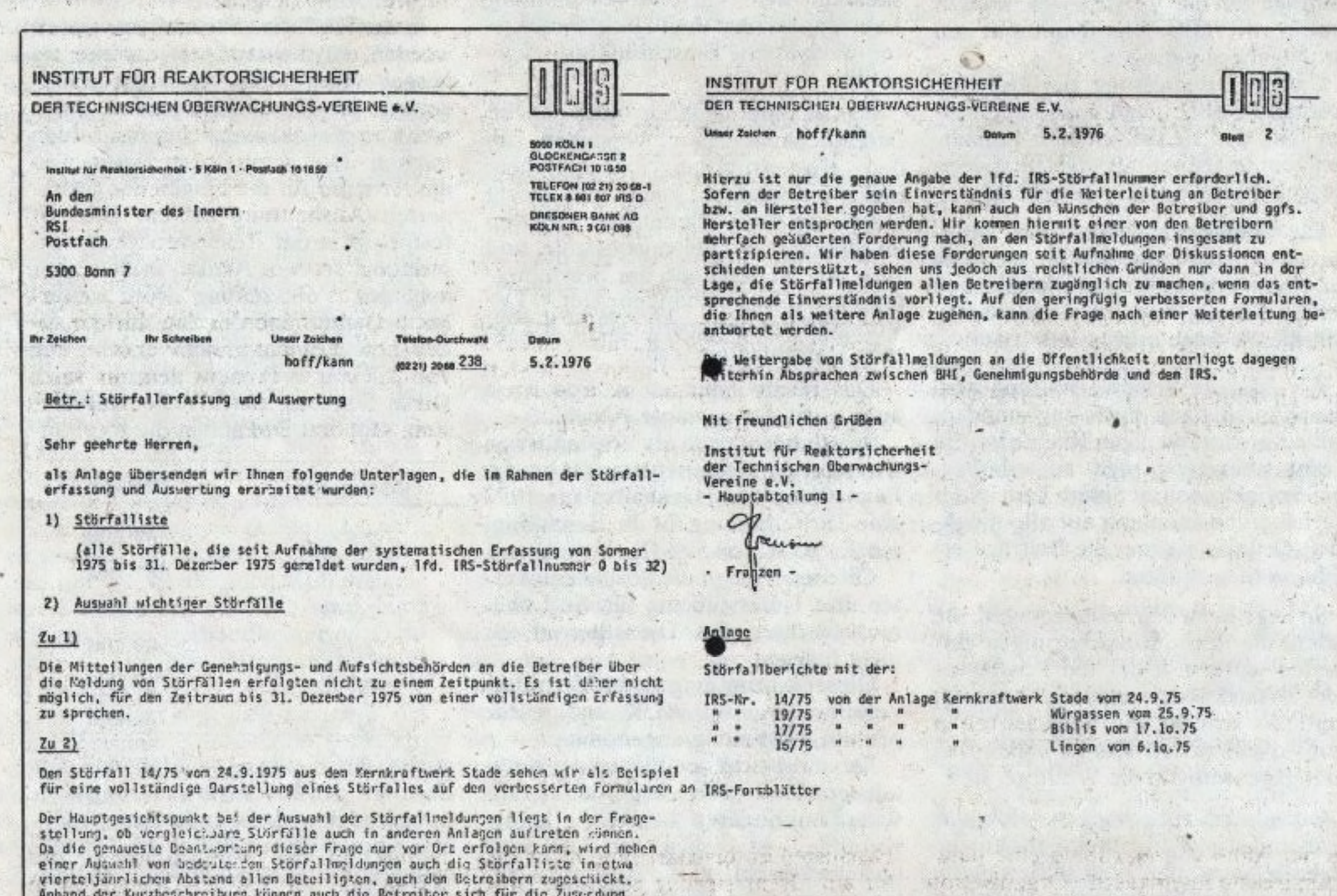
Die Gesetze des Profits treiben die Bourgeoisie auch immer wieder und häufiger dazu, bewußt die Gesundheit der Menschen zu riskieren. Als „Vorkehrung gegen Wiederholung“ für den Störfall in Biblis wird angegeben: „Reparatur der Armatur TD 13 S002 *beim nächsten Stillstand*, um damit den Betrieb der Funktionsgruppenautomatik zu ermöglichen. Bis zur Reparatur wird ein störungsfreier Betrieb durch eine Schicht-Sonderanweisung sichergestellt.“ Abschalten der Anlage zur sofortigen Durchführung der Reparatur wäre nur zu rechtfertigen mit der Sicherheit der Menschen, die in der Anlage arbeiten; doch was zählt, ist der Profit, nicht der Mensch.

Im Kernkraftwerk Stade hat dieses Prinzip im April/Mai 1976 dazu geführt, daß der „erlaubte Langzeitabgabegrenzwert“ bewußt und absichtlich vier Tage lang überschritten worden ist. „Ursache: 9 Blasenstutzen wurden während dieser 4 Tage geöffnet und dichtgeschweißt, wie schon in Block-Störfallmeldung Nr. 3 angekündigt. Über das geöffnete Primärsystem und die offenen Re- und Be-Bekken trat J-131 in die Luft der Sicherheitshülle und wurde mit der Abluft über den Kamin abgegeben.“

J-131 (Jod) ist bekanntlich in Gegenden mit Milchwirtschaft einer der gefährlichsten Stoffe, da es sich in der Milch sammelt und dadurch in den menschlichen Körper gelangt, wo es Krebs und unter Umständen Erbschäden erzeugt. In der Liste des TÜV wird der Mittelwert für die vier Tage der Reparatur als 55 Prozent über dem Langzeitabgabegrenzwert angegeben. Die erhöhte Abgabe von Jod an die Luft war nicht unvermeidlich. Die Anlage hätte für die Reparatur abgeschaltet werden können. Das hätte den Profit beeinträchtigt. Das Jod beeinträchtigt nur die Gesundheit des Volkes.

Wir ersparen uns hier die vollständige Wiedergabe der 40 Seiten langen Liste mit Rücksicht auf den Umfang unserer Zeitung. Die zitierten Beispiele sind Beweise genug für die Überlebtheit des Imperialismus. Die proletarische Revolution ist unausweichlich und von Tag zu Tag notwendiger. Unter der Herrschaft der Arbeiterklasse können Kernkraftwerke zu einem mächtigen Instrument der Bewältigung der Natur werden. Sie wird auch bei der Entwicklung der Energiequellen den Menschen stets an die erste Stelle setzen. Die Volksmassen selber werden entscheiden, ob die Kernenergie nutzbringend eingesetzt werden kann oder ob noch unkontrollierbare Risiken bestehen.

Unter der Herrschaft der Bourgeoisie kann das Volk Kernkraftwerke nicht zulassen. Die Liste des TÜV-Instituts ist ein Beweis dafür.



INSTITUT FÜR REAKTORSICHERHEIT
DER TECHNISCHEN ÜBERWACHUNGS-VEREINE e.V.

IRS

Institut für Reaktorsicherheit · 5 Köln 1 · Postfach 10 18 50

An den
Bundesminister des Innern
RSI
Postfach

5300 Bonn 7

5000 KÖLN 1
GLOCKENGASSE 2
POSTFACH 10 18 50
TELEFON (02 21) 20 68-1
TELEX 8 881 807 IRS D
DRESDNER BANK AG
KÖLN NR.: 3 681 088

Ihr Zeichen	Ihr Schreiben	Unser Zeichen	Telefon-Durchwahl	Datum
		hoff/kann	(0221) 2068 238	5.2.1976

Betr.: Störfallerfassung und Auswertung

Sehr geehrte Herren,

als Anlage übersenden wir Ihnen folgende Unterlagen, die im Rahmen der Störfallerfassung und Auswertung erarbeitet wurden:

1) Störfalliste

(alle Störfälle, die seit Aufnahme der systematischen Erfassung von Sommer 1975 bis 31. Dezember 1975 gemeldet wurden, lfd. IRS-Störfallnummer 0 bis 32)

2) Auswahl wichtiger Störfälle

Zu 1)

Die Mitteilungen der Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden an die Betreiber über die Meldung von Störfällen erfolgten nicht zu einem Zeitpunkt. Es ist daher nicht möglich, für den Zeitraum bis 31. Dezember 1975 von einer vollständigen Erfassung zu sprechen.

Zu 2)

Den Störfall 14/75 vom 24.9.1975 aus dem Kernkraftwerk Stade sehen wir als Beispiel für eine vollständige Darstellung eines Störfalles auf den verbesserten Formularen an.

Der Hauptgesichtspunkt bei der Auswahl der Störfallmeldungen liegt in der Fragestellung, ob vergleichbare Störfälle auch in anderen Anlagen auftreten können. Da die genaueste Beantwortung dieser Frage nur vor Ort erfolgen kann, wird neben einer Auswahl von bedeutenden Störfallmeldungen auch die Störfalliste in etwa vierteljährlichem Abstand allen Beteiligten, auch den Betreibern zugeschickt. Anhand der Kurzbeschreibung können auch die Betreiber sich für die Zusendung von Störfallmeldungen aussprechen.

INSTITUT FÜR REAKTORSICHERHEIT
DER TECHNISCHEN ÜBERWACHUNGS-VEREINE E.V.

IRS

Unser Zeichen hoff/kann Datum 5.2.1976 Blatt 2

Hierzu ist nur die genaue Angabe der lfd. IRS-Störfallnummer erforderlich. Sofern der Betreiber sein Einverständnis für die Weiterleitung an Betreiber bzw. an Hersteller gegeben hat, kann auch den Wünschen der Betreiber und ggfs. Hersteller entsprochen werden. Wir kommen hiermit einer von den Betreibern mehrfach geäußerten Forderung nach, an den Störfallmeldungen insgesamt zu partizipieren. Wir haben diese Forderungen seit Aufnahme der Diskussionen entschieden unterstützt, sehen uns jedoch aus rechtlichen Gründen nur dann in der Lage, die Störfallmeldungen allen Betreibern zugänglich zu machen, wenn das entsprechende Einverständnis vorliegt. Auf den geringfügig verbesserten Formularen, die Ihnen als weitere Anlage zugehen, kann die Frage nach einer Weiterleitung beantwortet werden.

Die Weitergabe von Störfallmeldungen an die Öffentlichkeit unterliegt dagegen weiterhin Absprachen zwischen BMI, Genehmigungsbehörde und dem IRS.

Mit freundlichen Grüßen

Institut für Reaktorsicherheit
der Technischen Überwachungs-
Vereine e.V.
- Hauptabteilung I -

- Franzen -

Anlage

Störfallberichte mit der:

IRS-Nr. 14/75 von der Anlage Kernkraftwerk Stade vom 24.9.75
" " 19/75 " " " " Würgassen vom 25.9.75
" " 17/75 " " " " Biblis vom 17.10.75
" " 16/75 " " " " Lingen vom 6.10.75

IRS-Formblätter

Selbstverwaltung der Versicherungen, Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten!

Seit 1875 haben die Kapitalisten die früheren Unterstützungsvereine der Arbeiter, die sie für die Fälle des Verlusts der Arbeitskraft, Krankheit, Entlassung gebildet haben, in Zwangsvereinigungen verwandelt, die unter der Aufsicht der Kapitalisten und ihres Staates stehen.

1911 haben sie zwecks Zentralisierung dieser Herrschaft über die Kassen der Arbeiter die Reichsversicherungsordnung gemacht, das Gesetz, daß die Herrschaft der Kapitalistenklasse in den Versicherungen der Arbeiter bestätigt.

Seitdem die Kapitalisten die Gewalt über die Versicherungen haben, gibt es Kampf dagegen.

Viele Kämpfe wurden von der Arbeiterklasse darum geführt, daß die Kapitalisten für die Folgen der Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Krankheit, früher Verlust der Arbeitskraft, zahlen.

Der längste Streik in der Geschichte der Arbeiterbewegung seit 1945 in der BRD fand 1956 statt. 16 Wochen lang kämpften die Metallarbeiter von Schleswig-Holstein für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall durch die Kapitalisten.

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung brach den Streik damals ab, obwohl nur 39,7 % der Arbeiter für Abbruch des Streiks in der Urabstimmung waren. Seit 1971 müssen die Kapitalisten den Lohn bis 6 Wochen nachzahlen. Doch auch hier nicht vollständig, wie eine der Korrespondenzen zeigt.

Je schärfer die Ausbeutung, um so notwendiger ist es, daß die Kapitalisten für die Folgen zahlen. Im Kampf darum hat man es nicht nur mit dem Kapitalisten zu tun, sondern mit ihrer Vertretung in der Arbeiterbewegung: der Sozialdemokratie.

Offen können sie nicht eintreten für die Ausplünderung der Arbeiter, so gehen sie her und versuchen, die Wucht der Wut, die die ständig steigende Ausplünderung hervorruft, von den Kapitalisten abzulenken.

Sie behaupten, nicht etwa die gesteigerte Ausbeutung sei die Ursache für die Kostensteigerungen der Versicherungen, sondern die Landwirte und ihre Familien beispielsweise, die sich seit 1972 krankenversichern können, seien es. Oder die Tatsache, daß die Rentner noch zu viel bekämen, sei es, die den „Kostenrückgang" behindere.

Gesetze, die sie selber beschlossen haben, wie die Öffnung der Rentenversicherungen für Selbständige und nichterwerbstätige Hausfrauen ziehen sie heran, um damit davon abzulenken, daß die Kapitalisten zahlen sollen.

Die Masse der Arbeiter und Angestellten in den Gewerkschaften will den Kampf um die Versicherungen führen

Die Kapitalisten versuchen nun, die Versicherungskassen direkt gegen den Lohnkampf der Arbeiter einzusetzen. Sie sagen, „es lohnt doch gar nicht, für einen höheren Lohn zu kämpfen, die Versicherungsbeiträge steigen prozentual mit, du bekommst ja fast mehr abgezogen durch die Lohnerhöhung, als was die Lohnerhöhung ausmacht". Und natürlich betreiben die Kapitalisten und ihr Staat das ständige Steigen des Versicherungsbeitrags für die Arbeiterklasse und die Senkung der Renten, um aus den Versicherungskassen der Arbeiter einen Teil ihrer neuen Investitionen zu bezahlen, und so aus einem Bestandteil des Lohns Kapital zu machen.

Diesem Betreben der Kapitalisten muß die Arbeiterklasse entschlossen entgegentreten und ihre Gewerkschaftsorganisation dazu nutzen, den Kampf für die Selbstverwaltung der Versicherungen und die vollständige Bezahlung der Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten zu erkämpfen. In der Gewerkschaft treffen dabei die Arbeiter auf den Widerstand der Sozialdemokraten, die auf den Gewerkschaften sitzen und mit allerlei Manöver versuchen, die Arbeiter mit den Kapitalisten und ihrer Regentschaft in den Sozialversicherungen auszusöhnen. Auf der 3. ordentlichen Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft HBV in Wiesbaden hielt der zukünftige DGB-Vorsitzende für Hessen Richert das allgemeine Referat.

Die Hälfte seiner langatmigen Ausführungen widmete er den Rentenversicherungen. Die allgemeine sozialdemokratische Leitlinie: Die Rentner seien an allem Schuld, konnte er auf dieser Konferenz nicht verfolgen.

Ein starker Block der HBV Rentnerausschüsse war auf der Delegiertenkonferenz erschienen und verfolgte aufmerksam Richerts Rede.

Also kam er darauf, einem Teil der Rentenversicherten die Schuld zuzuschieben: den Selbständigen, die vor kurzem von der SPD/FDP-Koalition die Möglichkeit erhalten haben, sich ebenfalls rentenzuversichern. Diese würden nur kurze Zeit Beiträge bezahlen und dann gleich aus dem Vollen schöpfen.

Ein anderer Sozialdemokrat assistierte ihm, „das seien doch die historischen Feinde der Arbeiterklasse, die die Arbeiterklasse immer bekämpft habe, und die jetzt dadurch, daß sie selber Rente beanspruchen, die Rentenkassen plündere". Selbständige, die sich rentenversichern, sind aber ganz gewiß nicht die Couponschneider und die Aktienbesitzer, die die Industrie und das Bankkapital darstellt.

Diese können bei stattlicher Dividende auf ein paar Rentenversicherungspfennige verzichten.

Diese sind es aber, die an der Spitze der Versicherungen sitzen, diese sind es, die die Rentenkassen füllen wollen durch Rentnermord und steigende Versicherungsabgaben für die Lohnabhängigen.

Vom Kampf gegen die Kapitalisten als Klasse war von den Sozialdemokraten nichts zu hören.

Die proletarische Linie in der Gewerkschaft, die für die Selbstverwaltung der Versicherungen und die Bezahlung der Beiträge durch die Kapitalisten eintritt, trat nur verdeckt auf der Delegiertenkonferenz auf:

Mit überwältigender Mehrheit wurde ein Antrag angenommen, der fordert, daß die Defizite in den Rentenkassen nicht aus dem Säckel der Arbeiter und Angestellten finanziert werden dürfen.

Als Begründung wurde angeführt, daß die Arbeiter die größte Abgabelast zur Aufrechterhaltung des Staatshaushaltes und der Kranken- und Rentenversicherung tragen.

Die Sozialdemokraten hatten in der Antragsprüfungskommission versucht, den Antrag hintenherum rumzudrehen, indem sie für die Annahme des Antrags eines Zusatzes verlangen: „Daß der Bund die volle Deckung für die in den letzten Jahren hinzugekommenen Berufsgruppen unternehmen müsse."

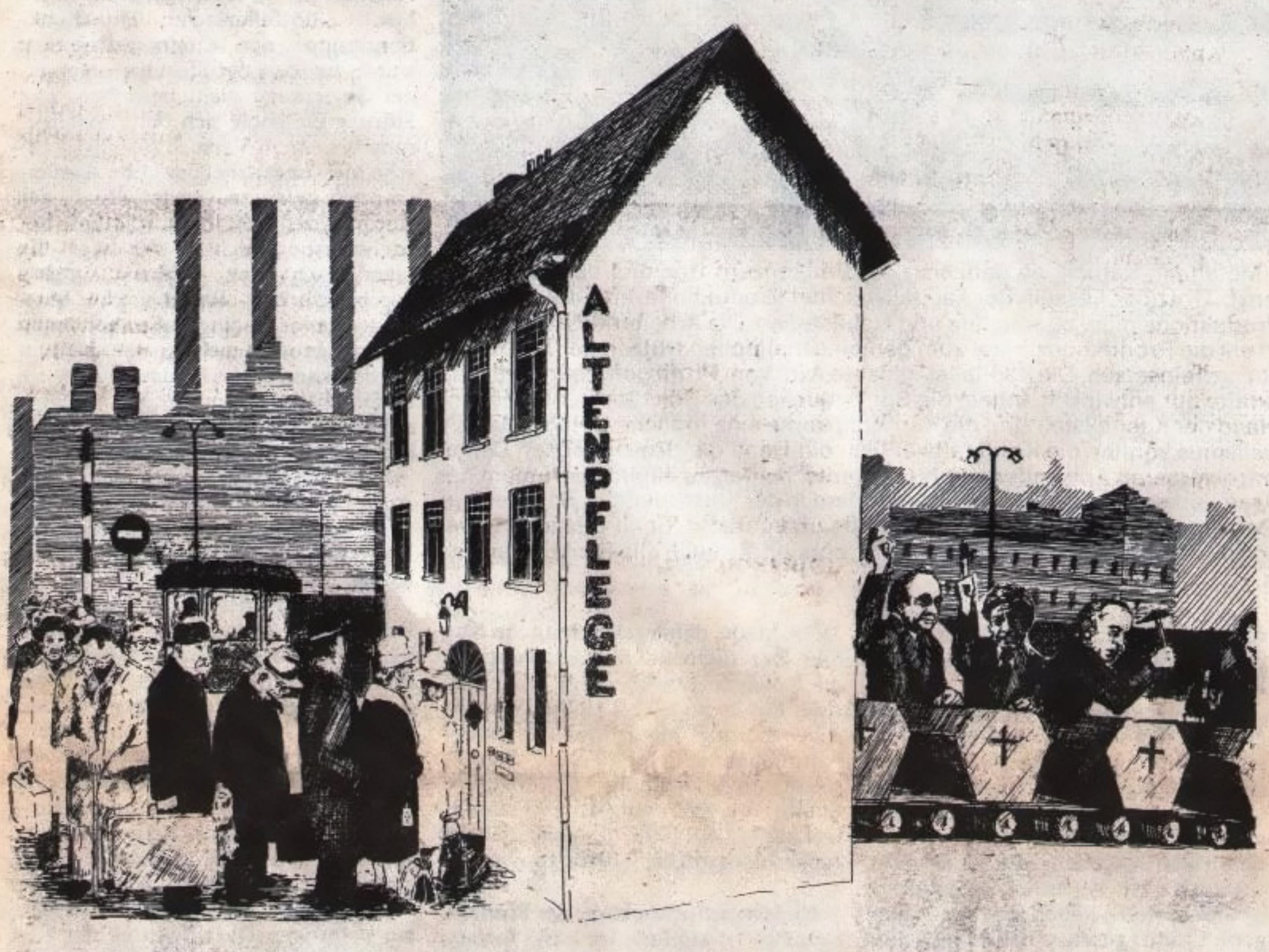
Daraufhin wurde von den Kollegen der BFG Betriebsgruppe ein weiterer Zusatz durchgesetzt, daß auch diese Deckung nicht aus den Steuergeldern der Arbeiter und Angestellten finanziert werden darf.

Die Masse der Kollegen in der Gewerkschaft will den Kampf um die Sozialversicherungen führen.

Das wurde bei dieser Auseinandersetzung sehr deutlich.

Jetzt müssen die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen zu Aktionen übergehen, zur Durchsetzung des Beschlusses der Delegiertenkonferenz.

In diesen Aktionen müssen unter den Arbeitern die Forderungen verankert werden nach Bestreitung aller Versicherungskosten durch die Kapitalisten und Selbstverwaltung der Versicherten in allen Versicherungsinstitutionen. In der anstehenden Tarifrunde muß die Debatte um die Höhe der Forderung verbunden werden, mit der Aufstellung der Forderung, daß die Renten erhöht werden müssen gleichzeitig mit den Löhnen, und zwar um 130 DM. (Bezirksverband Wiesbaden)



Leitlinie der Sozialdemokraten: Kosten sparen und aus den Lohnabhängigen mehr herausholen

„Über die Kostenentwicklung findet eine intensive Diskussion statt. Man muß eine Verlangsamung des Kostenanstiegs erreichen."

Mit diesen Worten eröffnet der sozialdemokratische DGB-Kreisvorsitzende und Vorstandsvorsitzende des Kassenvorstandes der AOK Rems-Murr (Waiblingen) Spieth die AOK Vertreterversammlung Ende November.

Wie nicht, sagt er gleich: „Die Pharmaindustrie hat in den letzten Jahren Zurückhaltung gezeigt."

Wie er sich das weiter vorstellt, sagt er in Stichworten:

„Vereinbarung über Honorarabrechnungen müssen getroffen werden." „Eine bessere Auslastung der Krankenhäuser ist erreicht worden," ... „die Krankenhäuser arbeiten wirtschaftlicher als früher," ... „die Pflegesätze bereiten aber immer noch große Sorge."

„Die Zahnärzte zeigen keine Bereitschaft zur Zurückhaltung." „Die Apotheken haben die Preisempfehlung der Pharmaindustrie nach oben voll ausgenutzt."

Untersucht man die Feststellung, daß die Krankenhäuser wirtschaftlicher arbeiten, dann verhält sich das so, daß z.B. beim Reinigungsdienst kräftig rationalisiert wurde, sich die Arbeitshetze für die Kollegen verschärft hat und daß die Behandlungszeiten in den Krankenhäusern gekürzt wurden.

Die „Zurückhaltung der Pharmaindustrie" sieht so aus, daß im Bereich des Rems-Murr-Kreises. die Mitgliederzahl der AOK von 1974 auf 1976 um 2,6 % abgenommen hat, während die Ausgaben für Arzneimittel im gleichen Zeitraum von 20,9 Millionen auf 31 Millionen gestiegen sind.

Gleichzeitig müssen „strengere Maßstäbe" angelegt werden bei der Bewilligung besonderer Leistungen der Kassen. So im Bereich der Krankenkasse in Rems-Murr bei den Thermalbewegungsbädern.

Zur weiteren „Verlangsamung des Kostenanstiegs wird die klare Aufgabentrennung von Renten- und Krankenversicherungen" verlangt. Sie soll angeblich auch die ständigen Beitragserhöhungen verhindern. Das ist eine klare Drohung gegen die Rentner, denen damit Beiträge zur Krankenversicherung abgepreßt werden sollen.

Dies alles wird gesagt, um vom wesentlichen abzulenken:

Tatsache ist, daß die wesentlichen Fragen in den Versicherungen von den Kapitalisten über ihren Staatsapparat mit Hilfe der Reichsversicherungsordnung schon geregelt sind.

Im § 381 der RVO heißt es: „Die Beiträge für die Versicherten werden jeweils zur Hälfte von ihnen und den Arbeitgebern getragen."

Und zur Bemessung der Beiträge bestimmt § 385: „Daß sie so zu bemessen sind, daß sie die anderen Einnahmen eingerechnet für die zulässigen Ausgaben der Kassen ausreichen".

Die Versicherungsvertreter kommen also in die Lage, daß sie, wenn sie für eine Verbesserung der Leistungen der Kassen eintreten, dafür eintreten, daß die Beiträge erhöht werden.

Als Akt der Selbstverwaltung wird den Kassen dann auch zugestanden, daß eines ihrer wenigen Rechte ist, die Krankenkassenbeiträge zu erhöhen. Der Sozialdemokrat Spieth kam in der Vertreterversammlung auf alle möglichen Gründe, warum die Beiträge erhöht werden müßten.

So liege es an den Selbständigen, die sich in die Rentenversicherungen einkaufen würden. Oder die Privilegien der Ersatzkassen müßten beseitigt werden – schlicht, die Versicherten in den verschiedenen Kassen sollen sich jetzt gegenseitig in die Wolle geraten.

Grundsätzlich bereinigen will er das Problem „durch eine breite öffentliche Debatte", um „die Dinge in Bewegung zu bringen". Durch solche Debatten kommt aber gar nichts in Bewegung – höchstens die Krankenkassenbeiträge, und zwar senkrecht nach oben.

Das könnte der Arbeitern egal sein, wenn die Kapitalisten die Beiträge zahlen würden. Das müssen sie erkämpfen.

Mit ihrem Geschwafel von der Sozialpartnerschaft werden die Sozialdemokraten darauf natürlich nie kommen und wollen sie auch nicht. Ausdrücklich sagte Spieth auf der Versammlung:

„Die Kasse muß in die Öffentlichkeit – und zwar gemeinsam Arbeitgeber und Arbeitnehmer."

Der Kapitalistenvertreter und Vorsitzende der Vertreterversammlung Lauterwasser hat dem Sozialdemokraten auch „ohne Einschränkung" zugestimmt.

Was sie unter anderem unter „an die Öffentlichkeit gehen" verstehen, um den „Kostenrückgang" zu erreichen, und zwar wörtlich, zeigte sich wenig später. An den Lohn der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wollen sie, und zwar hier an den Lohn der Beschäftigten der AOK Waiblingen. Der ÖTV-Vorstand hat den spalterischen 8-Prozent-Vorschlag gemacht.

Das reicht ihnen nicht. Das ist ja auch nicht der geplante Abschluß.

Spieth beantragte als Vorstandsvorsitzender des Kassenvorstandes bei der Festsetzung des Haushaltsplans 1977 eine Tariferhöhung für die Beschäftigten der AOK von 5 % (!) einzuplanen. Der Sozialdemokrat hat ihnen ihre Unterstützung für die Lohnraubabsichten des Dienstherren gar nicht belegen.

Dieser Antrag ging an die Vertreterversammlung der AOK und wurde prompt einstimmig angenommen.

Das entspricht den Plänen der Kapitalisten und den sozialdemokratischenFunktionären des DGB – keiner von ihnen ist gegen den Lohnraub und dieAbsicht, so die Kassen zu füllen, aufgetreten. Die Arbeiter selber müssen es tun. – (m., Waiblingen)

Allgemeine Ortskrankenkasse: Mittel zur Ausplünderung der Lohnabhängigen, Mittel zur Bereicherung der Kapitalisten

In der „Heinsberger Volkszeitung" vom 16. November wird über die Fusionierung der Allgemeinen Ortskrankenkassen Erkelenz und Heinsberg berichtet. Die Beiträge der versicherten Arbeiter und Angestellten werden zum 1. Januar 1977 um durchschnittlich 4,65 Prozent erhöht. Der Beitragssatz wird dann für Pflichtversicherte von zur Zeit 10,7 Prozent in Heinsberg und 11 Prozent in Erkelenz dann auf 11,4 Prozent steigen.

In der KVZ Nr. 47 ist nachgewiesen worden, daß die Arbeiter, je stärker sie ausgebeutet werden, was zu einer Steigerung der Krankheiten führt, desto mehr an Krankenversicherung zahlen müssen. Die Kapitalisten lassen also die Arbeiter für die Folgen der gesteigerten Ausbeutung zahlen. Dies ist festgelegt in der Reichsversicherungsordnung. In dem Artikel in der „Heinsberger Volkszeitung" wird weiterhin berichtet, daß der Satz für die sogenannte Lohnausgleichsversicherung von 2,7 auf 2 Prozent gesenkt wird. Diese Senkung betrifft die Kapitalisten. 400 000 DM sollen die Kapitalisten dadurch einsparen. Man muß sich dazu mit der Reichsversicherungsordnung und dem darin enthaltenen „Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle" (Lohnfortzahlungsgesetz) beschäftigen, um die ganze Unverschämtheit dieser Beitragssenkung zu erfassen. Die Arbeiterklasse hat sich die Lohnfortzahlung für die Dauer von sechs Wochen erkämpft. Die Kapitalisten nutzen dieses Gesetz zur Bereicherung. So ist in § 10 festgelegt:

„(1) Die Ortskrankenkassen, die Innungskrankenkassen und die See-Krankenkasse erstatten den Arbeitgebern, die in der Regel ausschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten nicht mehr als zwanzig Arbeitnehmer beschäftigen, 80 Prozent des für den in § 1 Abs. 1 und (...) an Arbeiter fortgezahlten Arbeitsentgelts ..." Die Kapitalisten müssen von der Bruttolohnsumme einen von der Allgemeinen Ortskrankenkasse festgelegten Prozentsatz abführen. In dem oben gezeigten Fall inzwischen nur noch 2 Prozent. Dafür bekommen die Kapitalisten, die nicht mehr als 20 Arbeiter ausbeuten, 80 Prozent, in Erkelenz 75 Prozent der Lohnfortzahlung rückerstattet. Am deutlichsten wird die Bereicherung, wenn man sich die Zahlen eines Erkelenzer Kleinbetriebes ansieht:

Beitragssatz:	Umlage:	Rückzahlung:	Jahr:
2,5 %	369 DM	1 807 DM	Oktober 1971
2,7 %	867 DM	2 139 DM	November 1972
2,7 %	790 DM	2 444 DM	Januar 1973
2,7 %	599 DM	1 310 DM	März 1973
2,7 %	717 DM	3 457 DM	Mai 1973
2,7 %	729 DM	1 251 DM	Juni 1976

Die Kleinkapitalisten lassen sich mit den Löhnen der Arbeiter, die 50 Prozent der Versicherungskosten zahlen müssen, nicht nur die Lohnfortzahlung „zurückerstatten", sondern weit über das hinaus, was sie zahlen müssen. – (d, Bezirksverband Aachen)